



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 84 SITZUNG
13.2.1992

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	5-24-29-36
BRUGGER Siegfried <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	6-35
BOATO Alessandro <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion - Grupa Vëre)</i>	"	7-24
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano - Destra Nazionale)</i>	"	8-12-45
FERRETTI Remo <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	9
CRAFFONARA Italo <i>(Gruppo Liberale Italiano)</i>	"	9
MARZARI Aldo <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	9
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	10-19
MERANER Gerold <i>(Gemischte Fraktion)</i>	"	13-21
DUCA Aldo <i>(Gruppo Socialista Italiano)</i>	"	18-23-40
BERGER Franca <i>(Gruppo Misto)</i>	"	18-22
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	20
TONELLI Paolo <i>(Gruppo Misto)</i>	"	37
CASAGRANDA Sergio <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	42

ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde – Grüne Fraktion – Grupa Vërc)</i>	pag.	48
FRANCESCHINI Roberto <i>(Gruppo Lista Verde – Grüne Fraktion – Grupa Vërc)</i>	"	51

INDICE

INHALTSANGABE

**Sostituzione di un componente della I^a
Commissione legislativa**

pag. 11

**Sostituzione di un componente della II^a
Commissione legislativa**

pag. 11

Disegno di legge n. 68:
Interventi in materia di previdenza
integrativa (presentato dalla Giunta
regionale)

pag. 14

Interrogazioni e interpellanze

pag. 58

**Ersetzung eines Mitgliedes der 1.
Gesetzgebungskommission**

Seite 11

**Ersetzung eines Mitgliedes der 2.
Gesetzgebungskommission**

Seite 11

Gesetzesentwurf Nr. 68:
Maßnahmen auf dem Sachgebiet der
Ergänzungsfürsorge (eingebracht vom
Regionalausschuß)

Seite 14

Anfragen und Interpellationen

Seite 58

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.30

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

MORELLI: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Oberhauser, Kußtatscher, Mayr (Nachmittag), Feichter, Betta, Rella, Jori, Kofler und Malossini entschuldigt.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Oberhauser, Kußtatscher, Mayr (mattina), Feichter, Betta, Rella, Jori, Kofler e Malossini.

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

PAHL: (segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale si considera approvato.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu den Mitteilungen:

PRESIDENTE: Passiamo alle comunicazioni:

Der Regierungskommissär hat, versehen mit seinem Sichtvermerk, folgende Gesetzentwürfe zurückerstattet:

- am 21. Jänner den Gesetzentwurf Nr. 67: Bestimmungen über die Einzelheiten bei der Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutze der Gesundheit;
- am 22. Jänner den Gesetzentwurf Nr. 74: Allgemeine Rechnungslegung für die Finanzgebarung 1990;
- am 29. Jänner den Gesetzentwurf Nr. 77: Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für die Finanzgebarung 1992.

Der Abgeordnete Livio Negherbon hat mit Schreiben vom 4. Februar seinen Rücktritt als Mitglied der ersten Gesetzgebungskommission mitgeteilt.

Der Abgeordnete Marco Giordani hat mit Schreiben vom 22. Jänner seinen Rücktritt als Präsident der zweiten Gesetzgebungskommission, und mit nachfolgendem Schreiben, welches

am 6. Februar eingelangt ist, seinen Rücktritt auch als Mitglied der Gesetzgebungskommission mitgeteilt.

Der Abgeordnete Alfons Benedikter hat die Anfrage Nr. 96 eingebracht, welche die Beitragsleistungen an verschiedene Körperschaften zum Gegenstand hat.

Von seiten der Abgeordneten Eva Klotz ist die Anfrage Nr. 97 eingebracht worden, betreffend den Verwaltungsrat der Investitionsbank Trentino-Südtirol.

Der Text der Anfragen sowie die schriftlichen Antworten bilden integrierenden Teil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Die Gemeinde Mezzolombardo hat Kopie eines Beschlusses betreffend das Steueramt von Mezzolombardo zugesandt.

Il Commissario del Governo ha restituito, muniti dal proprio visto, i seguenti disegni di legge:

- in data 21 gennaio il disegno di legge n. 67: Norme sulle modalità di gestione delle funzioni dirette alla tutela della salute;
- in data 22 gennaio il disegno di legge n. 74: Rendiconto generale per l'esercizio finanziario 1990;
- in data 29 gennaio il disegno di legge n. 77: Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1992.

Con nota del 4 febbraio il Consigliere Livio Negherbon ha comunicato di rassegnare le proprie dimissioni dalla prima Commissione legislativa.

Con nota del 22 gennaio il Consigliere Marco Giordani ha comunicato di rassegnare le proprie dimissioni dalla carica di Presidente della seconda Commissione legislativa, e con successiva nota pervenuta in data 6 febbraio, ha rassegnato le proprie dimissioni anche dalla seconda Commissione legislativa.

Il Consigliere Alfons Benedikter ha presentato l'interrogazione n. 96 concernente i contributi concessi a vari enti.

Da parte del Consigliere regionale Eva Klotz è stata presentata l'interrogazione n. 97 concernente il Consiglio di amministrazione del Mediocredito Trentino-Alto Adige.

Il testo delle interrogazioni e le relative risposte scritte formano parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

Il Comune di Mezzolombardo ha trasmesso copia di una propria delibera concernente l'ufficio imposte di Mezzolombardo.

PRÄSIDENT: Jetzt eine Mitteilung darüberhinaus:

Der Gesetzentwurf Nr. 63 betreffend den Rechtsstatus und die wirtschaftliche Behandlung der Gemeindebediensteten und Gemeindesekretäre harrt seit Monaten seiner Behandlung in der Gesetzgebungskommission. Deswegen möchte ich folgende Erklärung, nach Abstimmung mit den Fraktionssprechern abgeben. Es haben heute Gewerkschaftsdelegationen darauf hingewiesen, daß der Gesetzentwurf bereits am 17. Mai von der Regionalregierung im Regionalrat eingebracht worden ist und bisher nicht behandelt werden konnte. Ich muß sagen, als Präsident des Regionalrates bedaure ich diese Verspätung und ich habe auch Verständnis für den Protest, der hier vorgebracht worden ist. Wir haben deshalb gesprochen, welche Möglichkeiten wir haben, um eine Beschleunigung voranzutreiben. Zunächst aber etwas zur Begründung: Sie wissen alle, daß seit der neuen Autonomie die meisten Zuständigkeiten auf die beiden Länder Trient und Bozen übertragen worden sind. Dadurch waren das

Regionalparlament als solches und auch die Gesetzgebungskommissionen ziemlich entlastet und konnten auch regelmäßig und pünktlich die eigenen Arbeiten erledigen. Es ist das erste Mal – und zwar seit dem vorigen Jahr –, daß durch Ausschöpfung einer Kompetenz und zwar des Art. 6 des Autonomiestatutes im Bereich der Sozialversicherung und Sozialvorsorge wirklich ein Haufen von großen wichtigen Gesetzesmaßnahmen erfolgt ist, der, sei es die Arbeiten der Gesetzgebungskommission als auch des Regionalrates, sehr stark beansprucht und zu Verzögerungen geführt hat. Es hat sich deshalb auch ergeben, daß die meisten zu bearbeitenden Gesetzentwürfe in einer Gesetzgebungskommission, nämlich in der ersten, anfallen und in der zweiten Gesetzgebungskommission verhältnismäßig wenig Arbeit ansteht. Um also jetzt eine bißchen gerechtere Aufteilung zwischen den beiden Gesetzgebungskommissionen zu erzielen und auch um diesen Verzögerungen gerecht zu werden, möchte ich im Namen der Fraktionssprecher vorschlagen, eine Umverteilung der Kompetenzen vorzunehmen. Das ist der erste Punkt, der auch als Zusicherung für die schnelle Behandlung des Gesetzentwurfes über die Gemeindebediensteten gelten kann. Wir möchten dies so umverteilen, damit beide Gesetzgebungskommissionen gleichermaßen belastet werden und damit vor allem die Personalzuständigkeit auf die zweite Gesetzgebungskommission verlagert wird.

Zweiter Punkt: Wir werden heute gleich anschließend die Mitglieder der Gesetzgebungskommissionen erneuern – es sind zwei zurückgetreten –, damit diese Gesetzgebungskommission auch ihre Arbeiten schnell fortsetzen kann.

Dritter Punkt: Ich werde, sobald der Präsident der Gesetzgebungskommission gewählt ist, ihn ersuchen, schnell und dringend mit dem Personalgesetz über die Gemeindebediensteten die Arbeiten zu beginnen und möglichst zügig durchzuführen.

Letzter Punkt: Sobald das Gesetz die Hürde der Gesetzgebungskommission genommen hat, werden wir dem Gesetz in der Aula eine gewisse Vorrangigkeit einräumen, natürlicherweise in Abstimmung mit der Aula und in Abstimmung mit den Einbringern von Gesetzentwürfen, die gerade in Behandlung stehen. Aber ich glaube, daß die Fraktionssprecher darüber einig sind, daß man eine gewisse Präzedenz zusichern muss. Ich weiß, daß man diese Ungeduld, die man zum Ausdruck gebracht hat, nicht mit guten und schönen Worten abtun kann, aber ich glaube, daß aufgrund der Zusicherungen, die wir gemacht haben – wobei sich die Fraktionssprecher verpflichtet haben, sie einzuhalten – wir garantieren können, daß innerhalb der nächsten paar Monate der Gesetzentwurf über die Personaldienstordnung der Gemeinden vom Regionalrat verabschiedet werden kann. Natürlich brauche ich dazu die Mitarbeit aller Kräfte hier im Regionalrat, um die ich auch in diesem Sinne ersuche.

Deswegen würde ich jetzt gleich diese Maßnahme, den Punkt Nr. 1 vornehmen, auch um zu zeigen, daß wir nicht nur reden. Der Vorschlag, der von den Fraktionssprechern gutgeheißen worden ist, lautet folgendermaßen: In der Gesetzgebungskommission die Materien "Ordnung des Personal" und "Ordnung der Handelskammern" auf die 2. Gesetzgebungskommission zu verlagern. Das wäre der Vorschlag, der ohne Gegenstimmen – glaube ich – von den Fraktionssprechern vorgeschlagen worden ist.

...Zu diesem Punkt? Vorgeschlagen ist also diese Maßnahme und ich gebe das Wort dem Abg. Duca.

...Bitte, dann Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Un'altra comunicazione:

Il disegno di legge n. 63 concernente "Norme sullo stato giuridico e il trattamento economico dei dipendenti dei Comuni e dei segretari comunali" attende da mesi di essere trattato in Commissione legislativa. Di conseguenza intendo rilasciare la seguente

dichiarazione, dopo gli opportuni accordi raggiunti in seno alla conferenza dei capigruppo. Oggi alcune delegazioni sindacali hanno fatto presente che il disegno di legge è stato presentato dalla Giunta regionale già in data 17 maggio dello scorso anno, e a tutt'oggi non ha potuto essere discusso. In qualità di Presidente del Consiglio regionale devo dire che ritengo deplorabile questo ritardo e quindi comprendo bene l'azione di protesta che ha avuto luogo questa mattina. Di conseguenza abbiamo discusso sulle eventuali modalità che potremmo introdurre per snellire i lavori. Ma prima di tutto bisogna anche fare una precisazione: voi tutti sapete che con il nuovo statuto di autonomia la maggior parte delle competenze è stata delegata alle due province di Trento e Bolzano e che quindi il parlamento regionale come tale ed anche le Commissioni legislative sono stati abbastanza puntuali nei loro lavori, che peraltro hanno potuto svolgere anche con una certa regolarità. E' la prima volta, cioè dall'anno scorso, che l'esercizio di una competenza, quella prevista all'art. 6 dello Statuto, in materia di previdenza e assicurazioni sociali, ha determinato un accumulo di così tanti disegni di legge, e tutti di grande rilevanza. Questa circostanza ha comportato una grande mole di lavoro per le Commissioni e per il Consiglio stesso, e quindi anche un certo ritardo. E' emerso anche che la maggioranza dei disegni di legge da trattare ricadono nella competenza della prima Commissione legislativa, mentre la seconda non ha molto lavoro. Per consentire una spartizione più equa delle competenze tra le due Commissioni legislative e per ovviare ai ritardi verificatisi, a nome dei capigruppo propongo di trasferire alcune competenze della prima Commissione alla seconda. E questo è un primo punto, che può garantire una celere trattazione del disegno di legge sui dipendenti comunali. Vorremmo procedere ad una nuova divisione delle competenze tra le due Commissioni, in modo che l'attività di entrambe sia più equilibrata e quindi trasferire la competenza in materia di ordinamento del personale alla seconda Commissione.

Secondo punto: oggi procederemo anche alla nomina dei nuovi membri delle Commissioni – due hanno rassegnato le dimissioni – in modo che queste ultime possano proseguire celermente i loro lavori.

Terzo punto: Non appena sarà stato eletto il Presidente della Commissione gli chiederò di iniziare subito i lavori con la legge sul personale dei Comuni e concludere la trattazione più celermente possibile.

Ultimo punto: non appena il disegno di legge in questione avrà completato il suo iter in Commissione, per la sua discussione in aula concederemo una certa precedenza, naturalmente concordando il tutto con l'aula stessa e i presentatori degli altri disegni di legge all'ordine del giorno. Credo che anche i capigruppo siano favorevoli a concedere una certa priorità a questo disegno di legge. So che la protesta espressa questa mattina non può essere placata con belle parole, ma credo anche che in base alla garanzia che abbiamo dato e che i capigruppo si sono impegnati a rispettare, il disegno di legge sul personale dei Comuni potrà essere approvato dal Consiglio regionale entro i prossimi mesi. Ovviamente ho bisogno della collaborazione di tutti Voi presenti in questo Consiglio. Pertanto Vi rivolgo un appello in tal senso.

Per le ragioni che ho avuto modo di spiegare, passerei subito alla trattazione del primo punto testè illustrato, anche per dimostrare che dalle parole noi passiamo ai fatti. La proposta approvata anche dai capigruppo, è la seguente: trasferire le materie "Ordinamento del personale e Ordinamento delle camere di Commercio" alla seconda Commissione legislativa. Questa sarebbe la proposta che credo sia stata approvata dai capigruppo all'unanimità.

...Su questo punto? E' stata avanzata questa proposta e dò la parola al cons.

Duca.

...Poi al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Herr Präsident, Sie haben gesagt, das was Sie jetzt vorgeschlagen haben, das Resultat der Abstimmung ist, die in der Sitzung der Fraktionssprechern stattgefunden hat. Ich stelle fest, daß es keine Abstimmung gegeben hat. Ich habe sogar noch das Wort verlangt und konnte zur Sache nicht mehr reden und sage jetzt, daß ich dagegen bin, weil diese Art von Verlagerung, wie Sie sie nennen, unsinnig ist, denn die Region für die Gemeindeordnung zuständig ist, und in der Gemeindeordnung fällt auch die Zuständigkeit für die Personalordnung, ebenso wie für die Gemeindepolizei. Also es handelt sich um ein einziges Sachgebiet, das nicht unterteilt werden kann, indem man dann einen Teil davon auf eine andere Kommission übertragen wird. Wenn schon, soll eine Kommission die Gemeindeordnung, diese beiden Gesetzesentwürfe Nr. 61 und 63 über den Rechtsstand des Gemeindepersonals und über die Ordnung der Gemeindepolizei und eventuell ein anderes Sachgebiet, sagen wir Sozialversicherung oder was auch immer bearbeiten. Dadurch kann man erreichen, daß eine Kommission mehr ausgefüllt ist und die andere etwa entlastet wird. Man kann jedoch nicht einen Teil eines Sachgebietes, das zur Gemeindeordnung gehört, so einfach übertragen. Die 1. Kommission befaßt sich ja mit der Gemeindeordnung, aber soll nicht den Rechtsstand des Gemeindepersonals und nicht die Gemeindepolizei behandeln. Das gehört ja zusammen. Das ist ein organisch Ganzes. Das sind ja allgemeine Grundsätze, die hier behandelt werden und die dasselbe betreffen und insofern ist es meiner Ansicht nach nicht richtig, sinnvoll und vernünftig, daß man diese beiden Dinge überträgt und nicht andere, wie z.B. die Sozialversicherung und Genossenschaftswesen.

(Signor Presidente, Lei ha testè affermato che quanto è stato proposto è il risultato di una votazione effettuata alla conferenza dei capigruppo. Ma ciò non è vero, non c'è stata nessuna votazione. Io ho addirittura chiesto la parola e non ho più potuto intervenire nel merito. Desidero quindi ribadire la mia posizione, dichiarandomi contrario a questo "trasferimento di competenze", come Lei stesso lo definisce. Tutto ciò non è razionale. La Regione è competente in materia di ordinamento dei Comuni ed in questa sfera di competenze ricade anche la competenza per il personale e la polizia municipale. Si tratta quindi di una materia organica che non può venir ulteriormente suddivisa in "sottomaterie", attribuendo quindi il loro esame ad un'altra commissione. Semmai dovrebbe venir trasferito ad una commissione legislativa l'esame dell'ordinamento comunale nonché dei due disegni di legge N. 61 e 63 concernenti lo stato giuridico del personale comunale e la polizia municipale; si potrebbe inoltre eventualmente trasferire la competenza per un'altra materia, come ad. es. le assicurazioni sociali. In questo modo la mole di disegni di legge da trattare sarebbe più equamente distribuita tra le due commissioni legislative e una commissione verrebbe così ad avere un numero minore di disegni di legge da trattare, mentre l'altra ne avrebbe un numero maggiore. Ritengo comunque inopportuno trasferire la competenza per un settore, che è parte integrante di una materia, come lo è l'ordinamento dei Comuni. L'ordinamento dei Comuni è ora all'esame della I Commissione legislativa, senza però che essa tratti il disegno di legge sullo stato giuridico dei dipendenti comunali e della polizia municipale. Ma tutte e due questi ambiti ricadono nella stessa materia, una materia organica. Si tratta quindi di principi generali da trattare e che concernono la stessa materia; è quindi inopportuno, insensato ed irrazionale, trasferire la competenza per queste due materie e non per altre, come ad. es. le assicurazioni sociali e le cooperative).

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter, ich antworte Ihnen anschließend.

Ich gebe jetzt das Wort dem Abg. Brugger. Bitte kurz, weil wir immer noch unter den Mitteilungen sind.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Benedikter, Le risponderò subito.

Ora concedo però la parola al cons. Brugger. La pregherò di essere breve, in quanto debbo terminare di leggere le mie comunicazioni all'Aula.

BRUGGER: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem es bei der Fraktionssprechersitzung heute recht turbulent zugegangen ist, weil wir eben auch nicht nur über die Tagesordnung zu reden hatten, stimmt es, daß wir nicht in der Lage waren, eine Abstimmung über die Aufteilung der Zuständigkeiten, oder über die Neuverteilung der Kompetenzen der beiden Gesetzgebungskommissionen zu führen.

Deshalb möchte ich für die Südtiroler Volkspartei hier feststellen, daß wir mit der vom Präsidium vorgeschlagenen Aufteilung der Kompetenzen einverstanden sind, wobei ich nichts dagegen habe, daß wir uns, was die genaue Aufteilung betrifft, durchaus Gedanken machen, inwieweit eine Koordinierung der verschiedenen Kompetenzen der einen und der anderen Kommission erforderlich ist. Aber grundsätzlich bin ich der Meinung, daß diese von uns, vom Präsidium, vom Präsidenten des Regionalrates vorgeschlagene Neuaufteilung der Kompetenzen in dieser Form in Ordnung geht. Ich bin auch der Meinung, daß wir durch diese Neuverteilung tatsächlich auch unsere Arbeiten hier im Regionalrat erleichtern können. Vielleicht wäre es heute nicht zu dieser Protestaktion gekommen, wenn wir schon vor längerer Zeit mit einer Neuverteilung der Kompetenzen begonnen hätten. Es ist eine Tatsache, daß eine Kommission sehr viel Arbeit zu machen hatte und nicht Gesetzentwürfe nicht behandeln wollte, sondern einfach extrem viel Arbeit aufgehäuft hatte, während die andere unter den derzeitigen Zuständigkeiten nicht so stark unter Druck steht. Deshalb glaube auch ich, daß es sehr sinnvoll ist, hier die Umverteilung vorzunehmen, um auch die entsprechende raschere Behandlung der Gesetzentwürfe in den Kommissionen gewährleisten zu können.

Aber davon abgesehen ersuche ich Sie jetzt auf dieser Ebene zu beschließen und dann aber unsere Tagesordnung weiterzumachen. Ich lege großen Wert darauf, daß wir mit dem hauptsächlichen Tagesordnungspunkt, nämlich mit der Behandlung des Gesetzentwurfes über das sogenannte Familienpaket weitermachen können. Wir gehen davon aus, daß wir mehrere Sitzungen brauchen. Aber wir möchten dieses Gesetz nun endlich verabschieden.

(Signor Presidente, stimati colleghi, stimute colleghe! Dal momento in cui la conferenza dei capigruppo è stata relativamente turbolenta — infatti non abbiamo discusso solamente i punti all'ordine del giorno —, desidero confermare quanto detto prima e cioè che non siamo stati in grado di votare sul trasferimento delle competenze all'interno delle commissioni legislative.

Per questo desidero annunciare a nome della Südtiroler Volkspartei di essere favorevoli alla proposta avanzata dalla Presidenza e concernente il trasferimento delle competenze in seno alle due Commissioni legislative, mentre ritengo necessario riflettere sul coordinamento delle competenze dell'una o dell'altra Commissione. Fondamentalmente però sono dell'avviso che questa nuova ripartizione delle competenze proposta dall'Ufficio di Presidenza, dal Presidente del Consiglio regionale, sia più che opportuna. Infatti ritengo che con questa nuova ripartizione delle competenze anche i nostri lavori di questo consesso potranno procedere più speditamente. Tuttavia forse non saremmo arrivati a quest'azione di protesta, se avessimo provveduto già da tempo a questo trasferimento di competenze. E' innegabile che una commissione lavori più dell'altra e non è vero la I. Commissione legislativa non abbia voluto trattare determinati disegni di legge: era semplicemente oberata di lavoro. Per questo motivo credo che sia sensato provvedere a questa ridistribuzione delle competenze, affinché si garantisca così una più veloce trattazione dei disegni di legge nelle commissioni.

Ma a prescindere da queste considerazioni, vorrei ora invitare i colleghi a votare a favore di questo trasferimento di competenze all'interno delle commissioni legislative e poi a continuare la trattazione dei punti all'ordine del giorno. Ritengo particolarmente importante continuare la trattazione del punto più importante, e cioè il disegno di legge chiamato anche "pacchetto famiglia". Sicuramente saranno necessarie più sedute per arrivare al suo esaurimento. Siamo tuttavia dell'avviso che esso debba finalmente venir licenziato).

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Brugger.

Abg. Boato, zum Umverteilung der Kompetenzen?

Prego!

PRESIDENTE: Grazie, cons. Brugger.

Cons. Boato, desidera intervenire sul trasferimento delle competenze?

Prego Lei ha la parola.

BOATO: Sono d'accordo sulla sottolineatura dell'importanza specifica che ha il disegno di legge che si è arenato in Commissione, ma tutti devono assumersi le proprie responsabilità, noi le nostre e voi le vostre come partiti di governo.

Il vero ostacolo non è il troppo lavoro della I[^] Commissione, ma l'ostruzionismo che è stato fatto in Consiglio regionale; la paralisi di questa assemblea è dovuta al pacchetto famiglia, al contenuto di questa legge, alle modalità con cui è stata portata avanti, alle tensioni che abbiamo espresso costruttivamente, come minoranze, ma soprattutto alle tensioni che non sono sfociate all'esterno, ma che esistono all'interno del SVP e della DC. Mi piacerebbe sapere qualche cosa del PSI a tal proposito.

Questo è il vero macigno che abbiamo davanti e non lo smuoveremo con lo spostamento di competenze dalla I[^] alla II[^] Commissione, è vero quello che ha detto il collega Benedikter, è una riflessione fondata, perchè quella Commissione dove hanno lavorato sulla legge di ordinamento dei comuni, avrebbe logicamente dovuto proseguire il lavoro anche su questa legge riguardante i dipendenti comunali, che attiene lo stesso argomento.

L'ostacolo lo abbiamo in aula oggi, noi stiamo riparlando, assieme alla legge legittimamente rivendicata oggi dai manifestanti; è un ritardo che fa vergogna a questo Consiglio regionale, non essendo stata ancora recepita la riforma generale sull'ordinamento dei comuni e naturalmente nemmeno esaminata in Commissione quest'ultima legge di natura sindacale e organizzativa. Siamo all'impedimento più totale a far funzionare il Consiglio regionale, come dimostrerà questa prima seduta oggi in aula e come dimostra la convocazione reiterata per tre settimane solo per uscire da quest'empasse.

Voi sapete che, se anche paradossalmente il pacchetto fosse votato si arenerà al visto governativo, si arenerà per altre ragioni più complessive. Abbiamo oltretutto un altro disegno di legge arenato in aula, che è quello sugli aiuti alla Jugoslavia, che vede altra contrapposizione a danno del funzionamento del Consiglio regionale e dell'immagine della Regione, perchè ancora all'interno dei partiti della maggioranza c'è una dicotomia alla saldatura.

Questo disordine dei lavori ha una radice politica e non burocratica di funzionamento delle Commissioni.

PRÄSIDENT: Danke!

Cons. Taverna, sempre sul trasferimento delle competenze?

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, il gruppo del MSI-DN non può in questa occasione che dichiararsi nettamente contrario all'impostazione che la Presidenza del Consiglio regionale ha voluto dare circa il problema delle competenze delle Commissioni legislative.

La valutazione che il MSI fa a proposito della proposta testè illustrata dalla Presidenza del Consiglio regionale non può che essere ovviamente negativa e per questioni di carattere politico e per questioni di merito.

Le questioni di carattere politico. Abbiamo assistito, signor Presidente del Consiglio e signor Presidente della Giunta, ad una procedura irrituale, che ha visto il formularsi e la realizzazione di corsie preferenziali per alcuni disegni di legge. Alcuni hanno avuto una corsia preferenziale, per cui sono stati esaminati, discussi ed approvati in Commissione, mentre altri sono rimasti al punto di partenza.

Sotto questo profilo il MSI non può che ribadire ancora una volta che, se di cattivo funzionamento si tratta, questo dipende esclusivamente dalla responsabilità politica di questa Giunta regionale, che non è in grado di dar corpo alle proposte che essa stessa avanza e sotto questo profilo il MSI non può che dichiararsi contrario per questioni di politica e di merito.

Le questioni di merito. Non è possibile che la I^a Commissione, che si è occupata ha licenziato il disegno di legge n. 72, che riguarda l'ordinamento dei comuni, sia sottratta la competenza adesso della questione relativa allo status giuridico dei dipendenti dei comuni medesimi. Questo non è nè pensabile, nè concepibile anche sul piano concettuale, quindi anche sotto questo profilo il MSI esprime netto dissenso di carattere politico e di merito.

La Giunta regionale si assuma in pieno e in toto le proprie responsabilità.

Per queste ragioni il MSI-DN è contrario a votare una proposta che è stata presentata in modo irrituale e non è nemmeno contenuta nell'ordine del giorno di questa assemblea legislativa e per questo motivo mi oppongo alla votazione, perchè sarebbe illegittima e contraddittoria con la previsione dei punti dell'ordine del giorno, altrimenti ci vedremo oggi ad affrontare la votazione di una questione che riguarda il trasferimento di competenze da una Commissione all'altra.

Quindi anche per questa ragione il MSI-DN è contrario alla impostazione che la Presidenza ha dato, ma soprattutto alla sua proposta.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Ferretti.

Ich muß nur etwas sagen: ich lasse jedem das Wort. Vorgesehen war dies nicht und wenn jetzt eine so dichte Diskussion entsteht, dann muß ich sagen, dann gehe ich zurück in die Fraktionssprecher und der Punkt soll ordentlich auf die Tagesordnung kommen und muß eben warten. Man kann nicht zuerst die Dringlichkeit verlangen und dann ewig hier reden. Wir haben heute eine ganz andere Tagesordnung. Jetzt schauen ich einmal, wie schnell sich dies abwickelt, aber wenn das so weitergeht, dann unterbreche ich diesen Punkt. Wenn sich jeder eine Minute Zeit nimmt, über diese Mitteilung zu reden, ist gut, ansonsten unterbreche ich. Cons. Ferretti, ho chiesto di essere molto breve, perchè il senso era di agevolare il lavoro e non di impedirlo, perchè se si discute tutta la mattinata, allora rimando l'ordine del giorno.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ferretti.

Desidero fare solamente alcune precisazioni.

Concederò la parola a tutti i consiglieri, anche se questo non era previsto. Tuttavia se si dovesse sviluppare un'accesa discussione, allora sarò costretto a riconvocare il collegio dei capigruppo ed il punto verrà poi inserito nell'ordine del giorno secondo il regolamento. Non si può chiedere la trattazione d'urgenza e poi intervenire a lungo. Oggi abbiamo un ordine del giorno

completamente differente. Ora, vedremo come verrà sviluppato questo punto, ma se si continuerà in questo modo, sospendere la sua trattazione. Se ogni consigliere interverrà in merito a questa comunicazione un minuto, allora si potrà continuare così, altrimenti sarò costretto ad interrompere gli interventi.

FERRETTI: Volevo solo confermare che il mio partito è d'accordo che si proceda ad una redistribuzione delle competenze, chiede anche contemporaneamente che si possa votare uno scambio di consiglieri democristiani dalla I[^] alla II[^] Commissione e cioè che il collega Giordani, che fa parte della II[^] Commissione passi alla I[^] ed il collega Negherbon che è nella I[^] passi alla II[^]. Poi evidentemente, ricoprendo all'interno delle due Commissioni questi due consiglieri uno ruolo di Presidente, l'altro di Vicepresidente, le Commissioni saranno chiamate anche a sostituire le rispettive cariche e questo proprio in favore di quella domanda che è venuta dal Presidente della Giunta regionale, che chiede, che le Commissioni possano più celermente lavorare, al fine di ottenere quei risultati di trattazione delle leggi già da mesi all'ordine del giorno della I[^] Commissione, che non potevano venire esaminati perchè questa Commissione era un po' ingolfata nei suoi lavori.

PRÄSIDENT: Danke auch für die Kürze. Mit der gleichen Bitte an den Abg. Marzari, kurz zu sein...

Der Abg. Craffonara hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie anche per la brevità del Suo intervento.
Rivolgo naturalmente lo stesso invito anche al cons. Marzari...
Prego, cons. Craffonara, Lei ha la parola.

CRAFFONARA: Estremamente breve, signor Presidente.

Devo confermare quello che alcuni oratori che mi hanno preceduto hanno fatto osservare e cioè che, se i lavori nella I[^] Commissione legislativa vanno a rilento, ciò è dovuto all'importanza dei disegni di legge che lì sono in discussione, però bisogna anche confermare che, se si è perso molto tempo e se ne perderà altro, questo è dovuto anche alla scarsa chiarezza e alle contraddizioni che regnano nei partiti della maggioranza, in particolare del SVP.

Ci sono delle spaccature che determinano veramente delle situazioni di estremo disagio.

Tuttavia credo che le istituzioni devono funzionare e quindi è nostro dovere e compito agevolare questo funzionamento delle istituzioni, per cui, per quello che ci riguarda, non siamo contrari a trasferire, magari provvisoriamente, le competenze delle Commissioni, però credo che nulla vieti che si possa dire che per quanto riguarda i disegni di legge, riguardanti le polizie urbane e i dipendenti comunali, questi in via eccezionale possano essere trattati dalla II[^] Commissione, per non creare problemi.

PRÄSIDENT: Grazie!

Prego, cons. Marzari.

MARZARI: Sono d'accordo sulla proposta formulata dalla Presidenza, sono però anche dell'opinione che, trattandosi di disegni di legge di cui è presentatrice la Giunta, sia nel caso del personale dei comuni, come dell'ordinamento dei comuni, come del pacchetto famiglia, niente vieta che si raggiunga un accordo che quando questi disegni di legge, sistemato il lavoro delle Commissioni, dovessero arrivare in aula, si sospenda la trattazione di un disegno di legge della

Giunta per trattarne un altro che è della medesima Giunta, senza sconvolgere una regola, che vuole che siano i presentatori a dichiararsi d'accordo o meno nel trattare i disegni di legge.

Quindi credo che qui debba soprattutto misurarsi la coerenza della maggioranza.

PRÄSIDENT: Danke, auch für die Kürze.
Bitte, Abg. Klotz.

PRESIDENTE: Grazie anche per la brevità.
Prego, cons. Klotz.

KLOTZ: Herr Präsident! Von meiner Seite haben Sie nie allzulange Reden gehört. Ich werde auch diesmal kurz sein. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß das ein schwerwiegender Präzedenzfall ist. Zumindest in diesen beiden Legislaturen, in denen ich hier an den Sitzungen teilnehme, ist so etwas noch nie verhandelt und diskutiert worden und die Wortmeldung vom Abg. Ferretti zeigt, wohin der Regionalrat schlittert, wenn Ferretti bereits jetzt in Aussicht stellt, daß er auch eine Umschichtung der Kommissare der Kommissionen verlangen wird. So war es zu verstehen. Infolgedessen, Herr Präsident, würde ich wirklich davor warnen, einen solchen Präzedenzfall hier jetzt anzugehen, denn das bringt nichts als Schwierigkeiten. Ich würde es für sinnvoller erachten, entweder einmal, daß man diese Abstimmung vermeidet und in die Fraktionssprechersitzung zurückgeht und es bei der zuständigen Kommission beläßt, anstatt hier etwas heraufzubeschwören, was vor allen Dingen in Vorwahlkampfzeiten und in dieser Phase äußerst gefährlich werden kann und sicher auf Kosten der Arbeiten gehen wird.

(Signor Presidente, sicuramente i miei interventi non sono mai stati eccessivamente lunghi ed anche in questa occasione sarò breve. Desidero tuttavia farle notare che si tratta di un grave precedente. Per lo meno nel corso di queste due legislature, non si è mai discusso nè trattato su qualcosa del genere e l'intervento del cons. Ferretti ci fa capire in che direzione sta slittando il Consiglio regionale, dato che propone il passaggio di commissari da una Commissione legislativa ad un'altra. Noi non avevamo preso una decisione del genere. Quindi, signor Presidente, si guardi bene da creare un simile precedente, poiché questo non creerebbe che difficoltà. Riterrei più opportuno, evitare questa votazione, riconvocare la conferenza dei capigruppo e lasciare le competenze alle rispettive commissioni, invece di provocare un fenomeno che in tempi di campagna elettorale potrebbe essere molto pericoloso e sicuramente ripercuotersi negativamente sull'andamento dei lavori).

PRÄSIDENT: Jetzt haben wir alle Standpunkte gehört. Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir der Reihe nach die Ersetzungen, die vorgeschlagen worden sind, vornehmen. Damit fange ich bei der Kollegin Klotz an: Die Mitteilung vom Abg. Ferretti war darauf bezogen, daß zwei Mitglieder der Gesetzgebungskommission, und zwar die Abg. Negherbon und Giordani ihren Rücktritt aus der jeweiligen Kommission bekanntgegeben haben. Jetzt hat er praktisch sie neu vorgeschlagen für eine andere Zusammensetzung. Das ist das gute Recht eines jeden Mitgliedes der Kommission, sich zurückzuziehen. ...Bitte, die politische Beurteilung möchte ich ihnen schon freistellen. Aber jedenfalls formalrechtlich haben die Abg. Negherbon und Giordani ihren Rücktritt bekanntgegeben und somit müssen wir sie ersetzen. Der Abg. Ferretti hat jetzt für die 2. Gesetzgebungskommission den Abg. Negherbon und für die 1. Gesetzgebungskommission den Abg. Giordani vorgeschlagen. Dazu ist es normalerweise üblich, daß wir mit Handerheben abstimmen. Ich sehe dazu keine Wortmeldungen. Wer damit einverstanden ist, daß der Abg.

Negherbon in 2. Gesetzgebungskommission Mitglied wird, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 3 Stimmenthaltungen. Das wäre der erste Punkt: Ersetzung eines Mitgliedes der 1. Gesetzgebungskommission.

PRESIDENTE: A questo punto abbiamo ascoltato tutte le varie prese di posizione e proporrei quindi di procedere nell'ordine alle sostituzioni che sono state proposte. Inizio dalla collega Klotz: la comunicazione del collega Ferretti si riferiva al fatto che due membri della Commissione legislativa, ovvero il cons. Negherbon e il cons. Giordani hanno comunicato di rassegnare le dimissioni dalla Commissione di cui fanno parte, e adesso il cons. Ferretti ha comunicato di proporLi per una nuova composizione delle Commissioni. Tutti i membri di Commissione hanno il diritto di dimettersi... La valutazione politica la lascio a loro... Ma comunque dal punto di vista formale i cons. Negherbon e Giordani hanno comunicato le loro dimissioni e quindi dobbiamo procedere alla loro sostituzione. Il cons. Ferretti ha proposto per la II. Commissione il cons. Negherbon e per la I. il cons. Giordani. Queste votazioni di solito avvengono per alzata di mano. Non vedo nessuno che intenda intervenire a questo riguardo. Chi è favorevole al fatto che il cons. Negherbon diventi membro della seconda Commissione è pregato di alzare la mano. Contrari? Nessuno. Astenuti? 3. E questo era il primo punto: Sostituzione di un membro della prima Commissione legislativa.

PRÄSIDENT: Der zweite Punkt: Ersetzung eines Mitgliedes der 2. Gesetzgebungskommission: Wer ist dafür, daß der Abg. Giordani Mitglied der ersten Gesetzgebungskommission wird, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Wer ist dagegen? 1. Wer enthält sich der Stimme? 2.

Bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen ist auch das genehmigt.

PRESIDENTE: Il secondo punto: sostituzione di un membro della seconda Commissione legislativa. Chi è favorevole al fatto che il cons. Giordani diventi membro della prima Commissione legislativa è pregato di alzare la mano. Contrari? 1. Astenuti? 2.

Con un voto contrario e tre astensioni anche questo punto è approvato.

PRÄSIDENT: Zur Umschichtung der Gesetzgebungskompetenzen möchte ich dem Abg. Benedikter und anderen, die es eingewendet haben, die Kompetenz liegt im Regionalrat, folgendes sagen: Ich habe nicht gemeint mit Abstimmung im Fraktionsführerkollegium, Kollege Benedikter, d.h. daß abgestimmt worden ist, sondern nach Absprache, im Einklang mit den Fraktionssprechern. So ist es auch auf die Tagesordnung gekommen – das sage ich jetzt in Richtung des Abg. Taverna – man hat heute früh diesen Wunsch geäußert, diese Umschichtung vorzunehmen.

...Prego, cons. Taverna, sul Regolamento.

PRESIDENTE: Per quanto concerne il trasferimento delle competenze voglio rispondere al cons. Benedikter ed altri, i quali hanno sostenuto che la decisione spetta al Consiglio. Io non intendevo dire che il collegio dei capigruppo ha votato questo trasferimento, collega Benedikter, io intendevo dire d'intesa e di concerto con il collegio dei Capigruppo. Per questo il punto è stato posto all'ordine del giorno. E qui mi rivolgo al cons. Taverna: questa mattina è stato chiesto di procedere a questo trasferimento.

...Prego, cons. Taverna, sul Regolamento.

TAVERNA: Signor Presidente, mi oppongo formalmente alla proposta che lei ha fatto, in quanto questa è in palese contrasto con l'art. 55 del Regolamento.

L'art. 55 è intitolato: "Inserimento di nuovi punti all'ordine del giorno".

È evidente che la votazione sulla proposta che lei ha formulato non è contemplata dall'ordine del giorno, quindi sotto questo aspetto è necessario che si proceda alla votazione per scrutinio segreto, ai sensi dell'art. 55 del Regolamento e quindi chiedere l'inserimento della proposta medesima nell'ordine del giorno.

Signor Presidente, mi attengo alla formulazione specifica e precisa dell'art. 55 del Regolamento.

PRÄSIDENT: Danke! Nach dem Einwand besteht, wird das so gemacht.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Es wird beantragt, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Wer dafür ist, daß wir es behandeln können, stimmt mit Ja, wer dagegen ist mit Nein. Es braucht die 2/3-Mehrheit.

Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Dal momento che è stata sollevata obiezione, si procederà alla votazione.

Prego distribuire le schede. Si vota l'inserimento di un nuovo punto all'ordine del giorno. Chi è favorevole voterà Sì e chi è contrario No. È richiesta la maggioranza di due terzi.

Prego procedere all'appello nominale.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	54
erforderliche Mehrheit:	41
mit Ja haben gestimmt:	41
mit Nein:	12
Stimmenthaltungen:	1

Damit ist die Aufnahme in die Tagesordnung genehmigt.

PRESIDENTE: La votazione è conclusa e ne comunico l'esito:

Votanti:	54
maggioranza richiesta	41
schede favorevoli	41
schede contrarie	12
schede bianche	1

L'inserimento del nuovo punto all'ordine del giorno è approvato.

PRÄSIDENT: Ich gebe dem Abg. Meraner das Wort zur Geschäftsordnung.

PRESIDENTE: La parola al cons. Meraner sul Regolamento.

MERANER: Zum Fortgang der Arbeiten, Herr Präsident. Ich stelle fest, daß der Regionalrat derzeit vor der Tür von Gewerkschaftern und Polizisten belagert ist. Für mich ein untragbarer Zustand. Wenn jemand sagen wollte, daß wir Abgeordnete uns weder körperlich noch seelisch durch diesen Auflauf irgendwie bedroht und eingeschränkt fühlen, dann frage ich allen Ernstes, Herr Präsident, warum man 50 bis 20 Polizisten hereinbeordert hat, um uns vor dieser Horde zu schützen. Ich möchte wissen, wer der Verantwortliche dafür ist. Ich habe gehört, es soll der Präsident Andreolli sein. So ist es mir vor der Tür gesagt worden. Ich weiß es nicht, ich möchte eine genaue Auskunft haben und beantrage, daß der Präsident draußen den Raum im Palast räumen läßt. Auf der Tribüne sollen alle bleiben, die es wollen. Sie sind gerne willkommen, sollen zuhören und zusehen, was hier geschieht, aber hier im Vorraum sollen weder die einen noch die anderen Platz finden.

(Sull'ordine dei lavori, signor Presidente. Devo constatare che in questo momento il palazzo del Consiglio regionale è assediato da sindacalisti e agenti di polizia. E per me questo è un fatto insostenibile. Se qualcuno avesse voluto dire che noi consiglieri non ci sentiamo minacciati nè fisicamente nè moralmente da questo assembramento, allora chiedo in tutta serietà signor Presidente, perché sono stati chiamati da 20 a 50 poliziotti per proteggerci da questa orda di gente. Voglio sapere chi risponde di questa decisione. Ho sentito che è stato il Presidente Andreolli. Questo è quanto mi è stato detto davanti alla porta d'ingresso. Non so se sia vero, ma voglio un'informazione precisa e chiedo che il Presidente faccia sgomberare l'atrio. In tribuna può rimanere chi vuole, sia il benvenuto, ascolti il dibattito e veda cosa accade in quest'aula. Ma nell'atrio non deve esserci nessuno, nè gli uni, nè gli altri.)

PRÄSIDENT: Abg. Meraner, Sie haben schon Recht. Es gibt wirklich ein bißchen Unruhe hier im Saal und ich habe es auch selber beklagt. Auch am Vormittag war es problematisch. Ich habe deswegen auch versucht, das Anliegen, das hier vorgebracht worden ist, gleich sozusagen bei den Hörnern anzupacken und zu lösen, indem wir jetzt den Punkt vorverlegt und die Gesetzgebungskommission umbesetzt haben. Ich glaube, daß jetzt die Vertreter auch abziehen werden, ansonsten werde ich Ihre Maßnahme, die Sie vorgeschlagen haben, anwenden.

PRÄSIDENTE: Cons. Meraner, Lei ha ragione, effettivamente regna una certa confusione qui in aula ed io stesso l'ho denunciato pubblicamente. Anche la mattinata è stata parecchio problematica. Pertanto ho tentato di affrontare subito la richiesta che è stata avanzata, anticipando il punto all'ordine del giorno e trasferendo la relativa competenza alla seconda Commissione. Credo che a questo punto i rappresentanti sindacali possano anche andare via, perché altrimenti mi vedrò costretto ad adottare il provvedimento da Lei proposto.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt noch formal über die Vorverlegung dieses Punktes in der Tagesordnung ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer ist dagegen? 4. Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Damit ist der Punkt auf der Tagesordnung vorverlegt worden. Jetzt sind wir formal in Ordnung und nachdem wir die Diskussion eigentlich schon abgewickelt haben, würde ich jetzt sagen, daß wir jetzt über diese Verlagerung der Kompetenzen abstimmen. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 4. Wer enthält sich der Stimme?

Damit ist diese Neuordnung der Kompetenzen vorgenommen worden.

PRESIDENTE: A questo punto voteremo ancora per l'anticipazione di questo punto all'ordine del giorno. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? 4. Astenuti? Nessuno.

Quindi dal punto di vista formale il punto è all'ordine del giorno. A questo punto formalmente tutto è regolare e dal momento che la discussione è già stata svolta, direi che possiamo votare questo trasferimento delle competenze. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. La maggioranza. Contrari? 4. Chi si astiene?

Quindi questo trasferimento delle competenze è stato approvato.

PRÄSIDENT: Wir kommen somit zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zur Artikeldebatte zum Geszentwurf Nr. 68: Maßnahmen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsfürsorge (eingebracht vom Regionalausschuß).

Ich bitte Sie einen Augenblick um Aufmerksamkeit, weil ich dazu eine Erklärung verlesen möchte:

PRESIDENTE: Passiamo così al prossimo punto dell'ordine del giorno, la discussione articolata del disegno di legge n. 68: "Interventi in materia di previdenza integrativa" (presentato dalla Giunta regionale).

Vi prego di prestare un attimo di attenzione perché a questo proposito devo rilasciare una dichiarazione:

Bevor wir in die Artikeldebatte über das sogenannte Familienpaket einsteigen, fühle ich mich als Präsident dieses regionalen Gesetzgebungsorganes verpflichtet, an Sie, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, einen Appell zu richten und Sie um Ihre Mitarbeit zu ersuchen:

Die Debatte über das Familienpaket ist im Regionalrat schon im November unterbrochen worden, um einem Wunsch gerecht zu werden, der vor allem von den Oppositionsparteien vorgetragen worden war. Diese hatten verlangt, daß man die Artikeldebatte erst dann fortsetzen sollte, wenn im Regionalrat auch das zweite Bündel an Maßnahmen für die Familie vorliegen würde, um damit einen Gesamtüberblick zu gewährleisten. Man hatte deshalb im Fraktionsführerkollegium vereinbart abzuwarten, bis die zuständige Gesetzgebungskommission in der Generaldebatte das zweite Bündel prüfen konnte. Dies ist nun erfolgt. Es steht lediglich die Abstimmung zum Übergang zur Sachdebatte aus, die zwar auch schon erfolgt ist, aber aus rechtlichen Gründen wiederholt werden soll. Dafür wollte ich eigens die Arbeiten des Regionalrates heute unterbrechen. Wegen des Todes und der Trauerfeierlichkeiten der Mutter des Abg. Kußlatscher, dem ich bei dieser Gelegenheit mein tiefempfundenes Beileid ausdrücke, kann dies zwar heute nicht mehr erfolgen, soll aber möglichst morgen nachgeholt werden. Ich bitte Sie um Verständnis. Mit der Vorlage und der Behandlung des zweiten Familienpaketes in der Kommission hat man dem Wunsch der Opposition voll entsprochen. Die Abgeordneten sind in Kenntnis beider Maßnahmenbündel und haben den Überblick über das erste Familienpaket, welches das Geburtsgeld auf alle Hausfrauen ausdehnt, ein Erziehungsgeld sowie erhöhte Familienzulagen für kinderreiche Familien, eine Krankenhausentschädigung und eine Haushaltsversicherung vorsieht sowie über das zweite Familienpaket, welches die sogenannte Hausfrauenrente und Hilfen für die Zahlung der Sozialbeiträge für Bergbauern und Saisonarbeiter beinhaltet.

Es hat auch eine Aussprache zwischen dem Präsident des Regionalausschusses und den Vertretern der Minderheit stattgefunden, um bei der Gelegenheit über die Abänderungsanträge zu sprechen und mögliche Differenzen auszuräumen. Das genannte Angebot wurde aber nur von einem Teil der Abgeordneten der Minderheit wahrgenommen. Es liegen weiterhin die etwa 400 Abänderungsanträge vor. Das Angebot zum Gespräch aber war vorhanden. Es folgten weitere

Gespräche mit dem Assessor Morandini.

Es liegt mir fern, der meritorischen Debatte über den Inhalt der Maßnahmen vorzugreifen. Dies soll Gegenstand der Arbeiten des Regionalrates sein. Wohl aber möchte ich dafür sorgen, daß die Behandlung des Familienpaketes endlich fortgesetzt werden kann. Ob Mehrheit oder Minderheit, jeder Abgeordnete hat gleichermaßen das Recht, daß seine Anträge im Regionalrat seriös zur Debatte kommen und schließlich und endlich auch abgestimmt werden können – dies gilt sowohl für die Abänderungen wie auch für das gesamte Gesetz. Ich würde es deshalb nicht akzeptieren, wenn durch gezielte Obstruktionspolitik die demokratische Willensbildung behindert werden sollte.

Zudem erwartet sich die Südtiroler und Trentiner Bevölkerung, daß die in Aussicht gestellten und so heiß diskutierten Maßnahmen endlich verabschiedet werden. Über diesen schwebt dann sowieso noch das sprichwörtliche Damoklesschwert der römischen Gesetzesprüfung, das angesichts des Neulandes, das man mit diesen Maßnahmen betritt, sowieso ein großes Fragezeichen in sich birgt.

Ich bitte Sie deshalb um Ihre Mitarbeit und vertraue fest darauf, daß Mehrheit und Opposition konstruktiv zum Verlauf der Debatte und zur demokratischen Willensbildung beitragen werden. Das soll nicht bedeuten, daß der zeitliche Rahmen für die Debatte eingeschränkt werden soll. Im Einvernehmen mit den Fraktionsvorsitzenden habe ich einen dichten Sitzungskalender vorgesehen, der auch mögliche Nachtsitzungen beinhaltet, so daß alle zu Wort kommen, alle Abänderungsanträge geprüft werden können und die Behandlung des Gesamtpaketes gewährleistet sein müßte. Sollte trotz all dieser Bemühungen eine bewußte Obstruktionspolitik betrieben werden, die den Gang des Gesetzes behindert, so möge jeder die Verantwortung für sein Handeln übernehmen. Ich stelle dazu nur folgendes fest:

1. Die Ausschöpfung der vollen Rechte der Geschäftsordnung sind ein Mittel der parlamentarischen Demokratie, das ich weder verbieten kann noch verbieten will.
2. Ich appelliere deshalb an die menschliche und politische Verantwortung eines jeden Abgeordneten, den Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden und eine sachliche Arbeit zu gewährleisten. Dazu sind wir schließlich gewählt worden.
3. Jeder Volksvertreter muß sich vor den Wählern und dem Volk rechtfertigen. Und so ist es auch in diesem konkreten Falle des Familienpaketes.

Prima di dare inizio alla discussione articolata del cosiddetto Pacchetto famiglia, in qualità di Presidente di questo Consiglio, mi sento in dovere di rivolgere un appello a voi, onorevoli Consiglieri, al fine di sollecitare la Vs. collaborazione:

Il dibattito sul Pacchetto famiglia in Consiglio regionale è stato interrotto già in novembre per soddisfare una richiesta avanzata principalmente dalle opposizioni, ovvero proseguire con la discussione articolata solo quando fosse stato presentato in Consiglio regionale anche il secondo Pacchetto famiglia, in modo da garantire una visione globale degli interventi. Di conseguenza il Collegio dei capigruppo ha concordato di attendere che la Commissione legislativa competente ultimasse la discussione generale su questo secondo provvedimento. La Commissione ha concluso questa fase dei lavori. Manca solo la votazione del passaggio alla discussione articolata, che è già stata effettuata ma che per motivi di ordine giuridico deve essere ripetuta. A tale scopo volevo interrompere oggi i lavori del Consiglio regionale. Data la scomparsa della madre del cons. Kußtatscher, al quale esprimo le mie più sentite condoglianze, non sarà possibile procedere oggi a questa votazione. Vi prego di comprendere la circostanza. Presentando e discutendo il secondo Pacchetto famiglia in Commissione è stata pienamente soddisfatta la richiesta avanzata dalle opposizioni. I Consiglieri hanno potuto esaminare i due pacchetti di interventi e quindi ora hanno un quadro generale del

primo pacchetto, quello che estende l'assegno di natalità a tutte le casalinghe e prevede un assegno di educazione nonché l'aumento degli assegni familiari a favore delle famiglie numerose, un indennizzo contro gli infortuni domestici e infine un'indennità per degenza ospedaliera. Il secondo Pacchetto famiglia introduce la cosiddetta pensione alle casalinghe e i contributi per il pagamento degli oneri sociali da parte degli agricoltori, mezzadri e coloni che operano in condizioni svantaggiate nonché per la prosecuzione volontaria da parte dei lavoratori stagionali.

Il Presidente della Giunta regionale e i rappresentanti delle minoranze si sono incontrati per discutere gli emendamenti e ovviare alle eventuali divergenze di opinione. Ma l'invito a presenziare a questo incontro è stato accolto solo da una parte dei Consiglieri di minoranza. A tutt'oggi permangono i quasi 400 emendamenti, pur essendo stata manifestata la disponibilità al dialogo. L'Assessore Morandini ha tenuto a sua volta altri colloqui.

Sono ben lungi dal voler anticipare il dibattito che entrerà nel merito delle provvidenze, e sulle quali è chiamato a pronunciarsi il Consiglio regionale. Ma è mia premura che la trattazione del Pacchetto famiglia possa finalmente proseguire. Tutti i Consiglieri, sia di maggioranza che di minoranza, hanno lo stesso diritto che le loro proposte vengano discusse seriamente in Consiglio regionale e poi in definitiva poste in votazione. Questo discorso vale sia per gli emendamenti che per il disegno di legge nel suo complesso. Di conseguenza non potrei accettare che con una mirata politica ostruzionistica venisse impedita la formazione della volontà democratica.

Peraltro i cittadini dell'Alto Adige e del Trentino si aspettano finalmente il varo di queste provvidenze promesse da lungo tempo e oggetto di accesi dibattiti. Su di esse pende comunque la proverbiale spada di Damocle del governo di Roma, che rappresenta un grande punto interrogativo, in quanto queste provvidenze costituiscono un novum.

Pertanto siete pregati di collaborare. Personalmente confido pienamente nel fatto che sia la maggioranza che l'opposizione contribuiranno in maniera costruttiva allo svolgimento del dibattito e alla formazione della volontà democratica.

Ciò non significa che debbano essere ridotti i tempi della trattazione. Di concerto con i capigruppo ho previsto un fitto calendario di sedute, con eventuali sedute notturne, in modo che tutti possano intervenire, tutti gli emendamenti possano essere discussi e in sostanza venga garantita la trattazione del Pacchetto famiglia nel suo complesso. Se, a dispetto di tutti questi sforzi, si dovesse praticare comunque una consapevole politica ostruzionistica per ostacolare l'iter del disegno di legge, ognuno dovrà assumersi le responsabilità del suo operato. In questo contesto mi limito a constatare quanto segue:

1. Usufruire appieno dei diritti previsti dal Regolamento fa parte della democrazia parlamentare, cosa che non voglio né posso proibire.
2. Pertanto faccio appello alla responsabilità umana e politica di tutti i Consiglieri, affinché vengano soddisfatte le aspettative dei cittadini e sia garantito un dibattito obiettivo. In sostanza questo è lo scopo per cui siamo stati eletti.
3. Tutti i rappresentanti del popolo devono rendere conto del proprio operato davanti agli elettori e al popolo stesso, anche nel caso specifico del Pacchetto famiglia.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zu Art. 1, den ich verlesen darf.

...Über die Erklärungen des Präsidenten sind keine Erklärungen zulässig.

Ich verlese jetzt Art. 1 und Sie können dann dazu Stellung nehmen.

...Ich habe das Wort, Frau Kollegin, wenn Sie stören, werden Sie aus dem Saal

verwiesen.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'art. 1, di cui darò lettura.
...Non sono ammesse osservazioni sulle dichiarazioni del Presidente.
Darò ora lettura dell'art. 1 e poi aprirò la discussione.
...Adesso ho io la parola e se Lei disturba verrà allontanata dall'aula.

I. TITEL
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN
I. KAPITEL

Organisatorische Grundsätze und Übertragung von Aufgaben

Art. 1
Zielsetzungen

1. Bezugnehmend auf den Artikel 31 der Verfassung und in Anwendung des Artikels 6 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670 ergänzt die Region die staatlichen Vorsorgebestimmungen, wobei sie Formen der Vorsorge auf dem Sachgebiet des Schutzes der sowohl unselbständigen als auch selbständigen Erwerbstätigen bei Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, Mutterschaft und des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit einführt.

TITOLO I
DISPOSIZIONI GENERALI

Capo I
Principi organizzativi e delega di funzioni

Art. 1
Obiettivi

1. In attuazione dell'articolo 6 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670 ed anche con riferimento all'articolo 31 della Costituzione, la Regione integra la normativa previdenziale statale, istituendo forme di previdenza in materia di protezione dei lavoratori sia dipendenti che autonomi nei casi di infortunio, malattia, invalidità e vecchiaia, disoccupazione involontaria, maternità e tutela del lavoro casalingo.

PRÄSIDENT: Kollege Meraner, Sie erhalten gleich das Wort, aber ich habe auch das Wort.
...Wer meldet sich zu Wort? Jetzt habe ich meine Wortmeldung fertig und wenn ich fertig gesprochen habe, dann reden andere. Aber bitte habt soviel Respekt, daß jeder, auch der Präsident das Wort haben darf. Kollege Meraner, ich verweise Sie, zum ersten Mal.
Der Kollege Abg. Duca hat das Wort, wenn er es wünscht.

PRESIDENTE: Collega Meraner, le darò subito la parola, ma adesso sto parlando io.
...Chi chiede la parola? Ho finito di parlare e quindi ora possono parlare anche gli altri. Abbiate almeno un po' di rispetto anche per il Presidente e lasciatelo finire. Collega Meraner, la richiamo per la prima volta.
Cons. Duca, Lei ha la parola, se desidera intervenire.

DUCA: A questo punto ritengo, dopo l'incontro di questa mattina con i Capigruppo, sia opportuno interrompere 10 minuti la seduta per incontrare le delegazioni sindacali e chiarire l'orientamento del Consiglio circa le procedure da seguire per l'esame del disegno di legge sui dipendenti comunali.

Ci sono delle posizioni diversificate e queste vanno comunicate, per una questione di correttezza, nel rapporto tra il Consiglio regionale e le organizzazioni sindacali e perciò propongo che si interrompa la seduta 10 minuti per dare la possibilità ai Capigruppo di fare l'incontro con le organizzazioni sindacali.

PRÄSIDENT: Kollege Duca, ich antworte Ihnen gleich.

Ich möchte die Sitzung zu diesem Zwecke unterbrechen und auch, weil die Hausfrauenorganisationen um eine Aussprache gebeten haben. ...Ich würde sagen, daß wir die Sitzung um 12.00 Uhr unterbrechen. Allerdings habe ich, Kollege Duca, den Gewerkschaftsdelegationen eine Antwort hier ganz formal in der Aula gegeben. Also ich habe ihnen genau gesagt, welche Beschlüsse wir fassen und wir haben glücklicherweise, trotz Schwierigkeiten, den ersten Beschluß zur Beschleunigung der Arbeiten der Kommission bereits gefaßt.

Bitte, Kollegin Berger, wozu?

PRESIDENTE: Collega Duca, le rispondo subito.

Desidero interrompere la seduta per i motivi già illustrati ed anche perché le associazioni delle casalinghe hanno chiesto un confronto. Comunque, collega Duca, io ho già dato una chiara risposta qui in aula alle associazioni sindacali. Ho quindi illustrato chiaramente le decisioni prese e, malgrado le prime difficoltà, abbiamo già adottato la prima decisione tesa ad accelerare i lavori della Commissione.

Prego, collega Berger, in merito a che cosa?

BERGER: Sull'ordine dei lavori, signor Presidente, come avevo già chiesto la parola e che ha la precedenza per Regolamento...

PRESIDENTE: Ma non per interrompere il Presidente nella sua lettura!

BERGER: Presidente, io non avevo interrotto nulla. Alla fine del suo intervento avevo chiesto la parola sull'ordine dei lavori, lei non me l'ha concessa come prevede il Regolamento ed ha proseguito con la trattazione dell'argomento.

Faccio una richiesta formale: l'ordine dei lavori, per essere soddisfatto compiutamente dai colleghi, dovrebbe prevedere che la Presidenza distribuisca gli emendamenti. A tutt'ora gli emendamenti in aula non sono stati distribuiti.

Detto questo, dal momento che lei ha comunicato formalmente a tutti i colleghi che la Presidenza forniva il materiale d'aula e che quindi non occorre portarlo, chi di noi ha provveduto personalmente è in grado di lavorare, gli altri no.

Signor Presidente mi consenta, dopo un pistolotto moralistico esordire in questo modo, ho il dubbio fondato che lei sia in grado di garantire correttezza di dibattito, rispetto delle regole, che è l'unica cosa che in democrazia tutti sono tenuti, soprattutto il Presidente eletto a garante.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Berger, ich wiederhole noch einmal: Jeder hat das Recht zu reden, soweit es die Geschäftsordnung vorsieht. Sie haben das Recht zu reden und haben das Recht

auch bekommen. Aber ich dulde es nicht, daß man den Präsidenten oder auch einen anderen Abgeordneten während seinen Ausführungen unterbricht, noch dazu mit Geschrei. Das gehört zu einem "Lausbubenstück", um dieses Wort zurückzugeben, das nicht in diese Aula gehört.

Als Nächste hat die Frau Abg. Klotz das Wort, aber bevor ich ihr das Wort gebe, noch ein Wort zu den Abänderungsanträgen. Sie sind alle verteilt und wenn sie jemand verloren hat, dann möge er sie bitte suchen.

PRÉSIDENTE: Collega Berger, lo ripeto: Ognuno ha il diritto di parlare, nei limiti previsti dal Regolamento. Lei ha il diritto di parlare e io le ho anche concesso tale diritto. Ma non tollero che si interrompa, magari anche urlando, il Presidente o un altro consigliere che sta parlando. Questo è un tiro scorretto, come è stato detto in quest'aula.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è la cons. Klotz. Ma prima di darle la parola, ancora due parole sugli emendamenti. Sono stati tutti distribuiti e se qualcuno li ha persi, allora è pregato di cercarli, per favore.

KLOTZ: Herr Präsident, ich habe eine einfache Frage an Sie und zwar in Zusammenhang mit dem Fortfahren der Arbeiten. Wenn eine Abgeordnete die längste Zeit die Hand aufhält, sich auf die Rednerliste setzt, nicht gehört wird, der Präsident einfach nicht darauf achtet und das gesamte Präsidium anscheinend nicht, welche Möglichkeit hat Ihrer Ansicht nach dann ein Abgeordneter zu verdeutlichen und klarzumachen, daß er das Wort möchte. Den Vorrang hat immer die Geschäftsordnung oder der Fortgang der Arbeiten, das steht im Art. 67 unserer Geschäftsordnung.

Ich bitte Sie um Beantwortung dieser Frage, damit wir ein anderes Mal wissen, wie wir uns zu verhalten haben, sollte so etwas noch einmal vorkommen und ich glaube, wir sind alle Zeugen dessen geworden, daß die Frau Kollegin Berger die längste Zeit bereits die Hand erhoben hatte, auf dem Lichtschirm aufschien und Sie einfach den Art. 1 gelesen haben, entweder nicht geschaut haben oder Sie niemand darauf aufmerksam gemacht hat. Auf jeden Fall ist die Frau Abg. Berger im Recht. Wir können das alle bezeugen. Bitte sagen Sie, wie wir uns nächstens verhalten sollen, wenn so etwas passiert.

(Signor Presidente, vorrei porre una semplice domanda sull'ordine dei lavori. Se un consigliere continua a tenere alzata la mano, si iscrive a parlare, non viene sentito, poiché il Presidente e l'intera Presidenza apparentemente non lo notano, quale possibilità ha questo consigliere di manifestare la sua intenzione di intervenire? Hanno priorità gli interventi che si riferiscono al Regolamento o all'ordine dei lavori, questo è scritto all'art. 67 del Regolamento.)

La prego di volermi dare una risposta a questa domanda, così la prossima volta sapremo come comportarci, se la cosa dovesse ripetersi. Io credo che noi tutti abbiamo visto come la collega Berger ha alzato la mano per molto tempo, sia poi stata registrata sul pannello elettronico e Lei invece di darle la parola abbia semplicemente letto l'art. 1, senza guardare o senza che nessuno le facesse notare questo particolare. Ad ogni modo ha ragione la cons. Berger. Questo lo possiamo testimoniare tutti. Prego, ci dica come dobbiamo comportarci, se dovesse ripetersi in futuro la stessa cosa.)

PRÉSIDENT: Das ist ganz einfach, Frau Kollegin Klotz. Sie können die Hand aufheben, Sie können den Knopf drücken und beides habe ich wahrgenommen. Ich habe auch die Wortmeldung von Kollegin Berger wahrgenommen. Aber genauso, wenn Sie reden, Frau Kollegin Klotz, sich nicht unterbrechen lassen, auch nicht zur Geschäftsordnung, genauso lasse ich auch nicht einen anderen Abgeordneten unterbrechen und auch nicht den Präsidenten.

Jemand wird dafür sorgen, daß die Arbeiten weitergehen. Sie können zu allen Punkten reden, auch zur Geschäftsordnung, wir werden vielleicht nächtelang hier sitzen, aber bitte respektieren Sie auch, daß auch der Präsident die Verantwortung hat, auszureden und zum Ausreden gehört auch, daß wenn ich zu diesem Punkt beginne dann habe ich zum Familienpaket begonnen und habe den Art. 1 verlesen. Das war meine Wortmeldung und nach meiner Wortmeldung kann jeder andere auch das Wort ergreifen, wie es jetzt geschieht, aber ein bißchen Geduld soll jeder haben. Die Geschäftsordnung bedeutet nicht, daß andere dabei unterbrochen werden dürfen.

Bitte, Frau Abg. Chiodi.

PRESIDENTE: E' semplice, collega Klotz. Lei può alzare la mano, premere il pulsante e io ne prenderò atto. Io avevo preso atto che la cons. Berger voleva parlare. Ma come a Lei non piace essere interrotta quando parla sul Regolamento per esempio, collega Klotz, così io non desidero essere interrotto mentre espongo le mie osservazioni. Qualcuno deve pur provvedere che i lavori possano proseguire ordinatamente. Lei può intervenire su tutti i punti, anche sul Regolamento. Forse parleremo per giorni e notti intere, ma dovete anche considerare che il Presidente ha delle responsabilità. E tra queste rientra la facoltà di poter concludere il suo intervento e di poter cominciare questo punto. Quindi io ho iniziato con il Pacchetto famiglia e ho letto l'art. 1. Ora ho esposto le mie osservazioni e dopo il mio intervento anche gli altri possono intervenire. Bisogna avere solo un po' di pazienza. Il Regolamento non prevede che un oratore possa essere interrotto a piacimento.

Prego, cons. Chiodi.

CHIODI: Voglio proprio riprendere da questo discorso della sua presentazione del pacchetto famiglia, perchè parte di quello che lei voleva dire non corrisponde a verità, perchè lei per l'ennesima volta ha buttato addosso alle minoranze il discorso che questo pacchetto non è andato avanti perchè c'è stato ostruzionismo, quando lei sa benissimo che non corrisponde al vero, perchè voi maggioranza in Commissione non avete garantito molte volte la presenza del numero legale.

E' bellissimo venir qui e leggere un documento elettorale, lo posso fare anch'io, però non mi sembra corretto soprattutto da parte sua, che è Presidente di questa Assemblea ed anche il mio Presidente.

Di conseguenza contesto una buona parte...

(interruzione)

CHIODI: Va bene, allora Presidente di metà di questa Assemblea!

Contesto innanzitutto la parte della sua relazione che ha letto, perchè non mi sembra molto corretta, poi avremo occasione di ritornare.

Non vedo perchè lei può leggere diverse pagine di una relazione ed io devo intervenire sull'art. 1! Mi sembra una cosa che non sta nè in cielo, nè in terra...

PRESIDENTE: Signora Chiodi, sull'art. 1 può ancora intervenire!

CHIODI: Sull'ordine dei lavori chiedo anch'io che al mio gruppo vengano dati gli emendamenti, perchè noi non li abbiamo e le assicuro che non li abbiamo persi!

PRÄSIDENT: Frau Kollegin Chiodi, Sie bekommen von mir die schriftliche Intervention in italienischer Sprache, in der italienischen Übersetzung. Sie werden feststellen, daß ich keinen

Vorwurf der Opposition gemacht habe, daß sie bisher Obstruktionismus betrieben habe. Ich habe ganz klar geredet, Sie können es nachlesen und Sie werden sehen, daß dieser Vorwurf nicht enthalten ist.

Die nächste Wortmeldung hat der Abg. Meraner.

PRESIDENTE: Collega Chiodi, lei riceverà il testo scritto del mio intervento in lingua italiana. Avrà così modo di constatare che io non ho mosso alcun rimprovero all'opposizione, dicendo che ha fatto ostruzionismo. Io sono stato molto chiaro, potrà leggere il mio intervento e potrà verificare di persona che non ho fatto alcun rimprovero.

La parola al cons. Meraner.

MERANER: ...in zwei Dingen, die beide den Fortgang der Arbeiten betreffen. Erstens möchte ich noch einmal feststellen, Herr Präsident, daß es nicht so ist, wie Sie es geschildert haben. Die Abgeordnete Berger hat sich längst vorher zu Wort gemeldet, ehe sie mit der Verlesung des Art. 1 begonnen haben und ich habe diesbezüglich nur das Gesagte zu unterstreichen und nichts hinzuzufügen.

Was eine eventuelle Begegnung des Regionalrates mit einer Abordnung der Gemeindebediensteten betrifft, stelle ich fest, daß ich auch Mitglied der 2. Kommission bin und daß ich auf alle Fälle dabei sein möchte. Entweder Sie vertagen die 2. Kommission oder Sie vertagen dieses Zusammentreffen.

(...Su due cose che interessano entrambe l'ordine dei lavori. In primo luogo intendo nuovamente fare presente, signor Presidente, che le cose non stanno come Lei dice. La cons. Berger ha chiesto la parola molto prima che Lei iniziasse a dare lettura dell'art. 1. A questo proposito mi limito solo a sottolineare quello che è già stato detto, senza aggiungere nulla.

Per quanto concerne un eventuale incontro con una delegazione dei dipendenti comunali, devo dire che anch'io sono membro della seconda Commissione e che intendo presenziarvi. Lei ha due possibilità: o aggiorna la seduta della Commissione, oppure sposta la data di questo incontro.)

PRÄSIDENT: Das Ansuchen zur Aussprache war an die Fraktionsvorsitzenden gerichtet und das wären Sie in diesem Falle nicht. Aber ich möchte das jedem freistellen. Die Gesetzgebungskommission wird jedenfalls nicht abgesagt, weil die institutionelle Aufgabe vor jedweder Aussprache steht, zumal ich diesen Vertretern der Gewerkschaften meine Antwort bereits gegeben habe und auch die Verpflichtung habe, die andere Delegation zu hören.

Dann haben wir diese Wortmeldungen beendet.

Ich verlese jetzt den ersten Abänderungsantrag, eingebracht von den Abg. Tonelli und Franca Berger:

PRESIDENTE: La richiesta di tenere un incontro era rivolta ai capigruppo, quindi Lei in questo caso non c'entra. Ma comunque lascio decidere a voi tutti. La Commissione non viene revocata, perché i compiti istituzionali hanno la precedenza su qualunque tipo di incontro, tanto più che io ho già dato la mia risposta a questi rappresentanti. Ed inoltre ho anche l'obbligo di ricevere l'altra delegazione.

A questo punto questa fase della discussione può ritenersi conclusa.

Darò lettura di un primo emendamento presentato dai Cons. Tonelli e Berger:

Änderungsantrag zum Art. 1

Der Art. 1 wird aufgehoben.

Emendamento all'art. 1

L'art. 1 è soppresso.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort?
Bitte, Frau Abg. Berger.

PRESIDENTE: Chi chiede di intervenire?
Prego, cons. Berger.

BERGER: Signor Presidente, il senso di questo emendamento è molto chiaro, si rifà a tutto quello che noi abbiamo detto in discussione generale, laddove abbiamo sostenuto che gli interventi in materia di previdenza integrativa, che sono oggetto di competenze primarie della nostra Regione, sarebbero state una straordinaria opportunità se fossimo riusciti a formulare un disegno di legge...

Signor Presidente, ho difficoltà ad intervenire, perchè come lei ben sa io non perdo mai nulla!

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten etwas ruhiger zu sein. Man kann die Wortmeldung nicht hören.

PRESIDENTE: Prego i signori consiglieri di fare un po' di silenzio. Non si sentono nemmeno le parole dell'oratore.

BERGER: Se lei fosse così benevolente, signor Presidente, a verificare che io gli emendamenti li ho e i miei colleghi non sono né distratti, né stupidi e facesse alzare la mano a tutti coloro che non ne sono in possesso, forse garantirebbe bene il lavoro dell'aula.

Io posso continuare il mio intervento, ma vedo che i colleghi non sanno di che cosa stiamo parlando.

PRÄSIDENT: Sie wissen sehr genau, ich habe den Abänderungsantrag verlesen und der heißt "Aufhebung des Art. 1". Frau Kollegin Berger, ich wiederhole, die Unterlagen sind an alle verteilt worden. Wenn sie jemand verloren hat, dann soll er sich melden und wir werden sie ihm nochmals geben. Ich mache aufmerksam, daß wir 5 Millionen Lire für Fotokopien ausgegeben haben und dann können Sie mir nicht erzählen, daß wir die Fotokopien nicht gemacht haben. Sie sind gemacht und an alle verteilt worden. Soweit kann ich mich auf mein Sekretariat verlassen. Ich werde sie Ihnen gerne nochmals geben, aber bitte nicht deshalb, weil Sie sie verloren haben, die Abgeordneten des Regionalrates behindern. Fahren Sie fort.

PRESIDENTE: Lei sa benissimo che io ho dato lettura dell'emendamento. Esso propone la soppressione dell'art. 1. Collega Berger, Le ripeto che tutti gli emendamenti sono stati distribuiti a tutti i Consiglieri. Se qualcuno li ha persi, lo dica e noi li ridistribuiremo. Faccio presente che abbiamo speso 5 milioni di Lire in fotocopie, quindi non potete venirmi a dire che non abbiamo fatto le fotocopie. Sono state fatte e distribuite a tutti i Consiglieri, come mi assicura la segreteria. Io li ridistribuisco senza problema. Ma per il fatto che Lei li ha persi, non

può impedire i lavori del Consiglio.

Prosegua pure nel Suo intervento.

(Unterbrechung – interruzione)

BERGER: Cercavo di far comprendere ai colleghi le ragioni del nostro emendamento soppressivo, che si rifanno a quanto abbiamo sostenuto in discussione generale.

Le competenze che ci vengono dalla nostra autonomia prevedono che non si possa legiferare in materia integrativa per quanto riguarda il regime pensionistico, quindi questa sarebbe stata un'occasione molto opportuna per poter finalmente introdurre un regime perequativo a partire da quello che moltissimi hanno sostenuto essere una non conoscenza della vera situazione pensionistica che vive la nostra Regione.

In termini di autonomia e di competenze, la Regione ha già disciplinato in maniera di tutela dei lavoratori dipendenti dall'ente pubblico, però aggravando ulteriormente un divario fra il dipendente pubblico e quello privato. Ricordo la norma che consente i due anni di pensione, pur essendo questi anni sfruttati per l'assistenza e la cura dei figli.

Noi abbiamo sostenuto che tutto quello che si viene a disciplinare in questa legge non viene a creare un atto di giustizia, bensì viene ad aggravare ulteriormente un divario fra una realtà già sufficientemente tutelata e una realtà di grave povertà che da questo non otterrà alcun beneficio, creando tra l'altro una guerra tra poveri, soprattutto nel mondo delle donne.

Per queste ragioni abbiamo presentato l'emendamento soppressivo e ricordo soprattutto al Presidente che tutti gli emendamenti sono di merito quindi richiamarsi all'etica del senso delle istituzioni, confondendo il doveroso impegno che ognuno immette nel poter motivare con maggior forza le proprie ragioni è di fatto il mandato per cui siamo stati eletti.

Noi ci siamo detti profondamente contrari a questa legge, che riteniamo ingiusta, vista la complicazione con cui viene formulata; una possibile facilitazione di accesso per percorsi obbligati e quindi non di accesso per tutti, non una legge equa e quindi una legge che confutiamo.

Essendo l'art. 1 riassuntivo dei principi e delle finalità della legge stessa è evidente che come primo emendamento ne proponiamo uno soppressivo.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abg. Berger.

Sind weitere Wortmeldungen zum Abänderungsantrag?

Bitte, der Abg. Duca hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Berger.

Qualcun altro chiede la parola sull'emendamento?

La parola al cons. Duca.

DUCA: Volevo intervenire sugli emendamenti, però purtroppo non mi sono stati consegnati.

Vorrei che l'Ufficio di Presidenza chiarisse quando e come sono stati distribuiti ai consiglieri gli emendamenti, perchè io sono in possesso solo di quelli che ho presentato io, ma non possiedo gli emendamenti complessivi e quindi non sono in grado di seguire i lavori.

PRÄSIDENT: Wir überprüfen, Abg. Duca, aber ich habe es schon überprüft. Ich habe bereits einmal gehört, daß Sie nicht alles bekommen haben. So werden wir jetzt nochmals für diejenigen, die sich melden und sagen, sie haben sie nicht mehr oder sie haben sie nicht

bekommen, nochmals abziehen. Ich mache nur aufmerksam, daß das ein sehr großer Aufwand ist. Wir haben also bereits einige Tausend Seiten gemacht.

Wortmeldungen? Der Abg. Benedikter hat das Wort.

PRESIDENTE: Lo verificheremo, cons. Duca. Ma personalmente vi ho già provveduto. Ho già sentito che Lei non ha ricevuto tutti gli emendamenti. Per cui adesso li fotocopieremo di nuovo per tutti coloro che dicono di averli persi o di non averli ricevuti. Faccio solo presente che si tratta di un dispendio notevole. Abbiamo già fotocopiato alcune migliaia di pagine.

Qualcuno chiede la parola?

Prego, cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich möchte zum Art. 1 Stellung nehmen.

(Intendo intervenire sull'art. 1.)

PRÄSIDENT: Nach den Abänderungsanträgen, bitte. Der Abänderungsantrag lautet: "Der Art. 1 wird aufgehoben."

Ich habe Sie dann nachher für den Art. 1 vorgemerkt.

Wer meldet sich noch zum Abänderungsantrag zu Wort?

Prego, cons. Alessandro Boato.

PRESIDENTE: Dopo gli emendamenti, per cortesia. L'emendamento in discussione recita: "L'art. 1 è soppresso".

Terrò presente la sua richiesta quando arriveremo all'art. 1.

Chi altro chiede la parola sull'art. 1?

Prego, cons. Alessandro Boato.

BOATO: In merito al suo intervento Presidente, siccome lei ha detto: distribuiremo gli emendamenti a quelli che dichiarano di non averli ricevuti, io confermo di essere della partita, non so quanti altri lo siano, ma io non sono in possesso di questi emendamenti.

PRÄSIDENT: Ich habe schon gesagt, wir werden allen jenen, die sie nicht mehr haben – ich habe mich gerade rückversichert –, nochmals verteilen.

Sind weitere Wortmeldungen zum Abänderungsantrag? Ich sehe keine. Dann stimmen wir ab.

...Abg. Benedikter, zum zweiten Mal?

Bitte, Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Ho già detto che ridistribuiremo gli emendamenti – e mi è stato garantito che ciò avverrà – a tutti coloro che non li hanno più.

Qualcun altro chiede la parola su questo emendamento? Non vedo nessuno.

Passiamo alla votazione.

...Cons. Benedikter, per la seconda volta?

Prego, cons. Benedikter.

BENEDIKTER: ...von Ihnen, Herr Präsident, worin diese Abänderung bestehen soll. Ich habe auch keine schriftliche Unterlage diesbezüglich. Soll jetzt zum Abänderungsantrag Stellung genommen werden? Aber wie gesagt, wir haben keine schriftlichen Unterlagen.

Ich wollte auf folgendes hinweisen – und das läuft darauf hinaus, daß ich dafür stimme –: Im Art. 1 wird gegen die italienische Verfassung insofern verstoßen, als man auf den Art. 31 der italienischen Verfassung Bezug nimmt. Dieser hat mit der Sozialversicherung, worum es da geht, nichts zu tun. Es soll also ein Gesetz gemacht werden: Die Region ist für ergänzende Sozialversicherung zuständig, und erlässt ergänzende Bestimmungen hinsichtlich der Sozialversicherung. Der Art. 31 der Verfassung – das habe ich in meiner langen Stellungnahme, die ich bei der Generaldebatte abgegeben habe, schon ausgeführt –, hat mit Sozialversicherung nichts zu tun. Er sagt: "Die Republik fördert mit wirtschaftlichen Maßnahmen und anderweitigen Fürsorgen die Gründung der Familie und die Erfüllung der entsprechenden Pflichten unter besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien. Sie schützt die Mutterschaft, die Kindheit und die Jugend, indem sie die zu diesem Zwecke erforderlichen Einrichtungen begünstigt". Dieser Artikel hat mit Sozialversicherung, mit dieser ergänzenden Zuständigkeit der Region nichts zu tun. Ich werde das dann noch einmal in einem eigenen Minderheitsbericht ausführen. Denn mit Sozialversicherung hat der Art. 38 zu tun und das beruht auf Urteilen des Verfassungsgerichtshofes. Das hat auch der Verfassungsgerichtshof in mehreren Urteilen bekräftigt.

Zweitens wird hier davon ausgegangen, daß die Region zuständig sei, einen neuen Grundsatz einzuführen und die Arbeit in der Familie, – was eben unter den Art. 38 fällt – anzuerkennen. Das wäre ein neuer Grundsatz, den aber nicht die Region einführen kann, sondern wenn schon der Staat. Für die Durchführung des Art. 31 der Verfassung sind die Provinzen mit ihrer primären Zuständigkeit für soziale Fürsorge zuständig und das ist auch in den Durchführungsbestimmungen ausgeführt. Wir haben die Durchführungsbestimmung, Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 526 vom 19. November 1987, wo der Art. 9 sagt: Die Verwaltungsbefugnisse gemäß Dekret des Präsidenten der Republik 616 vom 24. Juli 1977 sind diejenigen, für die die Festlegung der Verwaltungsbefugnisse gemäß diesem Dekret für jedes darin erfaßte Sachgebiet gilt. Diese Festlegung gilt auch für die Verwaltungsbefugnisse der Region und der Provinzen hinsichtlich der einschlägigen in den Art. 4, 5, 8 und 9 aufgezählten Sachgebiete. Was sagt der Art. 22 des Dekretes Nr. 616? "Die Verwaltungsbefugnisse hinsichtlich öffentlicher Fürsorge betreffen alle Tätigkeiten, die auf die Vorbereitung und Leistung von Diensten, ob ohne oder mit Bezahlung, oder von wirtschaftlichen Leistungen, sei es in Geld oder in natura, zugunsten von einzelnen oder von Gruppen, was immer der Titel sei, wie die Empfänger dieser Dienste ausgemacht werden, auch wenn es sich um Fürsorge für bestimmte Kategorien handelt, ausgenommen nur die wirtschaftlichen Leistungen der Sozialversicherung." Aufgrund dieser Definition des Art. 22 der Durchführungsbestimmungen, die auf uns ausdrücklich ausgedehnt worden ist und für alle Regionen gilt, fällt die Durchführung des Art. 31 der Verfassung einwandfrei in die Zuständigkeit der Provinzen und nicht der Region. Wer also für dieses Gesetz stimmt, stimmt dafür, daß die Zuständigkeiten für soziale Fürsorge, "assistenza sociale" – worunter eben der Art. 31 der Verfassung gemäß Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes sicher fällt – zugunsten der Region abgibt. Man stimmt dafür, daß die Region diese Zuständigkeit übernimmt und daß man eben sagt, das hat mit sozialer Fürsorge nichts zu tun, das ist Vorsorge, das ist Sozialversicherung. Wenn dem so wäre, so würde es mit der kommenden Regionalreform sowieso endgültig der Staat an sich ziehen. Aus dem Gesetzesentwurf "Labriola" geht hervor, daß alles, was mit sozialer Vorsorge, mit Sozialversicherung zu tun hat, der Staat an sich zieht und den Regionen das weite Gebiet der sozialen Fürsorge überläßt. Das haben wir ja schon vielfältig ausgeübt, siehe das Existenzminimum, siehe Maßnahmen auch für die Familien. Hier würden wir als autonome Provinz auf diese "tutela del lavoro casalingo" verzichten und sie als Sozialversicherung erklären, wobei die Region eben ergänzend zuständig wäre, obwohl – auch wenn es Sozialversicherung

wäre – diese Regelung nicht unter eine ergänzende Regelung fallen kann. Denn die Hausarbeit zur entlohnten Arbeit im Sinne des Art. 38 der Verfassung zu stempeln, das kann nicht Gegenstand einer ergänzenden Gesetzgebung sein, sondern wünschenswert muß dies der Staat tun. Aber der Staat hat – soweit er Gesetze zugunsten der Familie im Sinne des Art. 31 erlassen hat – diese Grundsatzbestimmung nicht erlassen, sondern hat eben andere Wohltaten, Dienste, auch wirtschaftliche Leistungen zugunsten der Familie und der Hausfrau geschaffen. Auch die Hausfrauenrente ist eine soziale Rente, nicht eine Sozialversicherungsrente.

Also ich stimme dagegen, daß wir...

(Vorrei sapere da Lei signor Presidente, in che cosa consiste questo emendamento. Anch'io non ho il testo, non ho niente di scritto. Bisogna intervenire sull'emendamento? Ho già avuto modo di dire che non abbiamo il testo scritto.

Volevo fare presente – e qui motiverò il mio voto favorevole all'emendamento – che l'art. 1 è in contrasto con la Costituzione, perché qui si fa riferimento all'art. 31 del dettato costituzionale, che non parla di assicurazioni sociali. La Regione dunque emana una legge – e la Regione ha competenza integrativa in materia di assicurazioni sociali – che integra le disposizioni dello stato. L'art. 31 della Costituzione – come ho già detto nel mio lungo intervento in discussione generale – non ha nulla a che vedere con le assicurazioni sociali. Esso recita: "La repubblica agevola con misure economiche e altre provvidenze la formazione della famiglia e l'adempimento dei compiti relativi con particolare riguardo alle famiglie numerose. Protegge la maternità, l'infanzia e la gioventù, favorendo gli istituti necessari a tale scopo." Questo articolo non ha nulla a che vedere con le assicurazioni sociali, con questa competenza integrativa della Regione. E ribadirò questo concetto anche in una mia relazione di minoranza. Perché semmai è l'art. 38 a contemplare le assicurazioni sociali, come ha statuito la Corte Costituzionale in numerose sentenze.

In secondo luogo qui si suppone che la Regione, riconoscendo il lavoro casalingo, abbia la competenza per introdurre un nuovo principio, che rientra nell'art. 38 della Costituzione. Si tratta di un principio nuovo, che però non può essere introdotto dalla Regione, ma semmai dallo Stato. Per l'applicazione dell'art. 31 della Costituzione la competenza è riservata alle province, in virtù della competenza primaria loro attribuita in materia di assistenza sociale, e questo è citato anche nelle norme di attuazione. Abbiamo le norme di attuazione approvate con D.P.R. n. 526 del 19 novembre 1987 in cui all'art. 9 si dice: "La definizione delle funzioni amministrative come enunciata nel decreto del Presidente della Repubblica 24 luglio 1977 n. 616 per ciascuna materia in esso considerata si intende riferita anche alle funzioni amministrative della regione e delle province riguardanti le corrispondenti materie di rispettiva competenza elencate negli articoli 4, 5, 8 e 9 dello Statuto." Cosa dice l'art. 22 del decreto n. 616? "Le funzioni amministrative relative alla materia "beneficenza pubblica" concernono tutte le attività che attengono, nel quadro della sicurezza sociale, alla predisposizione ed erogazione di servizi, gratuiti o a pagamento, o di prestazioni economiche sia in denaro che in natura a favore dei singoli, o di gruppi qualunque sia il titolo in base al quale sono individuati i destinatari, anche quando si tratti di forme di assistenza a categorie determinate, escluse soltanto le funzioni relative alle prestazioni economiche di natura previdenziale." Con questa definizione dell'art. 22 delle norme di attuazione, che è stata espressamente estesa a noi e vale per tutte le regioni d'Italia, l'applicazione dell'art. 31 della Costituzione rientra chiaramente nella competenza delle Province, non della Regione. Chi voterà a favore di questa legge, voterà a favore del fatto che la competenza in materia di assistenza sociale – nella quale in base alla giurisprudenza costituzionale rientra sicuramente anche l'art. 31 della Costituzione – venga ceduta alla Regione, e che sia la Regione a recepire questa competenza, dicendo che non si tratta di assistenza sociale, bensì di previdenza e assicurazioni sociali. Anche se le cose stessero così, con la prossima riforma in senso regionalista lo Stato comunque avocherebbe a sé questa competenza. Dalla proposta di legge

"Labriola" risulta che tutto quanto concerne la previdenza e le assicurazioni sociali lo Stato intende avocarlo a sé, lasciando alle Regioni l'ampia materia dell'assistenza sociale, che peraltro è già stata esaurientemente esercitata, vedi ad esempio il minimo vitale e le provvidenze a favore della famiglia. Qui, in questo disegno di legge, noi come Province autonome rinunceremmo a questa "tutela del lavoro casalingo", dichiarandola "assicurazione sociale", materia che dunque spetterebbe alla Regione, benché — pur trattandosi di assicurazione sociale — questa regolamentazione non potrebbe essere intesa come integrativa, poiché il riconoscimento del lavoro casalingo quale prestazione lavorativa retribuita ai sensi dell'art. 38 della Costituzione, non può essere avvenire con una norma integrativa. Semmai è lo Stato che dovrebbe farlo. Ma lo Stato, nell'emanare leggi a favore della famiglia ai sensi dell'art. 31 della Costituzione, non ha mai sancito questa definizione di principio, ovvero che il lavoro casalingo è considerato lavoro ai sensi dell'art. 38. Però ha istituito altre provvidenze, servizi e anche misure economiche a favore della famiglia e della casalinga. Anche la pensione alle casalinghe è una pensione sociale, e non una forma di assicurazione sociale.

Di conseguenza io voterò contro...)

(Unterbrechung – interruzione)

PRÄSIDENT: Herr Abgeordneter, die Zeit ist abgelaufen.

PRESIDENTE: Consigliere, il tempo a Sua disposizione è scaduto.

BENEDIKTER: Ich frage: um 12.00 Uhr ist die Kommission einberufen? Gut, dann unterbreche ich und setze dann fort.

(Volevo solo chiedere: per le ore 12.00 è convocata la Commissione? Bene. Allora sospendo e proseguirò nel pomeriggio.)

PRÄSIDENT: Wir reden über den Abänderungsantrag, dafür stehen 10 Minuten zur Verfügung. Wir haben alle noch Zeit genug zu reden. Wir müssen jetzt die Arbeiten unterbrechen. Wir machen jetzt die 2. Gesetzgebungskommission unter dem Vorsitz vom Vizepräsidenten Kaserer und wir werden jetzt die Delegation der Hausfrauen aus dem Trentino kurz empfangen. Wer mit dabei sein möchte, dies erfolgt im Rima-Gebäude. Die Gesetzgebungskommission tagt im Repräsentationssaal.

Wir beginnen unsere Arbeiten um 14.30 Uhr und setzen sie wie vorgesehen bis 18.00 Uhr fort. Heute ist noch keine Nachtsitzung anberaumt. Diese werden dann nächste Woche anberaumt, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte.

Die Sitzung ist unterbrochen. Ich wünsche allen einen guten Appetit.

PRESIDENTE: Siamo discutendo l'emendamento. Il tempo a disposizione è di 10 minuti. E tutti avranno la possibilità di intervenire. Ma adesso dobbiamo sospendere i lavori in quanto si deve riunire la seconda Commissione legislativa presieduta dal vicepresidente Kaserer e dobbiamo anche ricevere in un breve incontro la delegazione delle casalinghe di Trento. Per chi vi volesse partecipare, comunico che l'incontro si svolgerà nel palazzo Rima. Invece la Commissione legislativa si riunirà nella sala di rappresentanza.

La seduta pomeridiana riprenderà alle ore 14.30 e come previsto proseguirà fino alle ore 18.00. Per oggi non è convocata alcuna seduta notturna. Se dovessero essere necessarie, le prevederemo la prossima settimana.

La seduta è sospesa. Auguro a tutti buon appetito.

(ore 12.10)

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(Ore 14.39)

PAHL: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte Platz zu nehmen.

Heute Vormittag wurde beklagt, daß einige Abgeordnete anscheinend nicht die Unterlagen bekommen hätten und zwar die Abänderungsanträge. Wir haben das überprüft und ich kann mitteilen, daß allen Abgeordneten die Unterlagen zugestellt worden sind, aber trotzdem haben wir für diejenigen, die sie nicht mehr haben, einige Pakete bereitgestellt und diese werden wir verteilen. Einen besonderen Protest habe ich von der Abg. Chiodi gehört. Sie ist leider jetzt hinausgegangen. Aber ich werde ihr persönlich dieses Paket übergeben lassen. Es ist das letzte Mal auf ihrem Tisch gefunden worden, es steht noch ihr Name drauf, wahrscheinlich von ihr selber geschrieben. Genauso verteile ich es jetzt an die anderen, damit es namentlich im Protokoll festgehalten wird, wer die Abänderungsanträge angeblich nicht erhalten hat. Wer hätte noch gerne dieses Paket? Frau Abg. Klotz. Also der Abg. Duca, Boato, Montali, Benussi. ...Wir werden weitere Kopien vorbereiten. Heute Vormittag haben 5, 6 Abgeordnete die Hand aufgehoben und genau diese Zahl habe ich kopieren lassen. Wir bringen gleich noch welche nach. Nur einen Moment bitte.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Prego i signori consiglieri di prendere posto.

Stamattina alcuni consiglieri hanno protestato per non aver ricevuto la documentazione relativa al presente disegno di legge e più precisamente alcuni emendamenti relativi alla proposta di legge. Abbiamo verificato la cosa e a tal proposito posso comunicare che la documentazione è stata inviata a tutti i consiglieri. Comunque per coloro che ora non dovessero esserne in possesso, abbiamo predisposto alcuni fascicoli che ora distribuiremo. Aveva protestato in modo particolarmente energico la cons. Chiodi che purtroppo ora non è presente in aula. Ma farò in modo di consegnarle personalmente la documentazione richiesta. La documentazione della cons. Chiodi è stata rinvenuta l'ultima volta sul suo banco – c'è il nome che probabilmente ha scritto lei stessa –. Comunque verrà distribuita ufficialmente anche agli altri e verrà messo a verbale chi l'ha ricevuta. Chi altro desidera avere gli emendamenti? Cons. Klotz. Dunque abbiamo il cons. Duca, Boato, Montali, Benussi... Prepareremo altre copie. Stamattina hanno alzato la mano 5-6 consiglieri ed io ho fatto copiare gli emendamenti solo per loro. Ma rimediamo subito. Solo un momento.

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Diskussion fort und zwar hat sich der Abg. Benedikter zu Wort gemeldet.

Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Proseguiamo ora con la discussione. Ha chiesto la parola il cons. Benedikter. Prego, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Der Verfassungsgerichtshof hat noch mit Urteil Nr. 139 vom 6./bzw. 24. Juli 1972 den Begriff "Öffentliche Fürsorge" und ähnliche Wortlaute in den Sonderstatuten einschließlich des Neuen Autonomiestatutes für das Trentino-Südtirol einschränkend in dem Sinne ausgelegt, daß die sogenannte "soziale Fürsorge" gemäß Art. 38 der Verfassung nicht einbegriffen sei. Also nur diese allgemeine Wohltätigkeit, die auf Ermessensspielraum ausgerichtet ist, wie sie eben nach dem alten Gesetz Nr. 1890 vorgesehen war. Wir haben mit den Durchführungsbestimmungen – und ich kann sagen, daß ich mich in diesem Sinne besonders eingesetzt habe –, mit Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 469 vom 28. März 1978 die Ausdehnung der Zuständigkeit der Provinz unter dem Titel "assistenza e beneficenza" auf den Inhalt des Art. 38 der Verfassung erreicht und auf diese Weise eine Entwicklung vorweggenommen, die dann im Urteil Nr. 174 von 1981 des Verfassungsgerichtshofes gegipfelt ist, womit er allen Regionen diese Zuständigkeit zuerkannt hat. Wir haben sie sozusagen zuerst erobert, – wir, ich meine jetzt die Vertreter der Provinzen in der paritätischen Kommission für Durchführungsbestimmungen, in der 12er-Kommission, wo ich mich besonders dafür eingesetzt habe, daß wenigstens unsere primäre, ausschließliche Zuständigkeit ausgedehnt und geklärt werde, daß sie die soziale Fürsorge umfaßt. Alles was der Art. 38 beinhaltet wurde also vorgesehen, mit Ausnahme des 2. Absatzes, der sich mit der Sozialversicherung und der sozialen Vorsorge befaßt und wo unsere Zuständigkeit nie bestritten war – wenn ich "unsere" sage, meine ich immer die Zuständigkeit der Provinzen – dies im Sinne des Art. 31 der Verfassung, wo von wirtschaftlichen Maßnahmen und anderweitigen Fürsorgen für die Gründung der Familie und die Erfüllung der entsprechenden Pflichten unter besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien die Rede ist und auf die sich hier eben – deswegen sage ich es – der Art. 1 dieses Gesetzes bezieht, das ein Regionalgesetz ist und das damit die Zuständigkeit an die Region an sich reißt. Und ihr seid im Begriffe, dem zuzustimmen, wo es sich doch um eine Zuständigkeit handelt, die im Sinne des Art. 31 der Verfassung nie umstritten war, wo eben zum Schutze von wirtschaftlichen Maßnahmen und anderweitigen Fürsorgen für die Gründung der Familie und die Erfüllung der entsprechenden Pflichten unter besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien die Rede ist. Ebenso im zweiten Absatz wo die Rede ist, vom Schutz der Mutterschaft, der Kindheit und der Jugend, indem die zu diesem Zwecke erforderlichen Einrichtungen begünstigt werden. Beide Provinzen haben dann diese Zuständigkeiten weitgehend durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen ausgeübt; Zuständigkeiten, auf die wir jetzt im Begriffe sind, gerade was die Familie, den Familienschutz, den Mutterschutz betrifft, zugunsten der Region zu verzichten. Die Familienberatungsstellen, die Kinderhorte, die Betreuung der unehelichen Kinder, die Förderung der Jugendarbeit, das Anvertrauen von Minderjährigen, der Frauenhausdienst, die Grundfürsorge, das Existenzminimum und die örtlichen Einrichtungen für die wirtschaftliche Fürsorge, das sind Dienste oder auch nur wirtschaftliche Maßnahmen, die die Provinz Bozen eingeführt hat. Die Provinz Trient hat ja viele andere noch dazu eingeführt, nicht genau dieselben, aber viele andere, die genau unter den Art. 31 der Verfassung fallen.

Wenn man jetzt diesem Gesetz zustimmt und sagt: Ja, die Region hat die ergänzende Zuständigkeit für Sozialvorsorge, Sozialversicherung und soll sich unter diesem Vorwand dieser Sache annehmen, weil sie ja 50 Milliarden oder ähnliches übrighat, dann verzichten wir auf eine ausschließliche Zuständigkeit des Landes, der Provinz, obwohl das Land ja auch Mittel genug hätte, dieses Anliegen zu besorgen. Wir wissen ja, das Land ist reichlich ausgestattet in dieser Hinsicht und dieses Anliegen ist meiner Ansicht nach ein Anliegen, dem das Land, auch wenn es dann später einmal sparen müßte, immer den Vorrang einräumen würde. Der Familienschutz, aber auch die Sozialrente für Mütter müßte vor fast den meisten

anderen Subventionen den Vorrang haben, die man nach dem "Gießkannensystem" verteilt. Die Region kann, wenn sie will, einen Weg, eine Form finden, wenn sie zuviel Geld hat, um es den Provinzen zukommen zu lassen. Den Weg gibt es sicher. Aber nein, da wird auf eine Zuständigkeit verzichtet, die wir aufgrund der primären, ausschließlichen Zuständigkeit ausüben könnten und die uns der Staat nicht mehr nehmen kann. Während die ergänzende Zuständigkeit der Region eben nur eine ergänzende ist, wo keine neuen Grundsätze eingeführt werden können und die der Staat im Begriffe ist, für ganz Italien an sich zu ziehen, im Zuge der Regionalreform, wo vorgesehen wird, daß die Regionen alle Sachgebiete bekommen, die nicht dem Staat ausdrücklich vorbehalten sind. Und unter den dem Staat ausdrücklich vorbehaltenen Sachgebiete ist sicher das Arbeitswesen aller Art drinnen und die soziale Vorsorge, d.h. die Sozialversicherung. Abgesehen davon, wenn wir – und damit meine ich das Land, die autonome Provinz Bozen – die primäre Zuständigkeit ausüben und die Hausfrauenrente, die Sozialrente einführen, dann ist das kein Präzedenzfall für ganz Italien, weil es nicht Sozialversicherung ist. Wenn sie aber unter dem Titel Sozialversicherung eingeführt werden könnte und das bezweifle ich – auch wenn der Regionalrat jetzt diesem Gesetz letzten Endes dafür stimmt – , müßte ja der Staat diese Rente für ganz Italien einzuführen, die dann eben in den anderen Regionen vom Staat finanziert werden müßte. Das ist er heute sicher nicht in der Lage zu tun. Wir wissen wie katastrophal die Lage des Staatshaushaltes ist. Wir wissen, daß gerade hinsichtlich solcher Sondersozialversicherungsmaßnahmen, die der Staat mit Staatsgesetz für bestimmte Kategorien, echte Sozialversicherungsmaßnahmen, getroffen hat, dann Kategorien in ähnlicher Lage an den Verfassungsgerichtshof rekurriert haben, weil sie gesagt haben, da fehlt die Gleichbehandlung. Alle, die in derselben Lage sind, mußten also auch diese Vergünstigungen erhalten und der Verfassungsgerichtshof hat dann am laufenden Band gesagt: Im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes müssen alle, die sich in ähnlicher Lage befinden dieselbe Behandlung erfahren und hat das auf alle ausgedehnt und gesagt, diese Maßnahme muß auch auf andere Kategorien ausgedehnt werden. Und auf diese Weise, aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes, hat der Verfassungsgerichtshof dem Staat – und das ist etwas, was die Regierung dem Verfassungsgerichtshof vorwirft, um sich zu entschuldigen, daß der Defizit des Staatshaushaltes immer mehr wächst, aber sie kann nicht dafür, hat zusätzliche Ausgaben – so behauptet z.B. der Schatzminister, 80 Tausend Milliarden Schulden in 20 Jahren verursacht.

Assessor Morandini behauptet dann, daß dieser Gesetzentwurf das staatliche Vorsorgegesetz, also das Sozialversicherungsgesetz Nr. 1204 von 1971 über den Schutz der arbeitenden Mütter ergänzt, denn durch diese regionale Maßnahme würden Hausfrauen unterstützt, die keine Sozialversicherung erhalten, weil es um Tatbestände geht, die zum Familienleben gehören. Das hat Assessor Morandini in der Zeitschrift "Region Trentino-Südtirol" vom Mai-Juni 1991 behauptet. Da hat sich der Verfassungsgerichtshof im Urteil Nr. 132 vom 18.-19. März 1991 mit dem Staatsgesetz von 1971 befaßt und hat festgestellt, daß die im Art. 15 des Gesetzes vorgesehene Tagesentschädigung für die Mutterschaft nur die arbeitenden Mütter für den Verlust des Arbeitsinkommens entschädigen soll, den sie sonst erleiden würden, wenn sie wegen der Schwangerschaft und der Geburt des Kindes nicht arbeiten können. Der Verfassungsgerichtshof sagt, daß die damals neu eingeführte Entschädigung in solchen Fällen nicht das Wesen einer Sozialversicherungsmaßnahme für Arbeiter ändert, in dem Fall die arbeitenden Mütter, um im Sinne des Art. 31 eine wirtschaftliche Maßnahme für die Mutterschaft zu werden, sondern bleibt eine Sozialversicherungsmaßnahme. Denn – er hat dann gesagt – wenn dem so wäre, daß es eine Maßnahme zum Schutz der Mutterschaft eingeführt wird, unabhängig ob die Mutter als Arbeiterin registriert ist und dafür Versicherung zahlt, dann wäre der im Gesetz enthaltene Ausschluß von nichtarbeitenden Frauen nicht gerechtfertigt, während der Gesetzgeber durch andere soziale Einrichtungen den besonderen Erfordernissen

der Mutterschaft als solche, wenn es sich im gesetzlichen Sinne um eine nicht Arbeiterin handelt, entgegengekommen ist. Diese Rechtslage, bzw. daß man also davon ausgeht, daß der Art. 31 der Verfassung, auf dem hier Bezug genommen wird, mit Sozialversicherung nichts zu tun hat, sondern nur mit Sozialfürsorge (wo wir, die Provinzen, die ausschließliche Zuständigkeit haben und wo ein solches Gesetz für die Hausfrauenrente sicher durchgehen würde und wir es übrigens längst hätten tun können und nicht der Region hätten überlassen müssen) würde dann dazu führen, daß wenn morgen die Region abgeschafft wird, diese Zuständigkeit dann endgültig weg ist, weil es der Staat als Sozialversicherungsrente einteilen würde und sagen würde, ihr Provinzen seid nicht zuständig. Ihr habt es ja selber zugegeben, indem ihr einem Gesetz der Region zugestimmt hat, das unter dem Titel "ergänzende Sozialversicherung" erlassen worden ist. Dieser Verfassungsrechtslage, daß der Art. 31 nichts mit Sozialversicherung zu tun hat, sondern soziale Fürsorge darstellt und daher hier zu Unrecht angeführt wird, wurde in der letzten von einer langen Reihe von parlamentarischen Gesetzgebungsiniciativen bekräftigt. Es sind im Parlament ein rundes Dutzend Gesetzesanträge eingereicht worden, auch in der jetzt zu Ende gegangenen Legislaturperiode, in diesem Sinne hier, und ich nenne hier die letzte im Senat, die Nr. 2672 vom Februar 1991, wo drinnensteht, daß man eben überzeugt ist, daß die Soziale Fürsorge Sache der Regionen ist, bei uns der Provinzen. Weiters steht drinnen, daß alle Maßnahmen – auch die wirtschaftlichen – zur Unterstützung der Mutterschaft und der Vaterschaft den Regionen und autonomen Provinzen übertragen werden, offensichtlich aufgrund der ihnen nachträglich zuerkannten Zuständigkeit hinsichtlich der sozialen Fürsorge. Das ist ja der beste Beweis.

(La Corte costituzionale con sentenza n. 139 del (6) 24 luglio 1972 ha interpretato in senso restrittivo la materia dell' "assistenza pubblica" e dizioni analoghe contenute negli statuti speciali, compreso il nuovo Statuto per il Trentino-Alto Adige, non facendovi rientrare la cosiddetta "assistenza sociale" basata sull' art. 38 della Costituzione. Rientra in questa materia quindi solo la beneficenza pubblica (che del resto lascia ampi spazi di discrezionalità) come era prevista dalla vecchia legge del 1890. In seguito con le norme di attuazione – e a tal proposito posso dire di essermi particolarmente adoperato in questa direzione – approvate con decreto del Presidente della Repubblica n. 469 del 28 marzo 1978 la competenza della Provincia è stata estesa, conformemente all' art. 38 della Costituzione, all' "assistenza e beneficenza" e in questo modo è stato anticipato un processo che è poi culminato nella sentenza n. 174 del 1981 della Corte costituzionale, in cui tale competenza è stata riconosciuta a tutte le Regioni. Comunque noi siamo stati i primi ad ottenerla – e dicendo noi, intendo i rappresentanti delle Province nella Commissione paritetica per le norme di attuazione, nella Commissione dei 12, dove io mi adoperai in modo particolare affinché ci fosse riconosciuta la competenza primaria e venisse chiarito che cosa si intendesse per assistenza sociale. Fu quindi compreso tutto ciò che era previsto dall' art. 38 della Costituzione, ad esclusione del secondo comma che riguarda le assicurazioni sociali e la previdenza sociale, dove nessuno ha mai messo in dubbio la nostra competenza (e quando dico nostra, intendo la competenza delle Province, ovviamente) ai sensi dell' art. 31 della Costituzione, dove si parla delle misure economiche e di altre provvidenze per la formazione della famiglia e l' adempimento dei compiti relativi, con particolare riguardo alle famiglie numerose e al quale si riferisce anche l' art. 1 di questa legge regionale che attribuisce alla Regione tale competenza. E ora voi siete in procinto di approvare questa legge, benché si tratti di una competenza che non è mai stata messa in dubbio proprio in virtù dell' art. 31 della Costituzione, il quale parla appunto delle misure economiche e della provvidenze per la formazione della famiglia e l' adempimento dei compiti relativi con particolare riguardo alle famiglie numerose. Con riferimento anche al secondo comma che si riferisce alla protezione della maternità, dell' infanzia e della gioventù e al sostegno degli istituti necessari a tale scopo le due Province hanno

poi esercitato ampiamente queste competenze attraverso numerose leggi e decreti; competenze che ora sono oggetto di questo disegno di legge e che si riferiscono alla famiglia, alla tutela della famiglia e della maternità e che ora ci accingiamo a cedere alla Regione. I consultori familiari, gli asili nido, l'assistenza dei figli illegittimi, il sostegno dell'attività giovanile, l'affidamento dei minori, il servizio case delle donne, l'assistenza di base, il minimo vitale e gli enti locali per l'assistenza economica sono tutti servizi e anche misure economiche che sono state introdotte dalla Provincia di Bolzano; e la Provincia di Trento ha poi istituito ulteriori altri servizi. Tutti questi servizi comunque derivano dall'art. 31 della Costituzione.

Se ora si approva questa legge e si dice: La Regione ha competenza integrativa in materia di previdenza sociale, assicurazioni sociali e per questo, partendo da questo presupposto, si fa carico anche di questo compito, in quando ha 50 miliardi in esubero, allora in questo modo si rinuncia ad una competenza primaria della Provincia, la quale è senz'altro in grado di provvedervi finanziariamente anche da sola. La Provincia dispone di risorse finanziarie adeguate per far fronte anche a questo onere. E questa secondo me è una questione a cui la Provincia darà comunque sempre priorità, anche nel caso che un domani si trovasse a dover operare dei tagli. La tutela della famiglia, ma anche la pensione sociale per le madri avrà sempre priorità rispetto a tutte le altre sovvenzioni a pioggia. La Regione — se ha troppi soldi — può, se vuole, trovare il modo per assegnare tali fondi alle Province. Un modo per farlo c'è sicuramente. Qui invece si vuole rinunciare ad una competenza che noi potremmo esercitare in base alla competenza primaria e che lo Stato non potrà mai toglierci! Invece la competenza della Regione è solamente di tipo integrativo e quindi non può introdurre nuovi principi di riforma. Inoltre lo Stato nell'ambito della riforma regionalistica intende attirare a sé tutte le competenze di questo tipo e dunque prevederà che le Regioni ottengano solo le competenze che non sono espressamente riservate allo Stato. E tra le materie sicuramente riservate allo Stato rientra la legislazione sul lavoro e la previdenza sociale, ovvero le assicurazioni sociali. Ma a parte questo, se noi — e per "noi" intendo sempre la Provincia autonoma di Bolzano — esercitiamo la competenza primaria ed introduciamo la pensione per le casalinghe, ovvero la pensione sociale, allora questo non costituirebbe un precedente per l'Italia, poiché non si tratterebbe di "assicurazioni sociali". Se tuttavia venisse introdotta come assicurazione sociale e questo lo dubito — anche se il Consiglio regionale dovesse approvare la legge —, allora lo Stato dovrebbe introdurre questa pensione su tutto il territorio nazionale e dovrebbe anche finanziarne le relative spese nelle altre Regioni. E questo al momento attuale non è sicuramente in grado di farlo. Sappiamo infatti quanto disastrosa sia l'attuale situazione finanziaria dello Stato. Sappiamo anche che proprio certi provvedimenti straordinari rientranti nelle assicurazioni sociali, che lo Stato ha introdotto per certe categorie, poi sono stati estesi a tutte le altre categorie interessate dopo che queste avevano presentato ricorso alla Corte costituzionale per la mancata equiparazione. La Corte costituzionale ha poi sancito che tutti coloro che si trovavano nella stessa situazione debbano essere parificati e ha aggiunto: in base al principio della parità dei diritti le provvidenze devono essere estese a tutti coloro che si trovano nelle stesse condizioni e quindi ha esteso le provvidenze anche alle altre categorie. In base a questo principio di equità la Corte costituzionale ha esteso queste provvidenze a tutte le altre categorie interessate causando enormi danni al bilancio dello Stato — e questa è una cosa che il Governo continuamente rinfaccia alla Corte costituzionale, quasi per giustificare che il deficit dello Stato sia così alto, asserendo che non può farci nulla, ma che sono le spese aggiuntive ad aver aggravato la situazione —. Il Ministro del Tesoro afferma che in questo modo sono stati spesi circa 80.000 miliardi in questi ultimi 20 anni.

L'assessore Morandini afferma poi che "questo disegno di legge interviene con funzione integrativa in alcune fra le più importanti leggi previdenziali dello Stato, in particolare la legge sulle assicurazioni sociali n. 1204 del 1971 sulla tutela delle lavoratrici-madri, poiché attraverso questo intervento regionale verrebbero sostenute le casalinghe ecc., tutte coloro cioè che

non godono di copertura assicurativa per eventi inquadrabili nella sfera della vita familiare". Questo è quanto ha affermato l'assessore Morandini nella rivista "Regione Trentino-Alto Adige" del maggio-giugno 1991. La Corte costituzionale con sentenza n. 132 del 18-19 marzo 1991 ha poi esaminato la legge nazionale del 1971 ed ha affermato che l'indennità giornaliera di maternità prevista dall'art. 15 della legge è diretta a tenere indenne solo la donna lavoratrice dalla perdita di reddito lavorativo che altrimenti essa subirebbe a causa dell'astensione dal lavoro per gravidanza e puerperio. La Corte costituzionale afferma che l'indennità che fu allora introdotta non muta la sua natura per assumere il carattere di un mero sussidio o premio alla maternità: se così fosse, non sarebbe giustificabile l'esclusione dal beneficio delle donne non lavoratrici, ed invece il legislatore ha inteso sopperire mediante servizi sociali alle particolari esigenze che derivano dalla maternità, in sé considerata. E così, se si parte dal presupposto che l'art. 31 della Costituzione, a cui si fa riferimento, non abbia nulla a che vedere che le assicurazioni sociali, ma solo con l'assistenza sociale (per la quale noi Province abbiamo competenza esclusiva; ed infatti una siffatta legge per la pensione alle casalinghe passerebbe sicuramente - cosa che avremmo dovuto fare da molto, senza lasciare che se ne occupasse la Regione) un domani, se la Regione venisse abolita, questa competenza ci verrebbe tolta definitivamente, in quanto lo Stato la classificherebbe come pensione previdenziale obiettando che le Province non ne hanno la competenza. Ed esse lo ammettono ora, se approvano una legge regionale di interventi in materia di previdenza integrativa. Questo dato di fatto, ovvero che l'art. 31 della Costituzione non ha nulla a che fare con le assicurazioni sociali, ma rientra nell'assistenza sociale, e viene dunque qui erroneamente preso a riferimento, è stato confermato anche da tutta una serie di iniziative parlamentari. In Parlamento sino ad oggi state infatti presentate una dozzina di disegni di legge, anche in questa legislatura che sta volgendo al termine. E cito solamente l'ultima, la n. 2672 presentata al Senato nel febbraio del 1991, dove si sottolinea la convinzione che l'assistenza sociale rientri tra le competenze delle Regioni, da noi delle Province. Poi c'è scritto che tutti gli interventi - anche quelli di tipo economico - a sostegno della maternità e della paternità devono essere delegati alle Regioni e alle Province autonome, evidentemente in base alla competenza loro riconosciuta in materia di assistenza sociale. Questo è il primo esempio.)

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, ich wollte Sie nur aufmerksam machen: Sie haben nicht mehr 14 Minuten, sondern nur mehr 4 Minuten Zeit, weil 10 Minuten haben Sie heute Vormittag bereits geredet. Nur, damit Sie es sich einteilen können. Die Uhr zeigt nur 30 Minuten an, weil sie neu gestartet ist, aber Sie erinnern sich schon, daß Sie am Vormittag 10 Minuten davon verbraucht haben. Sie können dann beim nächsten Abänderungsantrag notfalls wieder reden.

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, volevo farle notare che Lei non ha più 14 ma 4 minuti a disposizione, poiché Lei ha già parlato per 10 minuti stamattina. Glielo dico, così programma meglio il suo intervento. L'orologio segnava 30 minuti all'inizio. Comunque Lei di certo si ricorderà di aver già parlato 10 minuti stamattina. Eventualmente Lei potrà intervenire nuovamente quando verrà trattato il prossimo emendamento.

(Unterbrechung - interruzione)

BENEDIKTER: Assessor Morandini hat sich dann auch im Artikel auf EG-Richtlinien berufen. Ich habe keine EG-Richtlinie gefunden. Abgesehen davon, die EG-Richtlinie, wenn sie sagt, es soll für die Mutterschaft gesorgt werden, dann ist das selbstverständlich in Ordnung.

Ich muß nur sagen, daß die europäische Sozialcharta, die vom Europarat ins Leben gerufen worden ist und einen Vertrag zwischen den Mitgliedern des Europarates darstellt, also über die EG-Gemeinschaft hinaus, die ist zwingendes Recht. Das ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der zwingend ist, der regelrecht eine verpflichtende Vorschrift enthält. Die unterscheidet genau, so wie die italienische Verfassung, im Art. 16 der Recht der Familie auf sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz einerseits und hingegen das Recht auf Leistungen aus einem System der sozialen Sicherheit andererseits. Die Sozialversicherungsleistungen sollen einerseits in ganz Europa angeglichen werden. Um die erforderlichen Voraussetzungen für die Entfaltung der Familie als einer Grundeinheit der Gesellschaft zu schaffen, verpflichten sich die Vertragsparteien den wirtschaftlichen, gesetzlichen und sozialen Schutz des Familienlebens zu fördern, insbesondere durch Sozial- und Familienleistungen, steuerliche Maßnahmen, Förderung des Baues familiengerechter Wohnungen, Hilfe für junge Eheleute und andere geeignete Mittel jeglicher Art. Also in der europäischen Sozialcharta, die bindendes Völkerrecht ist, so wie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in den Menschenrechtspakten, auch dort wird klar unterschieden – so wie in der italienischen Verfassung – zwischen Sozialversicherung einerseits und Familienschutz jetzt als Sammelbegriff andererseits. Deswegen bleibe ich dabei und werde auch dagegen stimmen, daß wir, wenn wir hier zustimmen, der Region eine Zuständigkeit zuerkennen, die sie aufgrund der italienischen Verfassung, aufgrund der europäischen Sozialcharta, aufgrund der Menschenrechtspakte nicht hat, weil das Land sie hat und primär hat und dem Land nicht mehr genommen werden könnte, während das andere eine ergänzende Zuständigkeit ist, wo der Staat hier meiner Ansicht nach gar nicht zustimmen könnte, weil ja nicht ein neuer Grundsatz eingeführt werden kann, indem es sich nur um ergänzende Gesetzgebung handelt und weil das Land auch die Mittel hätte, dieser guten vordringlichen Aufgabe endlich nachzukommen.

Daher bin ich der Ansicht, daß hier sowohl die Bezugnahme auf diesen Art. 1, um jetzt beim Art. 1 zu bleiben, verfassungswidrig ist, weil er auf den Art. 31 der Verfassung bezug nimmt, der mit der Zuständigkeit der Region nichts zu tun hat, sondern nur die Zuständigkeit des Landes betrifft und weil er davon ausgeht, daß es gemäß der staatlichen Grundsatzgesetzgebung ist heute noch kein gesetzlich geschütztes Arbeitsverhältnis der Hausfrauen vorgesehen, sondern das Bündel der Maßnahmen zum Schutz der Familie, wie es eben der Art. 31 vorsieht.

(L'Assessore Morandini ha fatto riferimento nello stesso articolo alle direttive comunitarie. Purtroppo io non sono riuscito a trovare alcuna direttiva CE in merito. A parte il fatto che se la direttiva CE prescrivesse la tutela della maternità, non potremmo che essere d'accordo. E vorrei aggiungere che la Carta sociale europea approvata dal Consiglio d'Europa come accordo tra gli stati membri del Consiglio stesso è diritto cogente. Si tratta di un accordo internazionale vincolante, poiché contiene disposizioni vincolanti per gli stati firmatari. E questa Carta distingue chiaramente, come anche la Costituzione italiana, all'art. 16 il diritto della famiglia alla tutela sociale, giuridica ed economica dal diritto alle prestazioni derivanti da un sistema di sicurezza sociale. Le prestazioni rientranti nell'assicurazione sociale dovranno quindi essere parificate in tutta l'Europa. Al fine di creare i presupposti per la realizzazione della famiglia come nucleo indispensabile per la società, i firmatari si impegnano a promuovere la tutela economica, giuridica e sociale della famiglia, in particolare attraverso interventi nell'ambito sociale e familiare, sgravi fiscali, sostegni per l'acquisto della prima casa, aiuti ai giovani sposi ed altri interventi simili. Quindi nella Carta sociale europea, che è diritto internazionale vincolante, come anche nella Costituzione della Repubblica Federale Tedesca, e nei trattati sui diritti dell'uomo, si distingue chiaramente – come anche nella Costituzione italiana – tra assicurazioni sociali e tutela della famiglia come

concetto più generale. Per questo io confermo la mia posizione e voterò contro questo disegno di legge che riconosce alla Regione una competenza che essa non ha in base alla Costituzione, alla Carta sociale europea e ai patti internazionali sui diritti dell'uomo, poiché tale competenza primaria spetta unicamente alla Provincia e non le potrebbe nemmeno più essere tolta. Qui invece si tratta di una competenza integrativa, per cui lo Stato non potrebbe nemmeno acconsentire ad un siffatto disegno di legge. La Provincia disporrebbe sicuramente delle sufficienti risorse finanziarie per far fronte all'onere derivante da eventuali interventi in questo settore.

Per questa ragione ritengo che i riferimenti contenuti all'art. 1 – per rimanere all'art. 1 – siano anticostituzionali, poiché fanno riferimento all'art. 31 della Costituzione che non ha nulla a che vedere con la competenza della Regione, bensì con quella della Provincia, poiché parte dal presupposto che oggi non esista nella legislazione statale un rapporto lavorativo delle casalinghe giuridicamente riconosciuto, ma solo una serie di interventi a favore della famiglia, come previsto dall'art. 31.)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Der Abg. Brugger hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Benedikter.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER: Nur um ganz kurz zu antworten. Ich werde nicht die ganze Zeit brauchen, die Kollege Benedikter nun wieder zur Anwendung gebracht hat, um zu beweisen, aus welchem Grund er überhaupt gegen das gesamte Gesetz ist.

Ich möchte nur auf eines hinweisen und zwar möchte ich es deshalb tun, weil in den letzten Zeiten gerade der Kollege Benedikter nie müde geworden ist, uns Volkspartei darauf hinzuweisen, wieviel wir Verzichtspolitik betreiben und immer wieder uns vorwirft, welche Kompromisse, nach seinen Worten "faule Kompromisse", wir mit dem Staat schließen. Alfons Benedikter hat diese Verteidigungsrede für den Staat, für die Verfassung gehalten und hat alles hergezaubert und hergezogen, nur um festzustellen, daß wir hier kein Gesetz für Familienmaßnahmen verabschieden sollen. Ich erinnere ihn an seine 40 Jahre und mehr lange politische Tätigkeit, wo er wirklich immer darauf aus war, möglichst viel gegen den Staat und nicht für den Staat zu unternehmen. Deshalb scheint es mir ganz sonderbar und aus meiner Sicht sehr schade, weil es um soziale Maßnahmen geht, daß er sich heute als der eigentliche Verteidiger der staatlichen Zuständigkeit in dieser Materie aufspielt und daß er soweit kommt, hier die gesamte Zuständigkeit der Region und somit auch der Provinz nicht anzuerkennen, wobei er sich auf den Staat beruft. Er geht sogar noch weiter und zitiert Menschenrechtspakte und internationale Vereinbarungen, die wir praktisch bei jeder Rede des Alfons Benedikter zu hören bekommen, nur um eines hier zu erreichen, und zwar daß wir das Familienpaket nicht verabschieden. Er ist heute sogar soweit gegangen zu erklären, daß er einen Minderheitenbericht nach Rom schickt, zur Regierung, um feststellen zu lassen, daß wir hier über unsere Zuständigkeiten hinaus entscheiden. Ich halte das aus der Sicht der deutschen Volksgruppe für mehr als besorgniserregend, umso mehr es aus einer Ecke kommt, die der Volkspartei immer wieder Verzichtspolitik vorwirft. Ich glaube, hier wird Politik zu Lasten von Menschen gemacht, die das Anrecht haben, soziale Maßnahmen für sich endlich in Anspruch nehmen zu können.

(Solo per rispondere brevemente. Io non utilizzerò tutto il tempo a disposizione come ha fatto il collega Benedikter per spiegarci le ragioni del suo voto contrario alla legge in questione.)

Ma vorrei sottolineare una cosa e lo voglio fare perché negli ultimi tempi proprio il collega Benedikter non si è mai stancato di rimproverare a noi della SVP il fatto che la nostra è una politica rinunciataria, definendo i compromessi che noi raggiungiamo con lo Stato "compromessi di comodo". Questa arringa del collega Benedikter in difesa dello Stato e della Costituzione – si è appellato a tutto – tende a dimostrare che qui noi non dobbiamo approvare un disegno di legge a favore della famiglia. Mi permetto richiamare l'attenzione del collega Benedikter sui suoi 40 anni e più di attività politica, in cui suo scopo è sempre stato quello di fare quante più cose possibili contro e non a favore dello Stato. Pertanto mi pare molto strano e personalmente mi rincresce anche – visto che si tratta di interventi di carattere sociale – che oggi egli assuma il ruolo di difensore della competenza dello Stato in questa materia, e che si arrivi a non riconoscere la competenza regionale rifacendosi allo Stato. Ma il collega Benedikter si spinge ancora più in là, citando la Convenzione sui diritti dell'uomo e i trattati internazionali – che praticamente non mancano mai nei discorsi di Benedikter – solo per ottenere la mancata approvazione del pacchetto famiglia. Oggi ha fatto un altro passo in avanti e ha dichiarato che trasmetterà una relazione di minoranza a Roma, al Governo, per far vedere che le nostre decisioni esorbitano dalle nostre competenze. Dal punto di vista della popolazione di lingua tedesca ritengo questo atteggiamento molto più che preoccupante, tanto più se assunto da un partito che ha sempre rimproverato alla SVP una politica rinunciataria. Credo che qui si faccia una politica a detrimento dei cittadini, i quali hanno il diritto di usufruire finalmente di queste provvidenze.)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Brugger.

Abg. Benedikter, bitte, in persönlicher Angelegenheit. Sie müssen erklären, worin die persönliche Angelegenheit besteht.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Brugger.

Cons. Benedikter, prego, per fatto personale. Lei deve spiegare in che cosa consiste il fatto personale.

BENEDIKTER: Brugger sagt, daß ich den Staat verteidige. Wenn jemand zugehört hat, nicht nur jetzt, sondern auch früher, dann hat er verstanden, daß ich gesagt habe: Das ist ausschließliche Zuständigkeit der Provinz und nicht der Region und ich wehre mich dagegen, daß wir hier auf eine Zuständigkeit der Provinz, für die ich mich jahrzehntelang in der Kommission für Durchführungsbestimmungen eingesetzt habe, verzichten. Das sind Tatsachen und gerade weil es sich um eine Zuständigkeit der Provinz handelt, habe ich mich selbstverständlich auch auf die italienische Verfassung – denn das ist die Grundlage – und auf die internationalen Verträge, die dasselbe besagen, berufen. Diese Advokatenkünste hätte ich wirklich einem Siegfried Brugger, dem Sohn des Peter Brugger, nicht...

(Brugger afferma che io difendo lo Stato. Se qualcuno ha ascoltato non solo questo mio intervento, ma anche quelli precedenti, allora avrà capito la mia posizione: io sostengo che questa sia competenza esclusiva della Provincia, non della regione e che quindi io mi oppongo alla rinuncia di una competenza da parte della Provincia, per la quale mi sono battuto per anni nella Commissione per le norme di attuazione. Questi sono dati di fatto e proprio perché si tratta di una competenza della Provincia io mi richiamo alla Costituzione italiana – perché costituisce il presupposto fondamentale – e anche ai trattati internazionali, che recitano lo stesso. Che Siegfried Brugger, figlio di Peter Brugger, ricorra a questi sotterfugi giuridici...)

PRÄSIDENT: Das gehört jetzt nicht mehr zur persönlichen Angelegenheit.

Ich bitte den Abg. Tonelli nur einen Augenblick um Geduld. Wir haben jetzt die restlichen Pakete für weitere Abgeordnete, die die Abänderungsanträge noch vermissen. Also an die Abg. Berger und Klotz habe ich sie inzwischen übergeben. Dann an den Abg. Giordani. Haben somit alle dieses Paket an Abänderungen? Danke! Anche Bolognini. Und jetzt bitte ich es mitzunehmen, damit es nicht wieder fehlt.

Jetzt hat der Abg. Tonelli das Wort.

PRESIDENTE: Ma questo non è più fatto personale.

Un attimo di pazienza, cons. Tonelli. Adesso sono arrivati gli altri emendamenti per gli altri Consiglieri che li avevano persi. Quindi alla cons. Klotz e alla cons. Berger nel frattempo sono già stati consegnati. Poi il cons. Giordani. A questo punto tutti hanno il pacco degli emendamenti? Grazie! Anche Bolognini. Vi prego di portarli con voi, in modo che la prossima volta non vengano a mancare di nuovo.

Ora ha la parola il cons. Tonelli.

TONELLI: Signor Presidente, prima di entrare nel merito del mio emendamento, vorrei chiedere di risolvere una questione tecnica. Prima che inizi la traduzione simultanea in cuffia, la voce di colui che sta parlando viene sparata con un volume altissimo e se andiamo avanti di questo passo fra qualche mese saremmo costretti a chiedere un risarcimento alla Regione per i timpani.

Nel merito del nostro emendamento voglio ribadire un concetto generale, che abbiamo sollevato in questi mesi di discussione sulla proposta della Giunta regionale, e cioè che noi non riteniamo, all'interno di una logica di buona amministrazione, la spesa di 100 miliardi per i contenuti che sono all'interno di quello che viene oggi presentato come "pacchetto famiglia".

Abbiamo più volte contestato alcuni di questi provvedimenti con lo slogan "legge che ruba ai poveri per dare ai ricchi", so che l'assessore Morandini non condivide questo nostro giudizio, io ho riflettuto anche in questi ultimi giorni ed ho voluto di nuovo valutare, alla luce di fasce di reddito e delle fasce di versamento dei contributi che vengono previsti, per capire se effettivamente questa mia affermazione iniziale – peraltro fatta prima che la Commissione introducesse l'articolo che ha sventagliato in maniera più forte il discorso delle fasce di reddito e delle relative contribuzioni – oggi regge ancora oppure no.

Devo francamente dire che dal mio punto di vista regge ancora, cioè il dubbio forte che noi si faccia un intervento che rischia di essere usufruito soltanto da una fascia medio-alta della società e non da una fascia che ne ha effettivamente bisogno, questo rischio è ancora assolutamente presente.

Noi siamo preoccupati del fatto che una giovane di famiglia operaia, oggi presente nella nostra realtà regionale, non possa nemmeno porsi l'obiettivo di rientrare all'interno di queste spettanze, perchè il suo problema è comunque quello di portare a casa alla fine del mese un reddito e che per questa fascia diventi insostenibile l'accesso ai benefici della legge che stiamo discutendo.

Questo è l'elemento centrale della nostra preoccupazione, che non è ideologico, è una preoccupazione di sana e di buona amministrazione.

La spesa che questa legge prevede, i 100 miliardi più quelli previsti dagli altri provvedimenti previdenziali, è una spesa che deve determinare una particolare attenzione del Consiglio regionale rispetto al provvedimento che va ad assumere.

Seconda obiezione. Ecco perchè l'emendamento abrogativo dell'art. 1 non è

ostruzionistico, ma è di merito. La seconda osservazione è quella che ha fatto il cons. Benedikter, sono totalmente d'accordo con le sue motivazioni, ed è confermato questo fatto dalla stessa introduzione con l'emendamento, perchè nella stesura iniziale del disegno di legge all'art. 1 il riferimento all'art. 31 della Costituzione della Repubblica non c'era.

Il riferimento alla Costituzione è chiaramente un discorso di assistenza e non di previdenza, il sostegno economico alla famiglia è sicuramente una competenza in materia assistenziale e quindi certamente non è competenza della Regione Trentino-Alto Adige. Questa è un'altra delle convinzioni che abbiamo più volte sostenuto e quindi se l'intervento deve essere della natura di cui sono connotati quasi tutti i benefici previsti all'interno del disegno di legge n. 68, allora devono essere discussioni che avvengono a livello dei Consigli provinciali di Trento e Bolzano, perchè sono competenze delle due Province autonome.

Penso che l'osservazione fatta dal cons. Benedikter, il quale storicamente ha sulle spalle ed in testa l'iter esatto di quella che è stata l'autonomia di questa Regione e delle due Province dal 1948 ad oggi e quindi avendo vissuto all'interno della Commissione dei 12 e dei 6 in prima persona le discussioni che sono avvenute sulla interpretazione esatta da dare alle competenze statutarie che è lo statuto di autonomia dalla Regione alle due Province, sia da prendere in seria considerazione.

Quindi torniamo ad un ragionamento che abbiamo spesso sostenuto negli anni scorsi ed è quello che praticamente dovrebbe vedere la Regione Trentino-Alto Adige depotenziare, spogliarsi sempre di più delle sue potestà di utilizzazione del denaro, per regalare i soldi alle Province di Trento e di Bolzano.

L'impianto che il secondo pacchetto di autonomia aveva previsto le due Province autonome come i due enti ai quali consegnare le potestà giuridiche e la Regione come l'ente più a vocazione culturale che amministrativa, è un impianto che condividiamo e che abbiamo sempre sostenuto.

Quindi questa legge, come altre che la Regione ha messo in cantiere, ci vede estremamente perplessi anche da questo punto di vista. Siamo convinti che, se incominciamo a fare confusione sull'interpretazione delle potestà giuridiche della Regione e delle due Province, noi non facciamo che portare acqua al mulino di coloro che, a livello nazionale, hanno via via lavorato per demolire la nostra autonomia.

Sono convinto che i passi che faremo come capacità di interpretazione della nostra autonomia e come capacità di buona o non buona amministrazione, nei prossimi anni sarà sottoposto ad un taglio micidiale delle altre regioni e dello Stato centrale. Sempre di più l'attenzione delle regioni a statuto ordinario è rivolta alle nostre parti e sempre di più sentiamo levarsi il lamento, a livello di Governo centrale, che siamo dotati di un'enorme possibilità amministrativa che non sappiamo spendere bene.

Noi abbiamo il dovere di rispondere in maniera intelligente a questa critica, perchè altrimenti nei prossimi anni la sistematica demolizione delle nostre facoltà autonomistiche sarà un'operazione che andrà avanti con grande forza. Uno dei modi per rispondere in maniera intelligente a questa critica è appunto quello di spendere bene i nostri soldi, di fare dei provvedimenti che abbiano veramente la giustificazione socio-politica ed economica delle scelte che andiamo a fare.

Abbiamo sostenuto per tutto il 1991 la necessità che la parte enunciata al secondo comma dell'art. 5 del disegno di legge in discussione e cioè gli interventi che possono essere effettivamente definiti come interventi previdenziali, l'art. 5, al secondo comma recita: "Formeranno oggetto di successiva normativa regionale i seguenti ulteriori interventi" e c'è l'elencazione degli interventi. Abbiamo contestato in maniera forte che in una legge si facciano degli editti politici, noi votiamo una legge nella quale in un articolo c'è scritto: si farà un'altra

legge. E' una cosa pazzesca dal punto di vista giuridico, credo che i tecnici del Governo, quando leggeranno questa parte dell'articolo, sbellicheranno dalle risate.

Abbiamo notato anche qui in queste ultimi anni quante osservazioni di tecnica legislativa ci vengano dal centro e quanto abbiamo da imparare come scrittura dei nostri provvedimenti legislativi.

Al di là di questo abbiamo tentato in tutti i mesi scorsi di introdurre delle proposte che fossero effettivamente giustificabili in termini previdenziali e che dal nostro punto di vista rispondessero a queste esigenze. Una di queste, che noi da anni sosteniamo è quella della previdenza per i lavoratori stagionali, l'altra è quella della possibilità di sostegno da parte della Regione della formazione degli enti bilaterali per quanto riguarda la loro possibilità di intervento nella materia previdenziale; mi riferisco all'ente bilaterale del turismo, all'ente bilaterale dell'artigianato e del commercio. Cioè a quegli enti bilaterali che nel resto del territorio nazionale sono quasi ovunque ormai operanti e che a livello della Regione Trentino-Alto Adige o non ci sono o sono stati oggetto di accordo sindacale soltanto qualche giorno fa.

Abbiamo tentato di fare un ragionamento che avesse al centro il discorso della materia previdenziale.

Un altro ragionamento che abbiamo fatto, al quale non ci siamo mai opposti, è il discorso della pensione alle casalinghe. Anche questo discorso nel disegno di legge n. 68 non viene affrontato, non esiste.

Si è discusso per molti mesi su questo punto, che era determinato dal fatto che si diceva in giro che non vogliamo la pensione alle casalinghe, stanno discutendo in Regione il disegno di legge che prevede la pensione alle casalinghe e questo non corrisponde alla verità. Nel disegno di legge n. 68 queste problematiche non ci sono e forse di queste si comincerà a discutere in Commissione nelle prossime riunioni, quando si affronterà il disegno di legge n. 80 o 81.

Da un punto di vista giuridico siamo di fronte in questo momento ad un disegno di legge che non prevede alcuna parte previdenziale, salvo qualcuno dei provvedimenti che sono all'interno di questo disegno di legge e non abbiamo oggi alcun provvedimento in materia previdenziale.

Inserisco un ultimo ragionamento a sostegno del mio emendamento ed è quello che concerne un'altra delle richieste più volte fatte ed è quella di unificare questi provvedimenti. Intanto unificarli per una ragione di possibilità di valutare in termini certi il pacchetto complessivo di provvedimento che si vanno ad assumere in una certa direzione.

Oggi non siamo in grado di valutare questo pacchetto, ma non solo, oggi nasce un altro problema che è quello della certezza di ciò che stiamo discutendo e su questo voglio essere molto chiaro, perchè non affermo che c'è nè da parte dell'assessore Morandini, nè da parte di qualcun altro, fino a questo momento, la volontà di buggerarci e do la buona fede agli interlocutori, anche se la pensano in maniera diversa dalla mia, fino a quando non ho prove contrarie e non ho prova contraria che ci sia da parte vostra la volontà di buggerarci.

Sono contento che questa mattina l'abbia accennato anche il Presidente Peterlini all'inizio di questo dibattito, quando ha affermato che questi disegni di legge viaggiano sul filo del rasoio e non sappiamo come il Governo centrale reagirà a questi provvedimenti.

Però al di là della malafede o buonafede, noi corriamo un rischio continuo su questi due disegni di legge di vederci respinto dal Governo un determinato provvedimento.

Faccio questo ragionamento, assessore, perchè quando vi ho visti in Commissione presentare l'emendamento che ha introdotto il riferimento alla Costituzione mi sono chiesto il perchè e confesso francamente che da un punto di vista della furbizia politica potevo dirvi bravi, vi siete dati la zappa sui piedi, nel senso che il riferimento all'articolo della

Costituzione potrà essere usato, se noi volessimo farlo, contro di voi a legge votata. Spediamo al Governo un documento molto ampio e sorretto da un parere giuridico in cui affermiamo che la Regione ha fatto una legge falsamente previdenziale, che invece è assistenziale e lo preghiamo di respingerla e la legge stessa apre il suo articolato con un riferimento all'articolo della Costituzione che non parla di previdenza, ma di assistenza.

Quindi se volessimo fare i cattivi, da questo punto di vista abbiamo buone chance per farvi respingere la legge dal Governo, proprio sulla base dell'emendamento che voi avete presentato. Perché l'avete presentato? Sono convinto che l'avete fatto perché volete in qualche modo tentare di mettere le mani avanti rispetto al Governo su un ragionamento del tipo che stiamo facendo noi, cioè per evitare che il filo del rasoio delle potestà giuridiche sulle quali stiamo lavorando in tutti i questi mesi, non determini che questo disegno di legge venga respinto dal Governo.

Assessore Morandini, pretendo che lei mi accordi la buona fede su quello che sto dicendo e non c'è da parte nostra alcuna volontà ostruzionistica, si tratta di discussioni su contenuti politici, credo che la unificazione fra il primo e il secondo pacchetto sarebbe una cosa importante anche a sostegno del vostro punto di vista, perché ho paura che, al di là di quelle che sono le vostre intenzioni, noi si possa discutere un pacchetto e licenziarlo, poi discutere e licenziare un secondo pacchetto e non abbiamo la certezza che né l'uno, né l'altro vengano approvati dal Governo, oppure possiamo rischiare che uno passi e l'altro no.

Se dovesse accadere una cosa di questo tipo, lo scatenamento delle retrovie di ognuno di noi sarebbe molto forte, al di là del riconoscere o meno la buona fede. Chiunque di noi sarebbe autorizzato a pensare che qualcuno dei più furbi – che in aula al momento non c'è, ma che sappiamo essere figlio della furbizia in maniera molto forte dal punto di vista della stoffa degli uomini forgiati alla macchina del potere in questi 40 anni, anziché forgiati alla fiducia nel confronto – possa buggerarci.

Queste sono le ragioni per le quali riteniamo che questo provvedimento così com'è non va bene, sia da un punto di vista giuridico per le competenze che va a toccare, sia nei contenuti che non sono di materia previdenziale, sia perché spende un pacco di miliardi notevole, sia perché scollegato dal discorso più generale della previdenza, pensione alle casalinghe, enti bilaterali, problemi dei lavoratori stagionali, rischia di lasciare il Consiglio regionale nel buio completo. Rischiamo di lavorare alla cieca e poi affidarci a rapporti politici, personali, a telefonate ecc., ma comunque viviamo nella assoluta incertezza di quello che stiamo discutendo.

Per queste ragioni crediamo che ancora il potersi fermare per unificare i ragionamenti e discutere globalmente intorno al pacchetto previdenziale e non più al pacchetto famiglia sarebbe una cosa sensata.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire sull'emendamento il cons. Duca.

DUCA: Credo che questo emendamento consenta alcune riflessioni preliminari sull'art. 1, che è uno degli articoli fondamentali di questo provvedimento.

Credo ci sia l'esigenza di avanzare una serie di riflessioni sulle implicazioni che derivano da questo art. 1, così come è stato definito. Le perplessità di natura giuridica, che sono state avanzate in vari interventi, non siano complessivamente superate dal dibattito svolto in Commissione, nel senso che la delimitazione tra intervento di tipo assistenziale e quello

previdenziale, nonostante le modifiche apportate, sono tuttora confuse e pasticciate.

A me pare che le riserve che sono state avanzate, circa la prospettiva di un'enorme difficoltà da parte della Regione ad avanzare competenze di natura assistenziale, alcuni interventi contenuti in questo disegno di legge sono tipicamente assistenziali, e la difficoltà a sostenere una competenza primaria di natura previdenziale permangono, vedremo poi alla fine come risponderà il Governo rispetto a questa ipotesi, comunque è un po' superficiale non prendere atto che questi problemi ci sono e possono comportare, anche da parte delle due Province, una sostanziale abdicazione, rispetto al ruolo che l'esercizio delle competenze in materia assistenziale, che in questo modo verrebbe impropriamente sottratta.

Non è questo dibattito di natura teorica che mi affascina in modo particolare, perchè evidentemente la competenza è una cosa che va verificata sul concreto e l'autonomia va contrattata di volta in volta con il Governo, quello che a me preme sottolineare è che abbiamo presentato una serie di emendamenti, tra cui anche a questo art. 1, che riteniamo minimali rispetto ad un'esigenza di riordinare il testo, in maniera tale da renderlo coerente con una logica di solidarietà e di intervento rispetto a quelle che sono fasce di bisogno, che altrimenti rischiano di essere trascurate.

Le conclusioni dell'indagine della II^a Commissione legislativa della Provincia di Trento in materia di povertà economica, che sono state rese pubbliche qualche settimana fa, evidenziano come esistono situazioni familiari di grossa difficoltà, come anche in Provincia di Trento ci sia un'esigenza di riverificare l'intervento dell'ente pubblico nella direzione dei più bisognosi.

Tra l'altro la presentazione del rapporto del Ministro Iervolino sulla situazione della povertà in Italia ha evidenziato come anche nelle nostre due Province, ritenute isole felici, estranee a logiche di grosse carenze sul fronte della povertà economica, presentino un 7% della popolazione al di sotto dei redditi minimi individuati a livello della comunità europea. Ebbene, un 7% della popolazione vuol dire che abbiamo dalle 60 alle 70 mila persone che vivono nella nostra regione in condizioni di reddito classificabili come condizione di povertà.

Quindi nel momento in cui constatiamo questo fenomeno non possiamo che tentare, come facciamo con i nostri emendamenti, di calibrare questo intervento legislativo con una maggiore attenzione rispetto al tema del reddito e con una maggiore attenzione rispetto a quella esigenza di solidarietà che a noi pare dovrebbe ispirare qualsiasi intervento di natura assistenziale e in parte anche previdenziale.

La relazione Guerrieri, che resta un documento fondamentale sotto questo profilo, ha individuato nel salario familiare lo strumento principe per tentare di redistribuire reddito per intervenire rispetto a questa situazione di povertà economica. Ebbene, noi insistiamo su questo, perchè riteniamo che anche in questo caso il prescindere dal reddito configurerebbe un tipo di intervento senza parafrasare quello che diceva prima il cons. Tonelli che toglie ai poveri per dare ai ricchi.

Se noi non teniamo conto del reddito corriamo il rischio di fare grosse ingiustizie sociali, di destinare una grossa fetta di risorse per aggravare disuguaglianze che già esistono. Questo è uno dei passaggi fondamentali su cui noi misureremo il dibattito, sulla base del quale poi esprimeremo anche un parere.

Riteniamo comunque che questi emendamenti, che mirano al riconoscimento della famiglia di fatto, al superare l'indennità compensativa del ricovero ospedaliero, a ridefinire meglio i contenuti di giustizia sociale di questo provvedimento, dal nostro punto di vista sono emendamenti minimali, senza i quali non riteniamo di poter esprimere una valutazione positiva su questo provvedimento, per cui facciamo appello alla Giunta e alle forze politiche perchè si possa, nel corso della discussione, apportare quelle modifiche che consentono di varare un

provvedimento, almeno sotto il profilo dell'equità sociale, difendibile.

Per quanto riguarda gli aspetti di tipo legislativa, a me pare che in questo dibattito le Province autonome abbiano un po' abdicato rispetto alle loro competenze e la cosa che più ci preoccupa sotto il profilo della gestione è questa non giustificata prospettiva rispetto a quello che sarà lo strumento di gestione del disegno di legge.

Non è pensabile definire dei diritti e delle prestazioni per poi decidere chi le gestirà. Penso a questi cittadini che si troveranno una legge e non avranno chiaro a chi rivolgersi, perchè non è assolutamente definito se sarà l'istituto di previdenza sociale, se sarà un ente autonomo o se sarà la Provincia a gestire questi interventi.

Da questo punto di vista mi pare una previsione legislativa assolutamente contraddittoria rispetto a tutto il dibattito che c'è sui diritti del cittadino, sulle certezze giuridiche, sul nesso che c'è tra diritti e doveri, per cui credo che sia veramente non tener conto dei problemi reali di gestione della legge, definire un impianto di diritti e doveri senza precisare quale è il soggetto che poi dovrà rispondere di fronte ai cittadini.

Questo rischia di creare un caos, di generare una situazione tipicamente italiana, in cui si promette, per poi non saper come mantenere.

Crede che questo problema vada risolto, la mia tesi è che si debba assolutamente evitare di istituire un ennesimo ente, si debba decidere se lasciare il tutto in capo alla Provincia o convenzionarsi con l'INPS, che ha già una sufficiente esperienza nella gestione di questo tipo di prestazioni, che comunque una cosa da evitare è definire dei diritti e prestazioni senza poi imputarle a nessuno e quindi lasciare il cittadino in balia a se stesso.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Casagrande.

CASAGRANDE: Grazie, signor Presidente. Sono contrario all'emendamento e siamo favorevoli all'art.1, in quanto nel 1990 il nostro partito aveva presentato una dettagliata interrogazione sul tema, nel gennaio 1991 ne abbiamo presentato una seconda, in seguito abbiamo presentato una mozione, che è stata votata all'unanimità.

Questa legge, per il nostro partito, è un cavallo di battaglia, in quanto da due anni abbiamo cercato di smuovere la Giunta regionale perchè elabori una legge in tal senso.

Le 80 mila casalinghe trentine sono stanche di promesse e vogliono un provvedimento legislativo che fornisca loro una copertura assicurativa ed previdenziale.

La donna non è mai stata messa alla "pari" dell'uomo. Le nostre mogli fanno un determinato lavoro, sia di sabato, di domenica, non c'è orario, è un lavoro che devono svolgere per allevare una famiglia.

Da anni si parla di pensione alle casalinghe e questa possibilità l'hanno sempre tenuta sull'uscio, le soluzioni passano attraverso le competenze in materia previdenziale, credo poi si abbia cercato di cavillare sulle competenze tra Province e Regione e questa è una questione da esaminare, ma secondo me la competenza è della Regione, perchè con un sistema regionale si possono abbracciare tutte le 80 mila casalinghe. La spesa si aggira sui 47 miliardi all'anno, una spesa non da poco, ma di fronte a spese assurde questa deve essere tenuta in evidenza, perchè questi soldi vadano a buon fine ed in favore di chi ha lavorato e fa un lavoro non esaltante, ma che ha dato i suoi frutti.

Anche per noi politici, quando si ritorna a casa stanchi e con la testa fusa, siamo lieti di avere una famiglia ed una moglie che ci comprende. Siamo sinceri, la signora che gestisce una famiglia è molto paziente, concreta e umile nel suo lavoro, che noi abbiamo valorizzato personalmente, ma manca quella valorizzazione di riconoscere quel piccolo consenso per andare a fare con tranquillità la spesa alla mattina, perchè con 300 mila lire non risolviamo

tutte le cose di questo mondo, ma almeno concediamo questo riconoscimento alla donna, che da anni lo aspetta e non è mai stato concretizzato.

Esiste una legge Fanfani del 1963, quasi 30 anni fa, non ha avuto però esito, un sistema fallito e la cosa è rimasta lì.

Ora, grazie a questa legge, sarà anche un nostro cavallo di battaglia, noi non vogliamo invadere il campo della DC, in questo caso abbiamo l'assessore Morandini che è responsabile, che poi questa legge sia elettorale o meno, alla fin fine si deve guardare al succo di un provvedimento che concede qualcosa alle donne, che da anni attendono di veder riconosciuto il proprio ruolo.

In merito sono intervenute molte associazioni e credo sia giunto il momento di offrire alle donne questa piccola tranquillità per sbarcare il lunario, soprattutto in certe situazioni.

Sapete che la famiglia ha delle responsabilità precise, soprattutto la preoccupazione dei figli che non intraprendano certe vie, se leggiamo oggi i giornali si parla di droga, di arresti ed un genitore farebbe di tutto, purché il proprio figlio non prendesse una strada pericolosa.

Noi abbiamo sempre affermato che la Regione dovrebbe gestire le cose regionali, come la pensione alle 80 mila casalinghe.

Quando sono in gioco le basi della cultura, il nostro partito non ha mai avuto esitazioni di schierarsi a favore della Regione, superando anche gli ostacoli che talvolta, per questioni ideologiche e di opportunità, potrebbero anche impedire il sostegno di una giusta battaglia. Mi riferisco al disegno di legge di iniziativa della Giunta regionale, notoriamente firmato Morandini e quindi di schietta marca "DC".

Non mi rammarica il fatto che una simile legge, da noi condivisa e sollecitata con mozioni di data 14.05.1991, in quasi tutti i suoi punti porterà immeritata popolarità all'interno della compagine governativa.

Come anzi accennato, la partita in gioco è determinante per il nostro sviluppo ed il nostro avvenire, alla stregua di quanto avvenuto per il riconoscimento della scuola privata, noi assumeremo le nostre responsabilità.

So che l'iniziativa può assumere aspetti demagogici, ma l'obiettivo non lascia spazi per queste schermaglie.

Intervenire sulla famiglia è un atto di alta strategia politica e sociale, i cui frutti non si esauriscono nell'arco di una legislatura, è quindi con questo spirito, volto al domani che mi accingo ad esporre i miei punti di vista sui temi salienti di questo articolato.

Ho già detto che la famiglia è un'istituzione degna di attenzione primaria, ribadisco che questa azione di sostegno economico diventa per l'intera società anche un investimento produttivo immediato, minori costi sociali.

Lascio ad altri elencare i vantaggi dei minori costi, mi riservo di evidenziare i vantaggi dei migliori risultati che si riassumono in solida educazione improntata alla trasmissione dei valori, alla conoscenza approfondita e personalizzata della realtà, educazione alla giusta capacità critica, alla condivisione, all'amore e alla solidarietà ecc.

Leggo nella relazione che da parte delle minoranze si controverte, criticando il riferimento ad un certo modello di famiglia, mi chiedo quali sia per questi signori il modello alternativo alla famiglia e se ciò che loro pensano sia davvero ancora una famiglia!

Credo che al primo posto metteremo sempre la famiglia, qualcuno mi suggerisce la parrocchia, ma in parrocchia si va alla domenica, se si vuole andare, ma il bello che noi abbiamo è ritornare in famiglia tutti i giorni.

Il lavoro di entrambi i coniugi è di norma ispirato a questioni estranee al

bisogno, in una cultura consumistica, l'esigenza di maggiori introiti non si traduce in una spesa volta all'indispensabile, ma rivolta spesso al superfluo.

Signor Presidente, signor assessore, con questo non dico che il diritto di realizzarsi nel lavoro non spetti ad entrambi i coniugi, ma tengo a sfatare le modificazioni del bisogno economico, in una società dove esiste ancora la piaga della disoccupazione, con nuclei del tutto privi di reddito, queste considerazioni populistiche mi sembrano del tutto fuori luogo.

Altra considerazione che leggo nella relazione, dell'obiettivo di incentivo alla natalità. Può accadere che qualcuno faccia anche dei calcoli in tal senso, però l'intera legislazione sociale potrebbe essere posta in un'ottica tale, non possiamo fare questi processi alle intenzioni, senza offendere il senso comune dei nostri cittadini, in ogni caso la questione che è seriamente posta può far introdurre dei meccanismi correttivi, ma non essere motivo apodittico per gettare a mare l'intento legislativo.

Concordo che non è giusto usufruire di due agevolazioni, assegno ad uso struttura pubblica, asilo nido ed altro. Per quanto riguarda la socializzazione del bambino, concordo che la struttura pubblica può favorire una graduale e proficua introduzione del bambino nella società, ma non credo che ciò possa essere inibito da un'altrettanta proficua ed intensa educazione familiare parallela.

Trovo giusto che le contribuzioni assicurative per le casalinghe non siano estese alle lavoratrici, che pure svolgono lavoro domestico, infatti quest'ultime godono già di uno stato di lavoratore riconosciuto e tutelato.

Per quanto riguarda l'indennità di degenza ospedaliera a favore delle lavoratrici autonome, la cosa mi trova perplesso. Infatti se posso concordare sui principi in generale, non vedo quale attinenza abbia l'argomento con l'obiettivo primario della legge.

Le altre questioni, quali la pensione alle casalinghe, la prosecuzione della volontaria ecc. mi trova concorde, ma conscio che le cose vanno fatte in conformità alle risorse che senz'altro andranno riferite.

Liglio ai miei principi autonomistici, trovo corretto che le provvidenze vengano erogate, tenendo conto dei bisogni delle popolazioni trentine, quindi ben venga il deterrente all'opportunistica immigrazione, 4 anni di residenza mi sembra un requisito minimo per rendere seria l'applicazione dell'iniziativa.

La nostra mozione, che recitava: "per i motivi in premessa evidenziati, il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige impegna la Giunta regionale ad adoperarsi con tutti i mezzi disponibili ed a farsi carico dell'impegno relativo affinché il disegno di legge del Competente Assessorato regionale, in materia di riconoscimento del lavoro delle casalinghe e della conseguente copertura previdenziale ed assicurativa, sia discusso e portato a buon fine nel più breve tempo possibile."

Siamo all'inizio del 1992 e credo che la cosa possa essere fattibile e la maggioranza sia compatta per portare a termine questo disegno di legge in queste giornate di Consiglio regionale.

Tutto il resto sono chiacchiere da corridoio, i voti si prendono se si ha merito e chi non li ha il cittadino non lo voterà.

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz **Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordneter.

Der Nächste auf der Rednerliste ist der Abg. Taverna.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, Consigliere.

Il prossimo iscritto a parlare è il cons. Taverna.

Ha la parola.

TAVERNA: Signor Presidente, cari colleghi, mi pare necessario a questo punto riprendere una parte delle argomentazioni, che sono state illustrate nel corso della discussione generale, anche perchè la stessa si è sviluppata ormai diverse settimane fa e quindi è probabile che in questo contesto un po' confuso sia necessario riprendere il bandolo della matassa.

Sul piano politico e sulle ovvie considerazioni che a questo piano si debbono pur riferire, il MSI-DN ritiene di dover, a questo punto, giustificare non tanto la sua presenza, quanto soprattutto il suo impegno diretto a considerare questo disegno di legge n. 68 nella sua cornice più naturale.

Questo disegno di legge, che ha per titolo: "Interventi in materia di previdenza integrativa", essendo stimolato dalla Carta costituzionale ed in particolare dagli artt. 29 e 31 della Costituzione, ha come obiettivo - il MSI-DN lo ha indicato nella sua relazione di minoranza - di determinare, in un panorama politico sempre più decadente, in un panorama sociale sempre più degradato, in un panorama culturale sempre più deteriorato, la necessità al richiamo di valori, che per il MSI costituiscono patrimonio inalienabile, non solo del popolo italiano, ma di qualsiasi popolo civile.

Allora proprio nel confronto e nello scontro, perchè in questa occasione è palpabile lo scontro in atto non soltanto all'interno di questa Assemblea legislativa, ma è in atto uno scontro anche al di fuori del palazzo circa l'urgente necessità di ricondurre verso uno sbocco logico, di recuperare quei valori di cui prima facevo riferimento, quei valori che costituiscono per una civiltà che non voglia ancora dichiararsi decaduta, la necessaria conclusione circa una prospettiva rivolta al futuro e alle prossime generazioni, nei confronti delle quali tutti noi dobbiamo concorrere a determinare non soltanto un nuovo clima, ma soprattutto a rivolgere un messaggio che sia di speranza, positivo, di comunità, soprattutto rivolto al recupero di quei valori tradizionali, fondamentali, inalienabili di cui le società sane si fanno evidentemente vanto.

Ecco allora perchè in quest'aula e al di fuori si fa sempre più forte lo scontro tra due contrapposte idee. Una idea che si riconosce nel messaggio progressista e una che si riconosce invece nel messaggio tradizionale, un'idea che si riconosce nella civiltà del benessere e del consumismo e quindi dell'egoismo e una che si riconosce nel messaggio della solidarietà e della comunità. Un messaggio che si riconosce soltanto ed esclusivamente nella capacità e nella volontà del singolo di dover assolvere egoisticamente alle proprie necessità vitali e biologiche, contrapposto invece ad un messaggio che si riconosce nella necessità di preservare una comunità, che trova soprattutto nella parte più riconoscibile che costituisce la premessa alla società e allo Stato, nella parte rappresentata cioè dalla famiglia.

Ecco perchè allora ci sono queste due opposte idee, c'è il confronto e lo scontro su queste idee, c'è lo scontro tra due concezioni della vita, c'è lo scontro tra due concezioni dello Stato e della società e noi del MSI-DN ci riconosciamo nell'idea tradizionale, insuperabile, nella idea attraverso la quale la comunità si fonda da un lato sulla società e per la società sulla famiglia e dall'altro trova il proprio riconoscimento giuridico in uno Stato che abbia valore e significato etico, perchè è convinto di dover non solo interpretare la società e le spinte che da questa provengono, ma perchè questo Stato che ha la convinzione di rappresentare anche la morale e la eticità e di essere interprete della società e della comunità, non può ignorare che di fronte al dilemma individuo o comunità, il MSI e quindi la sua concezione circa

lo Stato e la società, non può rivolgere la sua attenzione verso la tutela della comunità e della famiglia, rispetto alla tutela dell'individuo inteso come atomo, come elemento a sè stante, come parte disintegrata della società e della famiglia, come numero, inteso quindi in senso marxista.

Onorevoli colleghi, signor assessore, la posizione del MSI, in base all'emendamento che è stato proposto, non può che essere di netto rifiuto. Abbiamo considerato con estrema attenzione il disegno di legge nella sua interezza, al di là e al di fuori delle code che questo disegno di legge ha avuto nel corso del suo iter, lo abbiamo considerato sulla base dell'esperienza di questi lunghi anni che dal 1945 ad oggi hanno rappresentato un'inversione di tendenza, abbiamo considerato questo disegno di legge come la doverosa necessità ad una risposta civile e sociale, di cui la gente si rende conto in questo particolare momento e contingente storico. Non ci nascondiamo dietro ad un facile ottimismo, siamo convinti che queste problematiche sono difficili, perchè costituiscono una inversione di tendenza rispetto ad una cultura basata sul consumo e sul supermercato.

Siamo ancorati invece ad una visione della vita e della società e quindi dello Stato che si sappia rappresentare attraverso le comunità dalle istituzioni storicamente affermatesi nel corso dei secoli, istituzioni che rappresentano nel solco della tradizione della nostra Italia e che sono rappresentate da un lato dal municipio e dall'altro dalla chiesa ed in mezzo al municipio e al campanile è sempre esistita nel corso della nostra storia, nel corso fisico della nostra realtà umana e sociale la piazza, cioè il luogo di incontro degli uomini che costituiscono la comunità del comune e la comunità parte integrante della patria.

Queste sono le considerazioni che appartengono ad una visione di destra del mondo, ad una visione della vita e della società e dello Stato che sono tipiche della cultura di destra, una cultura che proprio in questi recentissimi tempi sta accentuando con sempre maggior vigore la propria presenza sullo scenario politico e culturale di questa Europa sconvolta dalla guerra civile, che l'ha vista protagonista negli anni '40 a seguito del conflitto mondiale, ma che vede oggi questa Europa capace di essere ancora momento propulsivo nei confronti della civiltà e del mondo, concezione che mi sta particolarmente a cuore ed è una visione culturale e politica di cui noi del MSI siamo particolarmente fieri e orgogliosi di rappresentare ed è una concezione del mondo e della vita che, di fronte alle macerie di cui il mondo marxista e comunista ci ha lasciato testimonianza diretta e fisica, nel momento in cui il 31 dicembre del 1991 noi della destra abbiamo visto gioire, nel momento in cui la bandiera rossa con la falce e martello è stata ammainata dal più alto pennone del Cremlino, proprio in quella occasione, in cui una religione atea della vita, della politica e dell'economia ha lasciato dietro di sè soltanto ed esclusivamente delle macerie, nel momento in cui ad Occidente non si è riusciti, neppure tenendo conto che quella civiltà occidentale, che si riconosce nella politica e nell'economia intese soprattutto come soluzione ai problemi economici e fisiologici dell'uomo, a riconoscere i problemi spirituali, quelli che non sono toccabili, quelli che rispondono ad esigenze superiori che non siano quelle, pur importanti ma non assolute del corpo, rispetto alle esigenze dello spirito.

Proprio di fronte a questo conflitto tra due mondi, noi del MSI-DN siamo fieri di riconoscerci in quella scelta che vede innanzitutto privilegiare la comunità, la solidarietà, l'uomo rispetto ad altri obiettivi che rispondono a concezioni meramente edonistiche e materialistiche della vita.

Signor Presidente, onorevoli colleghi, se si deve rispondere al quesito, se dobbiamo prendere posizione rispetto al conflitto esistente, se dobbiamo prendere posizione rispetto a concezioni che sono antitetiche anche in quest'aula, in questa giornata confusa e per certi versi faticosa, noi sicuramente siamo dalla parte di coloro che intendono manifestare con fierezza e con orgoglio e con estrema chiarezza una scelta di campo che a questo punto diventa ineludibile, che non può consentire a chiacchierata tatticismi di bassa lega.

A questo proposito mi sia consentita una parentesi polemica nei confronti di un partito, che è parte integrante di questa maggioranza e che trova espressione fisica nella Giunta regionale, il PSI che oscillando come la politica del pendolo, da un opposto all'altro, opta per l'altro campo, per l'altra soluzione, in questo conflitto prende le parti di quella concezione della vita, della società e della comunità che si riconoscono in una parte ormai superata, sopravvissuta, sia sul piano culturale che politico, in una parte sopravvissuta che trova ancora la capacità di qualche colpo di coda perchè le posizioni intellettuali di certi esponenti del mondo culturale italiano non si sono ancora resi conto che ormai rappresentano unicamente la conservazione, non si sono resi conto che stanno rappresentando e combattendo una battaglia perduta già nelle premesse e soprattutto nelle conclusioni.

Signor Presidente, signor assessore, onorevoli colleghi, il MSI di fronte a questo emendamento soppressivo dell'art. 1 non può che dichiarare la propria contrarietà, ritenendo di doversi con questa dichiarazione non già porsi al riparo di qualsiasi interesse di tipo elettorale e quando il Presidente della Giunta regionale ci ha cortesemente interpellato circa l'impegno politico che lui stesso ha ritenuto opportuno di dover prendere con le forze di opposizione e quindi anche con la nostra, vale a dire di sospendere la discussione di questo disegno di legge n. 68, perchè questo provvedimento poteva avere come principale motivo di scontro non già le tematiche di cui mi sono occupato nel corso del presente intervento, ma soprattutto avere un'unica preoccupazione, vale a dire quella elettorale, ebbene noi abbiamo unitariamente inteso rispondere al Presidente della Giunta regionale che non siamo affatto preoccupati di un motivo elettorale, a noi non interessa nulla di ricevere qualche decina di voti in più o in meno, rispetto invece al significato altamente politico che la battaglia su questo disegno di legge impone.

Abbiamo risposto al Presidente della Giunta regionale in termini molto chiari e precisi che il MSI-DN, condividendo l'impostazione politica, di carattere etico-morale, di carattere legislativo che il disegno di legge n. 68 comprende e riunisce e sintetizza, abbiamo riaffermato la nostra volontà comunque di continuare la discussione del medesimo non preoccupandoci affatto di questioni meramente elettorali, anzi abbiamo ribadito al Presidente della Giunta regionale che il MSI-DN, così come ha fatto nel momento in cui ha redatto la relazione di minoranza, come ha fatto nel momento in cui il sottoscritto ha avuto l'onore di parlare a nome del MSI a favore dei principi ispiratori del disegno di legge n. 68, ebbene in questo momento ribadiamo e sottolineiamo due esigenze che ci sembrano non eludibili.

La prima esigenza è che questa legge possa essere gestita attraverso una convenzione con l'Istituto Nazionale della Previdenza Sociale e quindi siamo contrari alla formulazione dell'art. 2 del disegno di legge; l'altro motivo di contrarietà consiste nel requisito quadriennale di residenza per poter usufruire delle prestazioni e per poter accedere agli istituti giuridici che il disegno di legge n. 68 propone alla società, alla collettività, alla comunità residente nella Regione Trentino-Alto Adige.

Questi due momenti di conflittualità, di contestazione e di critica costituiscono per la posizione del MSI una condizione irrinunciabile, affinché il MSI non aderisca ad una strategia di tipo ostruzionistico, ma perchè il MSI-DN è fermamente convinto che le articolazioni di cui all'art. 2 del disegno di legge n. 68, ma soprattutto in relazione al famigerato requisito della residenza quadriennale per poter accedere agli istituti giuridici, discriminando allora lo stato di bisogno, il diritto oggettivo e soggettivo dei residenti, al di là e al di sopra di qualsiasi requisito temporale per la loro residenza, proprio in questi due momenti la posizione politica del MSI si differenzia nei confronti della posizione che è stata codificata dalla Giunta regionale, attraverso il disegno di legge n. 68.

A queste domande, che sono rimaste ancora in larga misura inevase, a queste

richieste che il MSI ritiene essere non già motivo pretestuoso per condurre una battaglia cieca di opposizione, ma costituiscono invece la possibilità e la capacità di superare dalla opposizione le difficoltà e le situazioni oggettive nei confronti di una maggioranza, che anche in questa occasione ha dimostrato di essere in una condizione di estrema confusione e di scollamento, se è vero come è vero che una parte di essa, che si riconosce nel PSI, ci ha visto pochi istanti fa testimoni di un intervento critico nella sostanza, una posizione di assoluta contestazione, che si è resa più evidente dai contatti che si sono tenuti al di fuori dell'aula, che si è resa manifestamente contraria all'impostazione della Giunta, soprattutto laddove si è dimostrato e si è provato come il PSI ritenga questa legge come fumo negli occhi.

Proprio in questo momento di scollamento, di confusione e di contraddizione, che esiste all'interno della Giunta e della maggioranza, si aggiunge un altro momento di confusione e di contraddizione proprio per le posizioni del SVP, del PSI, addirittura di una fetta della DC, che nella sostanza è contraria, affinché l'iter di questo disegno di legge possa trovare una sua logica conclusione in un clima di normalità e serenità, proprio in questa occasione l'azione del MSI può essere preziosa e soprattutto l'adesione del MSI può essere ancor più preziosa, affinché il disegno rivolto a spostamento della discussione di questo disegno di legge, all'indomani del 5 di aprile debba seriamente essere sconfitto.

Oggi ci troviamo di fronte ad una scelta di responsabilità, alla necessità di decidere, alla necessità di assumere tutte intere le proprie rispettive responsabilità.

Noi del MSI queste responsabilità ce le stiamo assumendo, le abbiamo assunte, dichiarate e apertamente consegnate al dibattito di questa assemblea, le abbiamo pubblicamente sostenute nel corso dei nostri interventi.

Signor Presidente, arrivo alla conclusione del mio intervento, il MSI voterà contro l'emendamento teso all'abrogazione dell'art. 1. Ha presentato per la verità altri emendamenti che considera migliorativi rispetto al testo presentato, ma questa posizione è volta a contribuire al miglioramento della legge e quindi in questo caso ed in questo senso deve essere interpretata.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Taverna.

Die nächste Rednerin ist die Abg. Zendron.

Bitte, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Taverna.

Iscritta a parlare è la cons. Zendron.

Prego, cons. Zendron.

ZENDRON: Con la mancanza di inflessibilità e l'incapacità di arrivare ad un confronto serio su questa legge, ci avete costretti a discutere adesso questo provvedimento in queste condizioni, che non mi sembrano fare onore nè a chi propone la legge, nè a questo Consiglio e neppure alla gente che sta fuori da quest'aula ed ha delle difficoltà a capire perchè si è arrivati ad un punto simile.

Prima di iniziare a fare le mie osservazioni su questo emendamento, voglio permettermi una parentesi che forse non è seria come il resto, ma che non può essere dimenticata. E' rivolta e riferita a quanto detto poco fa dal cons. Casagranda, il quale ci ha fatto capire come questa legge sia fatta per le vostre mogli, che devono consolare i loro mariti quando tornano a casa e devono sostenerli moralmente e che per questo hanno diritto ad avere, da parte della società, una remunerazione, anche se molto piccola, fatto il dovuto confronto con il reddito del cons. Casagranda, evidentemente con questa cifra lui si illude...

(interruzione)

ZENDRON: Penso che questa sia un'interpretazione abbastanza brutale, anche se vi faccio presente che qui ci sono delle donne politiche che quando arrivano a casa hanno anche la consolazione della loro famiglia, ma certamente non nella forma servizievole che il cons. Casagranda ha detto essere l'ideale di famiglia che ognuno si aspetta. Evidentemente la scarsa rappresentanza femminile di quest'aula può addirittura far pensare che in fondo l'ideale è un uomo che si sacrifica, lavora nelle cave, raccoglie soldi di qua e di là, poi trova una moglie servizievole da pagarsi da tutti gli altri, anche dalle donne che devono andare a lavorare perchè non possono essere mantenute dai mariti.

Questa è un'interpretazione brutale, però devo dire che mi sembra che in qualche maniera non sia del tutto un'interpretazione arbitraria rispetto a determinate illusioni e cose non dette, ma fatte capire e che questa legge può evocare.

Questo l'ho voluto dire perchè mi sembra ci siano tante cose intorno a questa legge che ne fanno una cosa diversa da quella che può significare, non ultima questo modulo distribuito nel giornale "Insieme" predisposto dall'assessore proponente questa legge, in cui chiede alla gente di firmare, mettere l'indirizzo, modulo con l'intestazione: "Condivido con quanto contenuto nel disegno di legge n. 68: Interventi in materia di previdenza integrativa, ritenendo urgente la sua approvazione quale concreta iniziativa a sostegno della famiglia", scritto tutto in caratteri maiuscoli la parola famiglia e poi lo si manda, anche se non completo, spedito alla segreteria dell'assessore presso il palazzo della Regione in via Gazzoletti n. 2 a Trento.

Stamattina dicevo ai colleghi trentini: voi parlate sempre di correttezza l'uno con l'altro, a me sembrerebbe che sarebbe meglio smettere di parlare di correttezza e buona fede e magari praticarla un po' di più, perchè sappiamo che abbiamo le nostre idee diverse e dobbiamo accettare che queste vengano democraticamente discusse, poi la maggioranza ha la maggioranza e la minoranza ha la minoranza, mi sembra che questo già sia una cosa che dà strumenti sufficienti a far vincere la maggioranza fino a quando ne avrà i numeri.

Quindi non mi sembra che sia il massimo della democrazia e della correttezza usare questi metodi.

Questo è l'ultimo metodo che è stato usato, poi sono state usate le lettere, richieste scritte ecc. e credo questo non sia una cosa giusta. Qui parliamo di cose molto serie e concrete, degli interessi di tante persone e soprattutto di tante donne e che quindi non è giusto usarne un parte giocandole contro le altre, soprattutto quando a fare questo sono i politici, che poi si aspettano che la legge serva per renderli più amati in famiglia.

Dopo questa premessa intervengo in merito all'emendamento dell'art. 1.

Credo siano da prendere sul serio delle cose dette dai nostri colleghi e cioè quanto detto dal collega Benedikter sulla competenza, quando mette in dubbio che la Regione abbia la competenza in questa materia. Ho già avuto modo di spiegare a fondo qual è la mia posizione, non perfettamente coincidente con quella del collega Benedikter, però penso che la sua opinione sia da prendere molto sul serio, perchè può portare la legge ad essere bocciata a Roma e allora quando si guardano i tempi, gli interessi ecc., c'è quasi da pensare che qui si faccia anche un gioco poco rispettoso verso le persone per le quali si dice di lavorare, preparando una legge che ha dei contenuti, che di per sé possono portarla ad essere bocciata nell'esame in sede governativa.

Questo lo dico anche per quell'emendamento che inserisce il riferimento all'art. 31 della Costituzione e sono anche perplessa, perchè questo poteva essere benissimo un riferimento da usare come argomentazione per sostenere il proprio appoggio alla legge, o

almeno ad una sua parte, però non certamente può essere considerato serio come supporto legislativo su cui fondare gli obiettivi. E' una cosa poco credibile, perchè lì si fa riferimento ad un sostegno alla famiglia, quando in realtà i soggetti a cui ci si riferisce, che godranno di questi interventi, non sono esclusivamente all'interno della famiglia, ci sono i liberi professionisti, i coltivatori diretti, c'è tutta una serie di soggetti che non sono esclusivamente la famiglia.

Quindi la presenza di questo riferimento all'articolo della costituzione può essere addirittura la causa per cui la legge viene respinta e questo inserimento è stato fatto dalla maggioranza. Quindi questo è un elemento importante.

In questo emendamento all'art. 1, che chiede l'abrogazione, si dice che si istituiscono forme di previdenza in materia di protezione dei lavoratori sia dipendenti che autonomi e questo è solo parzialmente vero, se poi andiamo a guardare le varie misure che sono state previste, la tutela della disoccupazione involontaria in questa legge non è vera, è una promessa per una prossima legge, però sappiamo che quanto contenuto in una legge deve essere tutto lì, non si possono indicare degli obiettivi solo perchè questo fa il suo bell'effetto, senza poi che questi obiettivi siano realizzati attraverso misure contenute nella legge stessa, attraverso gli articoli della stessa legge.

Si dice anche: "le misure di protezione dei lavoratori nei casi di maternità", anche questa è solo una parte della verità, noi sappiamo che solo in alcuni casi ci sono degli interventi a sostegno della maternità, mentre altri casi sono stati esclusi. Su questo devo dire che sono state fatte tante proposte in Commissione e devo dire che c'è stata una chiusura completa da parte della Giunta e dei proponenti il disegno di legge.

Un ultimo elemento tra gli obiettivi è la tutela del lavoro casalingo e anche questo ritengo che non sia in realtà vero, qui si tutela il lavoro delle persone casalinghe, ma non il lavoro casalingo; questo viene svolto anche da persone che non sono esclusivamente occupate nell'attività a casa, ma anche da quelle persone che lavorano fuori casa.

Devo dire che ho molto apprezzato l'intervento del cons. Duca, che ha fatto riferimento a questa inchiesta che c'è stata da parte di una Commissione legislativa sulle nuove povertà, in cui è stata individuata una fascia di persone secondo criteri scientifici. In Sudtirolo non abbiamo una Commissione simile, la nostra Giunta parte dal presupposto di sapere già tutto, non ha bisogno di fare indagini, quindi possiamo solo fare riferimento alla parte di inchiesta fatta in Trentino.

Credo che il cons. Duca abbia messo in rilievo e quello che è interessante è l'imbarazzo di un partito di governo come quello socialista, rispetto ad una legge che va contro a quella che è la maturazione rispetto a questo tipo di problematica all'interno dello Stato italiano e anche della Comunità europea.

Quali problemi ci sono in questa legge? Questa legge ha due problemi fondamentali, il primo è di mancanza di giustizia rispetto ai veri bisogni che non sono stati individuati e rispetto ai quali non si pone come un intervento per sanare delle situazioni individuate attraverso uno studio come situazioni abbisognevole di un particolare e specifico intervento e questa è una cosa sulla quale abbiamo insistito e sono stati apportati dei miglioramenti in Commissione, riteniamo che ci sia ancora l'esclusione di soggetti troppo importanti perchè noi possiamo darvi un assenso.

In un articolo apparso oggi su un settimanale sudtirolese c'è un interessantissimo schema in cui ognuna delle misure previste da questo pacchetto famiglia vengono individuati chi riceve i soldi, per che cosa, quanto riceve, quanto deve pagare per questo e poi chi non riceve niente e la lettura di chi non riceve è molto interessante, perchè corrisponde esattamente a qualcuno di quei soggetti che sono stati citati dai cons. Tonelli e Duca come i soggetti delle nuove povertà.

Voglio citare l'esempio dell'indennità di maternità in cui si dice che non ricevono soldi le lavoratrici dipendenti che normalmente ricevono, durante la loro assenza per maternità, l'80% dello stipendio. Ad esempio una parrucchiera che guadagna 850 mila lire al mese riceverebbe solamente 3,4 milioni, quindi di meno di quanto non sia previsto nella nostra misura.

Una cosa che è stata notata in questa inchiesta riguarda la prima applicazione della legge; non è previsto infatti il caso della donna con un figlio, all'entrata in vigore di questo provvedimento. Altro gruppo escluso sono le straniere e coloro che non sono residenti da più di 4 anni nella nostra regione.

Non voglio leggermi misura per misura, però quella che potrebbe essere la conclusione la troviamo nel titolo di questo articolo che dice: "Un premio per la signora del ceto medio" e penso che ci sia una buona parte di verità.

Questa legge interviene in questo modo, senza le correzioni che sono state proposte per togliere le manifestazioni più evidenti di questa volontà, interviene a sostegno non della famiglia, ma solo di un tipo particolare di famiglia.

Noi siamo favorevoli che si intervenga con legislazione sulla materia familiare, pensiamo che questo disegno di legge, nel modo con cui viene presentato e con queste misure sia portatore più di ingiustizie che di interventi di aiuto alle persone più deboli. Pensiamo che così non sia una proposta che si possa sostenere e crediamo che ancora l'unico modo serio per affrontare questa materia sia quello di discutere in Commissione il secondo pacchetto famiglia, che contiene delle misure più accettabili, fra le quali anche la pensione alle casalinghe, che è stata usata come specchio delle allodole per mobilitare l'opinione pubblica, che però qui non c'è ed arrivare ad aprire un confronto serio e rispettoso con quelle che sono opinioni diverse su questa materia, ma a mio parere anche piuttosto rispettabili, visto che qui vengono sostenute dalla maggioranza delle donne presenti in questo Consiglio.

So che non vi interessa, ma lo voglio ripetere perchè mi sembra che non sia una cosa irrilevante, anche se qui sembra avere sempre poco rilievo.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat jetzt der Abg. Franceschini.

Ich muß zwischendurch sagen, daß ihr schon zum Abänderungsantrag zum Art.

I reden müßt.

PRESIDENTE: Grazie.

La parola al cons. Franceschini.

Devo richiamare la Vs. attenzione sul fatto che gli interventi devono essere inerenti all'emendamento all'art. 1.

FRANCESCHINI: Il problema della famiglia ha delle origini antichissime, signor Presidente, ed a buon titolo parla uno che ha una madre casalinga e che ha visto in tutti questi anni le difficoltà che le casalinghe hanno nella loro quotidianità.

E' veramente importante trattare il primo articolo, perchè è fondamentale, di questo disegno di legge regionale n. 68 del 1991, il quale ha delle problematiche intrinseche notevolmente superiori a quello che le prospettive di ognuno di noi si aspetterebbe.

Il problema della famiglia ha delle origini antichissime e possono essere anche freschissime per chi si è appena sposato e il problema si ripresenta anche per quelle coppie che convivono. Infatti noi partiamo sempre dal presupposto di parlare di una famiglia istituzionalizzata, cioè sposata e il più delle volte in chiesa, invece bisogna parlare anche di

quelle famiglie, come la mia, che si sono sposate solo in Municipio.

Per conto mio l'articolo deve essere modificato e ristrutturato nella sua interezza per quelle famiglie che ufficialmente famiglie non sono, sono le cosiddette famiglie di fatto, cioè due soggetti che non avendo scelto di sposarsi civilmente o in chiesa vivono di fatto assieme. Allora che ne è di quella casalinga che vive sotto lo stesso tetto e che però non è sposata?

Comunque il mio tiro non è orientato a questa prospettiva assessore, è orientato alle recenti polemiche di Bologna, le famiglie dei gay, perchè è importante discutere di queste possibilità che ci sono in queste situazioni. Come a Bologna hanno assegnato la casa a due persone di sesso maschile o due persone di sesso femminile, penso che anche in questo caso bisogna concedere l'assegno...

(Risate)

(Unterbrechung – interruzione)

PRÄSIDENT: Kollege Franceschini, wir reden über den Abänderungsantrag zum Art. 1 und der lautet: "Der Art. 1 soll aufgehoben werden".

PRESIDENTE: Collega Franceschini, stiamo discutendo l'emendamento all'art. 1 che recita: "L'art. 1 è soppresso."

(Unterbrechung – interruzione)

FRANCESCHINI: Presidente, per far capire il perchè viene abolito l'art. 1 e per dare il mio voto di approvazione o meno, devo far capire perchè sono contrario a questa abolizione.

Di fatti c'è il recentissimo problema delle coppie gay, sia di sesso maschile che di sesso femminile e mi chiedo per paradosso se il "Bistecca" convivesse con un altro "Bistecca", perchè l'altro "Bistecca" non può avere diritto all'assegno? Con quale criterio si dice quello non ha diritto!

Con tutta questa confusione, Presidente, non riesco ad esprimermi bene...

PRESIDENTE: Non è del tutto innocente consigliare!

FRANCESCHINI: Il mio presupposto è che o la pensione viene data a tutti i soggetti che convivono sotto un unico tetto ed un unico letto, altrimenti non capisco perchè debbano esserci queste disparità. Voi la mettete sul ridere, però a Bologna hanno assegnato, giustamente a mio avviso, degli appartamenti a delle persone che per una loro libera scelta hanno deciso di vivere assieme, maschi o femmine che siano.

Io mi pongo questo problema: l'assessore Morandini è d'accordo di dare la pensione al casalingo convivente di un altro casalingo? L'assessore Morandini...

(interruzione)

FRANCESCHINI: Pertanto se lei ufficialmente, in quest'aula, conferma che due gay o due lesbiche conviventi hanno diritto alla pensione, sono d'accordo allora di votare l'articolo...

(interruzione)

FRANCESCHINI: Per me è fondamentale questo concetto! Lei dice che non c'entra niente, ma vorrei vedere per ipotesi se domani mattina – io vivo felicemente con una donna – decidessi di vivere con l'assessore Morandini, l'assessore Morandini riceverebbe la pensione da casalingo perchè convive con Franceschini?

(interruzione)

FRANCESCHINI: Presidente, all'art. 1...

(Unterbrechung – interruzione)

PRÄSIDENT: Kollege Franceschini, entweder Sie reden jetzt zum Thema oder ich nehme Ihnen das Wort. Das ist die letzte Mahnung.

PRESIDENTE: Cons. Franceschini o Lei rimane in argomento oppure devo toglierLe la parola. L'avverto per l'ultima volta.

(Unterbrechung – interruzione)

FRANCESCHINI: Se lei adesso mi leva la parola ed io sto esprimendomi sul primo concetto, è molto opinabile che dica che sono fuori dall'argomento, perchè sto parlando di famiglie e se la mettiamo su questo punto – non voglio fare ricatti – parlerò ogni volta su tutti gli altri emendamenti, che sono 500, perchè sto parlando della famiglia e non di agricoltura o di montagna.

Se poi, Presidente, i miei concetti lei li accetti o meno, siano ostruzionistici o no, mi permetta che a lei, signor Presidente, non deve interessare nulla!

In questo momento sto parlando di problemi di famiglia e che poi esprima delle sciocchezze o meno, non sono fuori argomento e non mi faccia parlare in fretta, perchè amo parlare lentamente.

Questo era un quesito che avevo posto per il problema di dare il mio voto favorevole o meno all'emendamento e all'articolo in oggetto.

I problemi sono anche di una incompetenza della competenza, ovvero sappiamo che nel corso delle audizioni delle Commissioni legislative competenti del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige, sono state fatte delle valutazioni di legge sulla materia, se questa risulta di natura previdenziale, oppure assistenziale. Per conto mio questo disegno di legge non è nè previdenziale, nè assistenziale, ma clientelare.

Poco fa ho telefonato a mia madre, casalinga da sempre, e le ho chiesto: mamma che ne dici del problema, poiché fin da quando ero piccolo tu dicevi che ci vorrebbe la pensione alle casalinghe e lei ha risposto: no, non è giusto che ci sia la pensione alle casalinghe così com'è concepita!

Mia madre ha fatto la scelta di fare la casalinga in quelle condizioni, mi ha allevato, concepito, educato, vestito...

(interruzione)

FRANCESCHINI: No, prima mi ha allevato e poi mi ha concepito! E' lì il nocciolo della questione! E mi ha detto: tu devi batterti perchè l'art. 1 non sia approvato a meno che

l'assessore e la Giunta non scendano nel merito di certi emendamenti costruttivi che vengono proposti, diversamente tu figlio mio porta avanti questa battaglia, che non è ostruzionistica, perchè l'ostruzionismo non è ancora iniziato...

PRESIDENTE: Consigliere, fino ad un attimo fa è stato dichiarato da tutte le parti che ostruzionismo non c'è.

FRANCESCHINI: No, non c'è, infatti non è una forma ostruzionistica, perchè ostruzionismo è quando uno sta dieci giorni a parlare da solo su un determinato problema. Noi stiamo facendo un discorso di merito, di contenuto.

Comunque le lacune vanno riempite, ma non riempite con i concetti espressi dal cons. Casagrande, il quale è intervenuto a favore di sua moglie...

CASAGRANDE: Non ho mai nominato mia moglie!

FRANCESCHINI: Il problema non deve essere impostato come lo vede il cav. Casagrande, perchè lui porta avanti gli interessi della moglie, mentre personalmente rappresento semmai gli interessi di mia madre, visto e appurato che mia moglie, essendo lavoratrice, non ha diritto alla pensione delle casalinghe.

Si deve compiere uno sforzo per ampliare le nostre vedute, cioè non chiuderle, perchè se noi ci chiudiamo nella concezione che abbiamo di questa legge e di questo articolo falliremo.

Dobbiamo sforzarci di fare una scelta di intervento complessivo nella società, non dobbiamo ridurci a pensare alla pensione delle casalinghe, dovendo tenere presente anche la pensione dei maschiotti, che è già prevista dalla legge ed infatti questo sarà fonte di approfondita discussione nel proseguo di questo disegno di legge.

E' giusto ed opportuno che ci sforziamo di analizzare a fondo il provvedimento e penso che questa legge sia di importanza prioritaria, tant'è che il Presidente del Consiglio ha previsto già per la prossima settimana una nutrita serie di sedute, proprio per permettere ad ogni singola forza politica di analizzare i primi 500 emendamenti finora presentati, ma che sicuramente si potranno arricchire di altri contenuti, questo solo per far capire meglio il contenuto dell'articolo 1 e del titolo.

Il titolo è fondamentale, perchè quando ognuno di noi compera un libro si basa sul titolo a prescindere dai contenuti, io ad esempio mai comprerei un libro che parla di agricoltura, mentre se parla di pacchetto famiglia è evidente che il contenuto del libro parla di pacchetto famiglia e mi appassionerebbe moltissimo.

La famiglia, così come è strutturata nella nostra legislazione europea, è di vitale importanza per mantenere i buoni rapporti tra le nazioni, infatti se nelle famiglie ci sono buoni rapporti tra nazioni e nazioni, tra famiglie e famiglie non ci sarebbero i conflitti, sia etnici che di carattere culturale. Se noi abbiamo una famiglia che si comporta bene con un'altra famiglia di un'altra nazione tutti ci amiamo.

Pertanto anche il problema della famiglia nell'ambito regionale ha la sua importanza, perchè se la famiglia del cons. Negherbon della val di Sole litiga con la famiglia dell'assessore Leita che è della val di Non viene fuori una gran confusione.

E' importante che le famiglie si ognuno di noi si comportino come tutte le sante famiglie, non a caso la religione cattolica parla di sacra famiglia, la famiglia è un pilastro, è un monumento e l'assessore Romano, che con così grande attenzione mi sta ascoltando, sa benissimo quanti e quali difficoltà di ordine previdenziale ci sarebbero allorquando questo

articolo venisse approvato.

Oggi nella pagina del giornale "Alto Adige" dedicata al pianeta previdenza l'assessore Romano, tra le righe, ci ha spiegato il perchè questo articolo così come fatto non va bene ed ha motivato dicendo che, se avete dei problemi di interpretazione dovete scrivere alla posta di Francesco Romano e lui vi risponderà. Non a caso l'assessore Romano è ben disposto nei prossimi interventi a dare un proprio contributo costruttivo alla legge, anche perchè può sembrare un paradosso, ma sarei contento, assessore Morandini, di firmare la sua petizione e di inviargliela presso la sua segreteria, perchè con estremo interesse io, abbonato a quella rivista, ho ricevuto l'apposito modulo, nel quale c'è scritto: "Condivido quanto contenuto nel disegno di legge n. 68: 'Interventi in materia di previdenza integrativa', ritenendo urgente la sua approvazione quale concreta iniziativa a sostegno della famiglia", nome, cognome e indirizzo e poi questo modulo molto simpatico dice: i moduli firmati, anche se non completi vanno staccati e spediti alla segreteria dell'assessore Morandini nell'ufficio della Regione.

Al limite per un'iniziativa privata si utilizza la segreteria della Regione!

(interruzione)

FRANCESCHINI: Ho detto che è simpatico. Però il problema è che se io, Presidente della Giunta, devo apporre la mia firma sul modulo che ha fatto l'assessore Morandini, devo essere prima di tutto convinto della giustizia dell'art. 1, altrimenti ho delle perplessità, che cerco di capire nel proseguo che avremo di questa legge nei prossimi mesi.

A mio avviso questo provvedimento ha pur sempre un iter estremamente tranquillo e facile, perchè non è una legge nella quale è stato dichiarato l'ostruzionismo, perchè 500 emendamenti non vuol dire fare ostruzionismo, ma vuol dire portare il proprio contributo costruttivo, affinché la legge sia migliorata per il bene della nostra collettività regionale, che come sappiamo è composta dalle due Province.

La scelta di coinvolgere eventuali associazioni culturali, storiche, religiose e sportive, perchè fare l'amore è anche sport, ha una loro importanza...

(risate)

FRANCESCHINI: Abbiamo letto che anche in Unione Sovietica per 5 rubli hanno fatto un atto sessuale nella metrò a Mosca, penso che anche le associazioni sportive debbano avere un proprio ruolo. Infatti una famiglia si crea allorquando viene concepita per mezzo della attività sessuale, sulla quale nei prossimi interventi potrò esprimere le motivazioni a carattere sessuale che impediscono la realizzazione di certi articoli e di certe prese di posizione su questo disegno di legge, che vuol fare rispecchiare un modello di donna ad uso e consumo dell'assessore Morandini, perchè mai come in questo caso l'assessore Morandini utilizza la donna quale strumento propagandistico ed elettorale.

Non tutte le donne però, perchè molte si sono espresse contro questo articolo, dichiarando che non è concepibile portare avanti un articolo, il quale è la negazione assoluta dell'assoluto che non c'è.

Penso che, per le perplessità che sono state evidenziate quest'oggi dall'assessore e da tutta quella serie di interventi, il più qualificante dei quali è stato quello del cav. Casagrande a favore di sua moglie, noi non possiamo nella maniera più assoluta approvare questo articolo.

In questi cinque minuti che mancano al termine del mio intervento, cercherò di sforzarmi di capire ad alta voce del perchè non sono convinto totalmente della validità di questo

articolo 1, un articolo piccolissimo, che più piccolo non si poteva, in cui si dice che non si può proporre nel proseguo dei prossimi articoli un articolo iniziale così mal strutturato nel testo licenziato dalla Commissione legislativa, tramite il proprio Presidente, quando ha predisposto la relazione il 3 ottobre 1991.

Anche per quanto sono stato portato a conoscenza dalla brillantissima collega Zendron, che ha seguito il disegno di legge, non posso dare soddisfazione all'assessore Morandini, ma la devono dare soltanto ai conss. Zendron e Chiodi, la quale cons. Chiodi ha portato anche delle modifiche strutturali, molecolari a questo disegno di legge, che però geneticamente è stato strutturato in maniera errata, perchè si fa presto a parlare di molecole ed atomi per far capire come è stato realizzato questo articolo, che è stato fatto con estrema superficialità, senza analizzare le origini antichissime della famiglia.

Signor Presidente e cari consiglieri, spero che con l'apporto dei 70 colleghi nelle prossime settimane ci possano essere ulteriori momenti di confronto, che senz'altro non mancheranno, almeno per quanto riguarda la nostra forza politica, che è fresca, energica ed ha capacità e fascino, nel portare avanti questo disegno, che oggi come oggi è solo un disegno e noi vogliamo che diventi un bell'acquarello, essendo insufficiente per questo consesso regionale un semplice disegno.

Se dobbiamo arrivare ad approvare gli interventi in materia di previdenza integrativa, dobbiamo capire se si tratta di previdenza o di assistenza, questo è un problema che sta non poco preoccupando la nostra formazione politica, che nell'apposita Commissione aveva chiaramente espresso una propria valutazione di merito e di contenuto, per quanto riguarda l'interesse di questo progetto legislativo regionale.

Pertanto facendo una brevissima pseudo-dichiarazione di voto, non posso approvare questo emendamento all'art. 1, lo posso semplicemente combattere con l'arma democratica, che è quella di dire che voterò contro, perchè ritengo che votare a favore di questa legge significherebbe una valutazione positiva.

PRÄSIDENT: Danke!

Ich wollte folgendes sagen, meine Damen und Herren Abgeordnete: Heute Vormittag habe ich den Regionalrat seriös gebeten, ohne irgend jemandem einen Vorwurf zu machen: Natürlicherweise unter Ausschöpfung aller Rechte und Pflichten im Regionalrat, möge man allen Abgeordneten, den Oppositionsvertretern und jenen, die die Abänderungsanträge eingebracht haben, und denen, die den Gesetzentwurf eingebracht haben, die Möglichkeit geben, daß das Gesetz hier diskutiert und zur Abstimmung kommt. Das ist ein Recht, das allen zusteht und das ich auch dann verteidigen werde, wenn es von der Opposition kommt, genauso wie ich es verteidigen will, wenn es von der Mehrheit kommt. Dieses Recht haben alle. Man kann natürlicherweise alles zerreden und zu Tode reden und so wird es zur Zeit gemacht. Da darf mir niemand mehr erzählen, wie es heute Vormittag geschehen ist, daß das nicht Obstuktionismus ist. Zumindestens die letzte Stellungnahme war darauf aufgerichtet, einfach zu reden, die Zeit totzuschlagen. Ich habe das beim Art. 1 etwas großzügiger durchgehen lassen, weil der Art. 1 auf den Verfassungsartikel über die Familie bezug nimmt und somit im Prinzip jede Stellungnahme zur Familie im allgemeinen auch in großzügiger Auslegung darunter fallen wird. Das wird in den zukünftigen Artikeln nicht mehr der Fall sein.

Aber, meine Herrschaften, bitte übernimmt jeder für seinen Teil die Verantwortung von dem, was aus diesem Regionalrat wird. Damit möchte ich heute abschließen.

Ich gebe dem Antrag vom Kollegen Ferretti statt, der mich gebeten hat, die Sitzung früher zu beenden, um seine Gruppe einzuberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. Morgen ist um 10.00 Uhr wieder Regionalrat.

PRESIDENTE: Grazie!

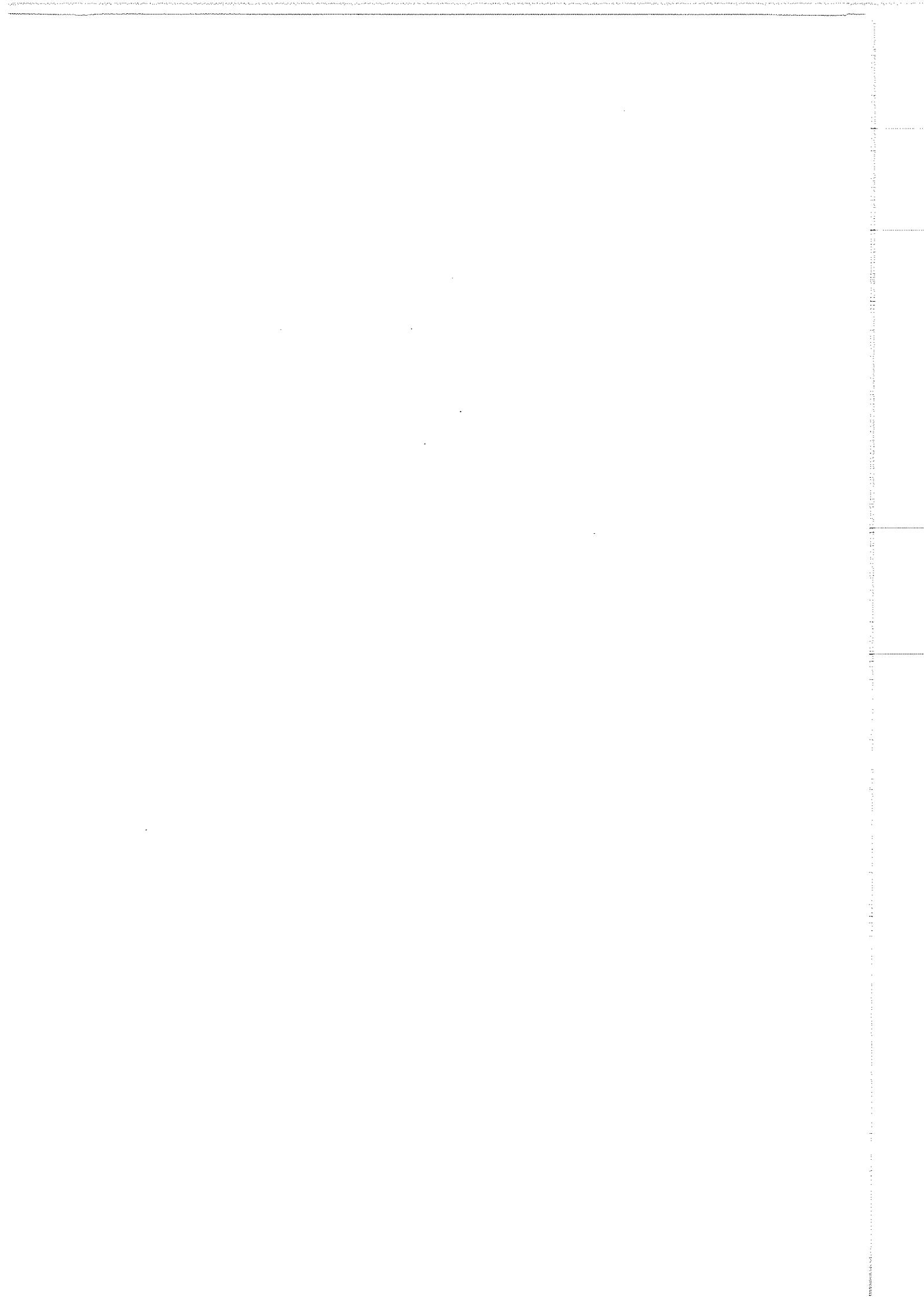
Signori Consiglieri, consentitemi: questa mattina avevo rivolto un serio appello al Consiglio regionale, senza rimproverare nessuno. Usufruendo naturalmente di tutti i diritti previsti in Consiglio regionale avevo detto che si sarebbe data la possibilità di discutere la legge e porla in votazione a tutti i Consiglieri, sia ai rappresentanti dell'opposizione che a quelli che hanno presentato gli emendamenti o il disegno di legge. Questo è un diritto che spetta a tutti e che difenderò in ogni caso, sia se verrà esercitato dall'opposizione che dalla maggioranza. Questo diritto spetta a tutti. Naturalmente, parlando troppo, si può anche nuocere e questo è quello che sta accadendo. Nessuno può più venirmi a raccontare, come è successo questa mattina, che questo non è ostruzionismo. Quantomeno l'ultimo intervento è stato fatto tanto per parlare, per ammazzare il tempo. All'art. 1 sono stato un po' più tollerante, in quanto l'art. 1 fa riferimento al dettato costituzionale sulla famiglia e quindi in linea generale tutti gli interventi possono rientrare nell'ordine di un'interpretazione elastica del concetto. Ma con i prossimi articoli questo non si verificherà più.

Signori Consiglieri, ognuno di voi risponda di quanto succederà in questo Consiglio. E con questo per oggi abbiamo concluso.

Accolgo la richiesta del collega Ferretti, il quale mi ha chiesto di chiudere prima la seduta in quanto deve convocare il suo gruppo.

La seduta è tolta. Il Consiglio è riconvocato per domani mattina alle ore 10.00.

(Ore 17.32)



ALLEGATI





CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE

REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

X Legislatura - Anno 1991

Bolzano, 10 dicembre 1991

N. 96/X

Al Signor
Presidente del Consiglio regionale

I N T E R R O G A Z I O N E

Nel bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1992 e piú specificatamente al capitolo 610 concernente "Interventi a favore di Enti, Associazioni e Comitati per l'incremento dell'attività istituzionali" sono iscritte per l'anno 1991 previsioni di spesa pari a 250.000.000 di Lire.

Presupponendo che circa la metà della somma di 250.000.000 di Lire venga assegnata alla Provincia di Bolzano, il sottoscritto Consigliere regionale interroga il Presidente della Giunta regionale per sapere:

- 1) quanti e quali Enti, Associazioni e Comitati della Provincia di Bolzano (si prega di specificare la relativa denominazione) hanno presentato domanda al fine di ottenere, nell'anno 1991, un contributo previsto dal sopra citato capitolo di spesa;
- 2) a quanti ed a quali Enti, Associazioni e Comitati (si prega di specificare la relativa denominazione) é stato assegnato un contributo per l'anno 1991, di che importo e per quale attività;
- 3) nel caso in cui non sia stata accolta la domanda di contribuzione presentata da Enti, Associazioni e Comitati si prega di specificare quali essi siano e con quale motivazione ciò é avvenuto.

A termine di Regolamento chiedo risposta scritta nell'ambito dei termini previsti.

f.to: IL CONSIGLIERE REGIONALE
Dott. Alfons Benedikter

Pervenuta alla Presidenza
del Consiglio regionale in
data 13 dicembre, prot. n. 4231



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

X. Gesetzgebungsperiode - 1991 Bozen, 10. Dezember 1991

Nr. 96/X

An den Herrn
PRÄSIDENTEN DES REGIONALRATS
BOZEN

A N F R A G E

Im Haushaltsvoranschlag für die Finanzierung 1991, sind im Kap. 610 Ausgaben zugunsten von Körperschaften, Vereinigungen und Komitees zur Förderung ihrer institutionellen Tätigkeiten vorgesehen.

In der Annahme, daß von den vorgesehenen 250 Millionen Lire ungefähr die Hälfte für die Provinz Bozen ausgegeben werden sollen, ersucht der unterfertigte Regionalratsabgeordnete den Präsidenten des Regionalausschusses um folgende Informationen:

1. Wieviele und welche Körperschaften, Vereinigungen und Komitees, bitte namentlich auflisten, haben aus der Provinz Bozen für das Jahr 1991 um einen Beitrag, bezugnehmend auf obengenanntes Ausgabenkapitel 610 angesucht?
2. Wieviele und welche Körperschaften, Vereinigungen und Komitees, bitte namentlich angeben, haben für das Jahr 1991 einen Beitrag, in welcher Höhe und für welche Tätigkeit, zugewiesen erhalten?
3. Im Falle von Ablehnung von Beitragsleistung: welchen Körperschaften wurde mit welcher Begründung die Beitragsleistung nicht gewährt?

Mit der Bitte um fristgerechte Beantwortung

gez.: DER REGIONALRATSABGEORDNETE
Dr. Alfons Benedikter

Beim Präsidium des Regionalrats
am 13. Dezember 1991 eingegangen,
Prot. Nr. 4231

Regione Autonoma Trentino - Alto Adige

IL VICE PRESIDENTE - SOSTITUTO DEL PRESIDENTE

Autonome Region Trentino - Südtirol

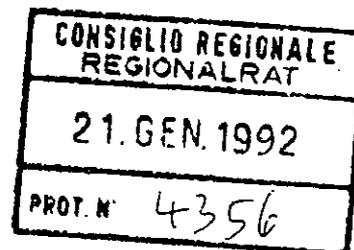
DER VIZEPRASIDENT - STELLVERTRETER DES PRASIDENTEN

Bolzano, 17/1/1992

Al Presidente del
Consiglio regionale
Sig. dott. Oskar PETERLINI
S e d e

e, p.c.

Al Consigliere regionale
Sig. dott. Alfons BENEDIKTER
S e d e



OGGETTO: risposta all'interrogazione nr. 96 del
10/12/1991.

In riferimento all'interrogazione in oggetto si conferma che l'importo totale previsto nel cap. 610 è stato suddiviso al cinquanta per cento per interventi relativi alla provincia di Trento e al cinquanta per cento alla provincia di Bolzano. Si allega alla presente l'elenco completo dei richiedenti per l'anno 1991, specificando l'ammontare del contributo concesso. Non è stato possibile soddisfare tutte le domande in quanto in numero eccedente le disponibilità del capitolo. Ammettere al contributo tutte le richieste avrebbe significato ridurre gli importi a livelli generalmente non compatibili con le singole esigenze. Nell'individuazione delle domande da ammettere al contributo si è cercato di privilegiare quelle presentate per la prima volta oppure coloro che non avevano ottenuto il contributo negli ultimi anni, rispetto alle iniziative già ripetutamente premiate. Sono state inoltre escluse domande multiple di uno stesso ente e quelle non pertinenti con le finalità del cap. 610.

- Sandro Pellegrini -



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

Bozen, 17. Jänner 1992

Prot. Nr. 4356 Reg. Rat
vom 21. Jänner 1992

Herrn
Präsidenten des Regionalrates
Dr. Oskar PETERLINI

und zur Kenntnis:

Herrn
Dr. Alfons BENEDIKTER
Regionalratsabgeordneter

Betrifft: Beantwortung der Anfrage Nr. 96/X vom 10.12.1991

Mit Bezug auf die oben erwähnte Anfrage teile ich Ihnen mit, daß der im Kapitel 610 ausgewiesene Betrag im gleichen Ausmaß (50%) zwischen den Provinzen von Trient und Bozen aufgeteilt wurde.

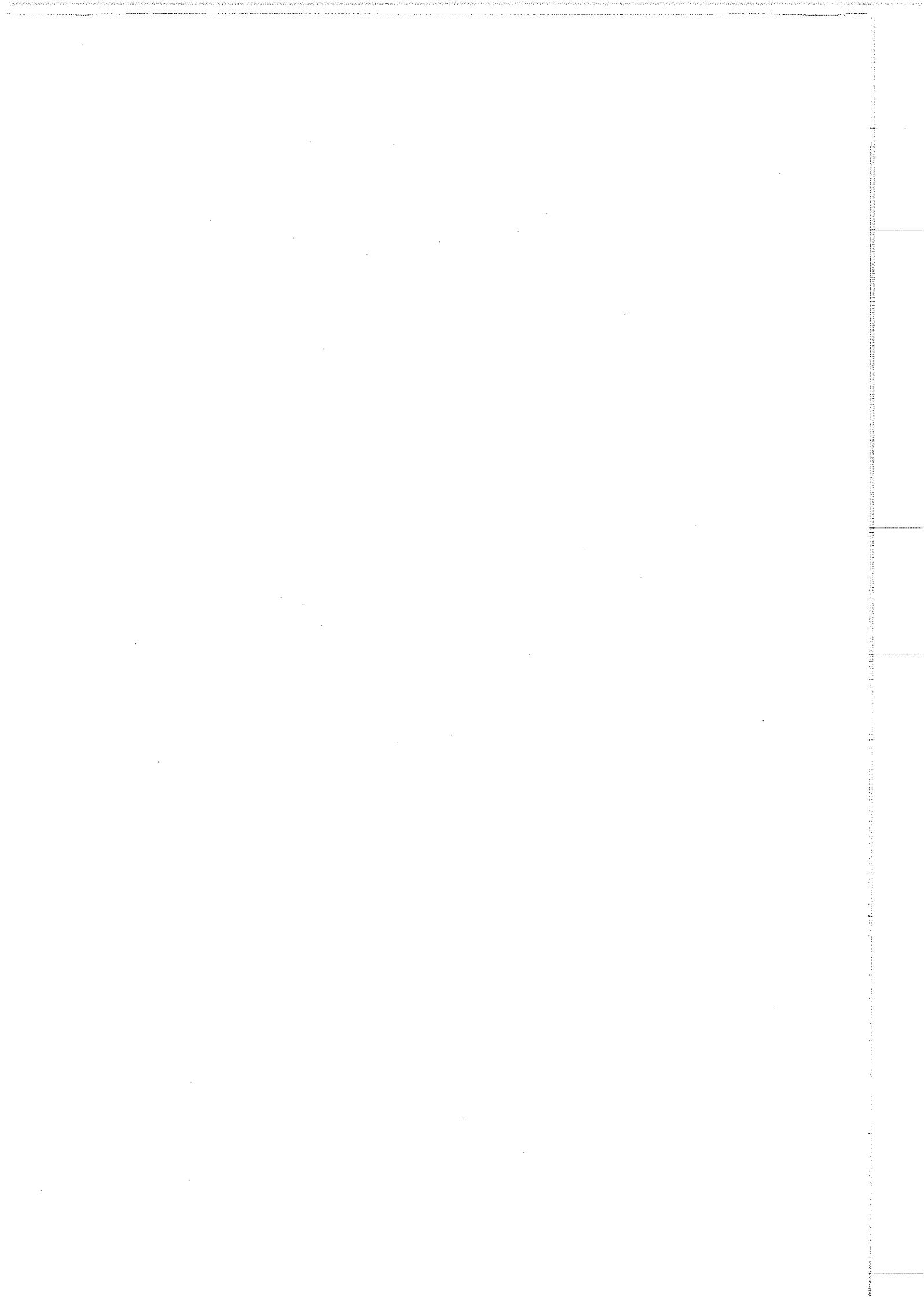
Diesem Schreiben lege ich ferner die vollständige Auflistung der Antragsteller für das Jahr 1991 mit der Angabe der gewährten Beiträge bei. Es war jedoch nicht möglich, alle Gesuche zu bewilligen, da die bereitgestellten Geldmittel nicht zur Deckung der entsprechenden Ausgaben ausreichend gewesen wären.

Hätte man allen Antragstellern einen Beitrag gewährt, so hätte man die Höhe derselben dermaßen einschränken müssen, daß sie nicht mehr den einzelnen Bedürfnissen gerecht geworden wären.

Bei der Gewährung der Beiträge hat man jene Gesuche bevorzugt, die zum ersten Male eingereicht oder in den vergangenen Jahren abgelehnt worden sind. Es sind ferner mehrere, von einer einzigen Körperschaft eingereichte Gesuche abgelehnt worden sowie jene, die nicht mit der Zielsetzung des Kap. 610 im Einklang standen.

- Sandro Pellegrini -

DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI	ATTIVITA' PER LA QUALE SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO	IMPORTO DEL CONTRIBUTO
CIRCOLO CULTURALE MICOLOGICO NATURALISTICO LAIVES	Organizzazione conferenze e mostre micologiche. Escursioni in montagna.	NON CONCESSO
E.V. SPORTMANN S.G. BOLZANO	Organizzazione varie attivita' sportive di pattinaggio.	NON CONCESSO
CORALE SAN MICHELE DI BRES- SANONE	Attivita' culturale e musicale	NON CONCESSO
LIA DI CIAMBONFS VAL GARDENA - SELVA VAL GARDENA	Organizzazione XVIII. marcia di Luis Trenker ad Ortisei	NON CONCESSO
SOCIETA' MOTOR'S SPORTING LAIVES BOLZANO	Organizzazione gara sociale in estate.	NON CONCESSO
ASSOCIAZIONE NAZIONALE MUTI- LATI ED INVALIDI CIVILI - BOLZANO	Attivita' sociale e di sostegno agli invalidi civili.	NON CONCESSO
GRUPPO ANA DI SILANDRO	Attivita' sociale e partecipazio- ne a gare nazionali di sci e tiro a segno.	NON CONCESSO
GRUPPO PARROCCHIALE PER LA "SBIGOLADA" DI PINETA DI LAIVES	Organizzazione della "Sbigolada" a Pineta di Laives.	NON CONCESSO
VKE - ASSOCIAZIONE CAMPI GIOCO E RICREAZIONE - BOLZANO	Organizzazione di manifestazioni inerenti alla Giornata del Bambi- no.	NON CONCESSO
ASSOCIAZIONE SPORTIVA ATHLE- TIS BOLZANO	Organizzazione 35. edizione del Meeting Internazionale di atleti- ca leggera.	NON CONCESSO



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

JEUNI DE MUJIGA DE GHERDEINA
- ORTISEI

ASSOCIAZIONE ARMA DI CAVAL-
LERIA A.N.A.C.- BOLZANO

UNUCI - UNIONE NAZIONALE UF-
FICIALI IN CONGEDO D'ITALIA
- BOLZANO

SOCIETA' CICLISTICA ULTRA-
GAS-CHRISTIA-COLNAGO - BOL-
ZANO

ASS. TEAM ASSISTENTI ODONTO-
IATRICHE
BOLZANO

CENTRO PROV.LE ALTO ATESINO
DI CULTURA FISICA E SPORT -
MERANO

CONCORSO PIANISTICO INTERNA-
ZIONALE F. BUSONI - BOLZANO

ASS. ORNICOLTORI ATESTINI -
BOLZANO

A.N.A. SEZIONE ALTO ADIGE
GRUPPO DI EGNA

Attivita' musicale.

Organizzazione manifestazioni
culturali e sportive per gli
iscritti.

Organizzazione manifestazioni
culturali e sportive per gli
iscritti.

Organizzazione e partecipazione a
varie manifestazioni sportive.

Organizzazione ciclo di conferen-
ze-aggiornamento per assistenti
odontoiatriche.

Organizzazione campionato di cal-
cio in Merano.

Organizzazione concorso pianisti-
co Busoni.

Organizzazione 27. Mostra inter-
nazionale di ornitologia in
Bolzano.

Organizzazioni feste campestri ed
escursioni in montagna.

NON CONCESSO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

S.S. LA TORRE - BOLZANO

AGESCI - ASSOCIAZIONE GUIDE
E SCOUTS CATTOLICI ITALIANI
- BOLZANO

ASSOCIAZIONI COMBATTENTISTI-
CHE E D'ARMA - BOLZANO

CONSORZIO DEI COMUNI DELLA
PROVINCIA DI BOLZANO

CORO CHIESA DEI CARMELITANI
BOLZANO

A.N.A.I. - ASSOCIAZIONE
NAZIONALE AUTIERI D'ITALIA -
BOLZANO

ARBEITSGEMEINSCHAFT ZUR
PFLEGE DES VOLKSTANZES IM
LANDESVERBAND FÜR HEIMAT-
PFLEGE IN SÜDTIROL - BOLZANO

DACHVERBAND FÜR NATUR UND
UMWELTSCHUTZ IN SÜDTIROL -
BOLZANO

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

Organizzazione 2. Festa del Cal-
cio in val di Non.

Partecipazione al pellegrinaggio
mondiale della gioventu' a
Czestochowa.

Attivita' sociale.

Spesa di traduzione simultanea in
occasione dell'assemblea generale
dei Sindaci della Provincia di
Bolzano.

Attivita' socio-musicale.

Organizzazione varie attivita'
per gli iscritti.

Organizzazione corsi di ballo po-
polare e organizzazione manifesta-
zione varie

Stampa pubblicazioni riguardanti
l'ambiente

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

NON CONCESSO



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

VERKEHRSVEREIN WENGEN

PFARRAMT PFALZEN

SINGKREIS MARIA HEIM -
BOLZANO

VOLKSTANZGRUPPE ALDEIN

PINZGAUER ZUCHTRINDERSCHAU -
VALLE AURINA

GRAUVIEHAUSSTELLUNG DER
ZÜCHTER DES PASSEIERTALES

U.S. PIANI PALLACANESTRO -
BOLZANO

GRUPPO MICOLOGICO-CULTURALE
DOLOMITI

SOCIETA' CICLISTICA VELOCE
CLUB BOLZANO

REGIONI PANORAMA - RIVISTA
TRIMESTRALE DI LETTERE E
ARTE - BOLZANO

ASSOCIAZIONE SPORTIVA CICLI-
STICA ALTOATESINA

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

Organizzazione di gare in Moun-
tain Bike

Restauro dell'organo

Attivita' culturale

Organizzazione manifestazioni po-
polari e partecipazione a concor-
si all'estero

Organizzazione mostra e premia-
zione

Organizzazione mostra e premia-
zione

Organizzazione Trofeo Internazio-
nale Momorial Mocellin e Marchet-
ti.

Organizzazione conferenze e atti-
vita' micologiche.

Attivita' sportiva.

Attivita' culturale.

Organizzazione 6. ed. della
"Ciclalonga"

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

NON CONCESSO

NON CONCESSO

NON CONCESSO

NON CONCESSO

NON CONCESSO

NON CONCESSO

L. 1.100.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 500.000

L. 600.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

SOCIETA' CICLISTICA "CENTRO
PISTA USSA FCI"

ASSOCIAZIONE SPORTIVA SCI
CLUB BOLZANO

ASSOCIAZIONE SPORTIVA A.C.
PASSIRIO MERANO

S.S. LA TORRE - BOLZANO

A.N.A.I. - ASSOCIAZIONE
NAZIONALE AUTIERI D'ITALIA -
BOLZANO

POLISPORTIVA PIANI - BOLZANO

GRUPPO SPORTIVO ALTO ADIGE -
BOLZANO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE MUTI-
LATI ED INVALIDI CIVILI -
BOLZANO

ASSOCIAZIONE ITALIANA ODON-
TOIATRIA - SEZIONE ALTO ADI-
GE - BOLZANO

Attivita' sportiva

Organizzazione della 44. ed. del
Trofeo Citta' di Bolzano.

Organizzazione 8. ed. Torneo Paul
Waldner.

Gemellaggio con squadre varie
squadre di calcio.

Attivita' sociale.

Organizzazione della XVII. Ed.
del Memorial Toni Forner.

Organizzazione gara sociale.

Organizzazione Assemblea Annuale
dei Soci.

Attivita' culturale.

L. 1.600.000

L. 600.000

L. 1.400.000

L. 500.000

L. 500.000

L. 500.000

L. 500.000

L.1.600.000

L. 700.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

ORGANISATIONSKOMITEE "INTERNATIONALES KLEINKUNSTFESTIVAL OBERVINSCHGAU" - MALLEES VENOSTA

Organizzazione Festival

L. 1.000.000

ALPENVEREIN SÜDTIROL, SEZIONE PASSIRIO

Organizzazione corsi e gite sociali

L. 500.000

ALPENVEREIN PLATT, SEZIONE SAN LEONARDO IN PASSIRIA

Organizzazione conferenze e gite sociali

L. 500.000

HANDWERKVERBAND OBERVINSCHGAU - PRATO ALLO STELVIO

Organizzazione conferenza-convegno

L. 2.000.000

KAUFLEUTEVEREINIGUNG VINSCHGAU - SILANDRO

Organizzazione conferenza-convegno

L. 2.000.000

SCHLITTSCHUHCLUB LACES

Organizzazione campionati italiani pattinaggio artistico

L. 2.500.000

SPORTCLUB LACES

Organizzazione campionati italiani birilli su ghiaccio

L. 500.000

FREILICHTSPIELE SÜDTIROL
UNTERLAND - EGNA

Organizzazione rappresentazioni all'aperto

L. 3.000.000

VERBAND SÜDTIROLER MUSIKKAPELLEN - SILANDRO

Attività culturale e musicale

L. 800.000

U.I.T.S. - UNIONE ITALIANA TIRO A SEGNO - SPORTSCHÜTZENSEKTION LASA

Organizzazione corso di Tiro a Segno

L. 1.000.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

IMPORTO DEL CONTRIBUTO

ATTIVITA' PER LA QUALE SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

FREIWILLIGE FEUERWEHR - BUR-
GUSIO

ORGANISATIONSKOMITEE FÜR DIE
ERSTE RASSEKANINCHENAUSSTEL-
LUNG - SILANDRO

ORGANISATIONSKOMITEE DER
BRAUNVIEH-GEBIETSAUSSTELLUNG
UNTERPUSTERTAL - SAN LORENZO
DI SEBATO

JAGDHORNBLÄSER VERANO

MUSIKKAPELLE NATURNO

INTERNATIONALER ORGERLWETT-
BEWERB - CALDARO

KALTERER SPORTVEREIN, SEZIO-
NE HOCKEY SU GHIACCIO -
CALDARO

SCHÜTZENKOMPANIE "ANTON
STEGE" - BRUNICO

PFARRGEMEINDERAT EGNA

SPORTCLUB MERANO

Organizzazione conferenze di pre-
venzione - informazione

Organizzazione mostra

Organizzazione mostra

Organizzazione festa sociale

Organizzazione concerto

Organizzazione III. Concorso In-
ternazionale d'Organi

Organizzazione varie manifesta-
zioni di hockey su ghiaccio

Organizzazione 11. Festa delle
Regioni Alpine

Attivita' socio-culturale

Organizzazione gara premondiale
di canoa slalom

L. 500.000

L. 500.000

L. 1.000.000

L. 600.000

L. 1.000.000

L. 2.500.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 600.000

L. 1.000.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

E.V. SPORTMANN BOLZANO

SÜDTIROLER VOKALENSEMBLE -
BOLZANO

FREIWILLIGE FEUERWEHR -
CALDARO

VOLKSTANZGRUPPE - CALDARO

KALTERER SPORTVEREIN -
CALDARO

PFARRCHOR ST. NIKOLAUS - EGNA

ORGANISATIONSKOMITEE "KAL-
TERER WEINTAGE" - CALDARO

BRIXNER INITIATIVE MUSIK UND
KIRCHE - BRESSANONE

MUSIKKAPELLE SCHABS - SCIAVES

VEREINSUND FESTKOMITEE VON
GUFIDAUN - CHIUSA

MUSIKKAPELLE INNERPFITSCH -
SAN GIACOMO DI VIZZE

Organizzazione gare di pattinag-
gio velocita'

Organizzazione concerti in Italia
e all'Estero

Acquisto di una nuova autocisterna

Viaggio all'estero e riparazione
di vecchi costumi tipici

Organizzazione manifestazione in-
ternazionali di Triathlon

Attivita' culturale

Organizzazione manifestazione

Organizzazione vari concerti e
manifestazioni

Acquisto strumenti musicali e
costumi tipici

Festeggiamenti per il 20. anni-
versario di gemellaggio con in
comune di Schwarzenbruck in
Baviera

Attivita' culturale e acquisto
nuovi strumenti

L. 1.000.000

L. 1.500.000

L. 1.000.000

L. 500.000

L. 1.000.000

L. 500.000

L. 2.000.000

L. 3.200.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

BAUERNJUGEND KURTINIG -
CORTINA a/A

MUSIKKAPELLE JENESIEN - SAN
GENESIO

MUSIKKAPELLE MÜHLWALD -
SELVA DEI MOLINI

SPORTVEREIN PFEFFERSBERG -
BRESSANONE

GEMISCHTER CHOR BRIXEN -
BRESSANONE

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
REDUCI DALLA PRIGIONIA E
DALL'INTERNAMENTO -
FEDERAZIONE DI BOLZANO

ASSOCIAZIONE ARMA
AERONAUTICA - MERRANO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
VITTIME CIVILI DI GUERRA -
BOLZANO

SOCIETA' SPORTIVA HOCKEY
CLUB BRESSANONE -

Acquisto costumi tradizionali

Organizzazione diverse manifesta-
zioni

Organizzazione diverse manifesta-
zioni

Attivita' sportiva

Attivita' culturale

Attivita' sociale

Organizzazione gemellaggio

Attivita' sociale e di sostegno

Organizzazione varie manifesta-
zioni sportive

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 800.000

L. 1.500.000

L. 1.200.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

CIRCOLO RICREATIVO CULTURALE
SPORTIVO PESCATORI OLTRISAR-
CO - BOLZANO

UNIONE NAZIONALE MUTILATI
PER SERVIZIO - U.N.M.S.
BOLZANO

UNIONE SOCIETA' SPORTIVE
ALTOATESINE - MERANO

SOCIETA' CICLISTICA "ULTRA-
GAS-COLNAGO-RISTORANTE DA
PINO-BOLZANO"

F.C. CLUB JUVENTUS BOLZANO

MUSIKKAPELLE FRANGART

TIERRETTUNGSVEREIN BOZEN -
BOLZANO

ORGANISATIONSKOMITEE EISTOCK
EUROPAMEISTERSCHAFT 92 ARGE
SCHLERNGEBIET - SIUSI

BÜRGERKAPELLE TRAMIN

SÜDTIROLER KRIEGSOPFERUND
FRONTKÄMPFERVERBAND, BEZIRK
PUSTERTAL - BRUNICO

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

Attivita' sportiva e culturale

Attivita' sociale e di sostegno

Attivita' sportiva

Attivita' sportiva

Attivita' sportiva

Attivita' culturale-musicale

Assistenza ad animali

Organizzazione campionato

Riparazione costumi tradizionali

Organizzazione gara di slittino

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

L. 1.000.000

L. 700.000

L. 500.000

L. 500.000

L. 500.000

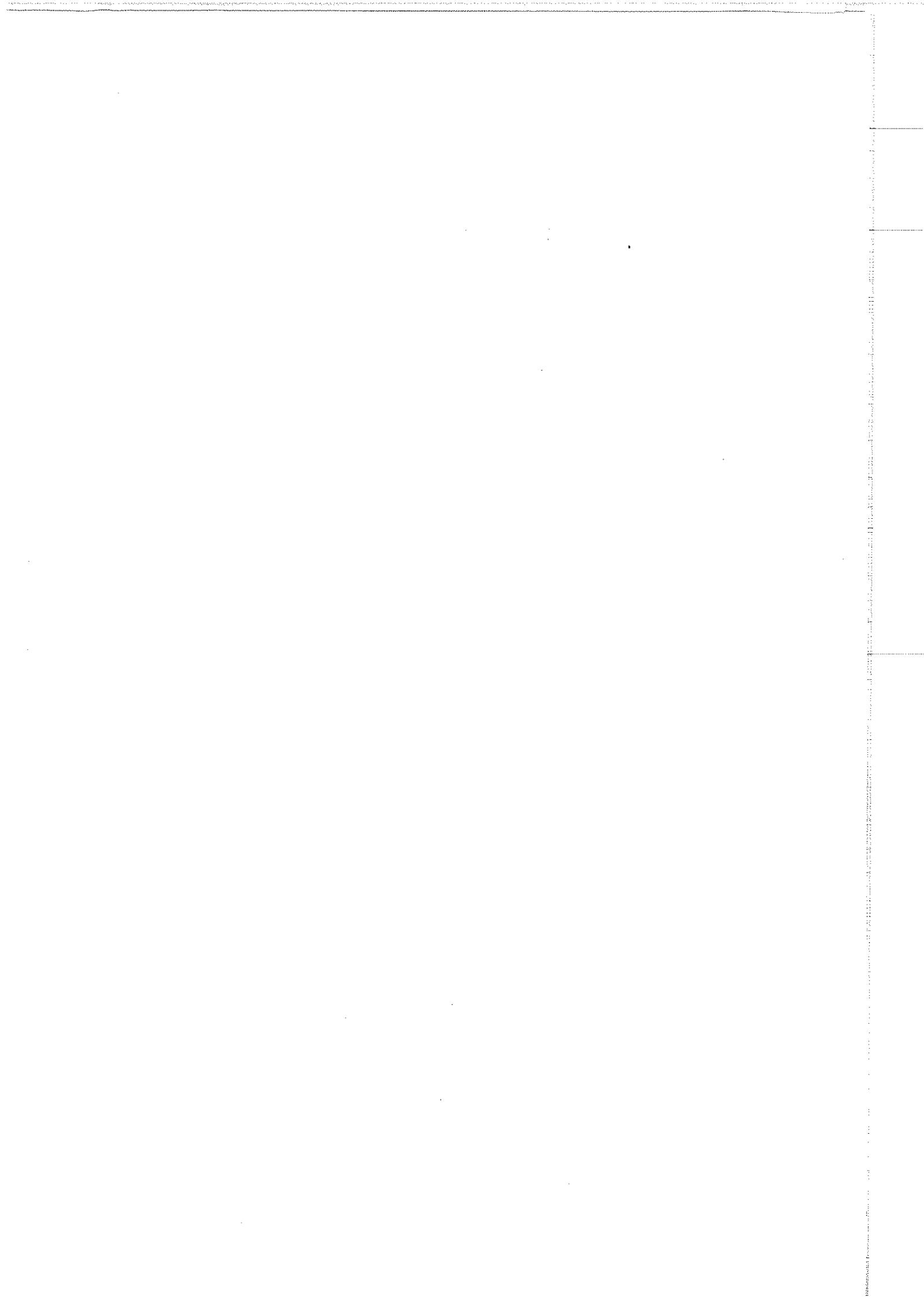
L. 1.000.000

L. 500.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 500.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

TRANSPANT SPORTCLUB SÜDTI-
ROL - ALTO ADIGE, ORA
INT. GSIESERTAL LAUF - SAN
MARTINO DI CASIES
BILDUNGSAUSSCHUSS ST.
MICHAEL/EPPAN
KATH. ARBEITERVEREINE SÜDTI-
ROLS - LANA
FREMDEVENKEHRSAMT STERZING
- VIPITENO
VOLKSTANZGRUPPE GRIES
MUSIKKAPELLE ANDREAS HOFER -
SAN LEONARDO IN PASSIRIA
BÜRGERINITIATIVE ALBIONS -
LAION
MUSIKKAPELLE TRUDEN
MUSIKKAPELLE "UNSERE LIEBE
FRAU IM WALDE" - SENALE SAN
FELICE
KIRCHENCHOR NALS - NALLES
KIRCHENCHOR NALS - NALLES

Partecipazione dello Sportclub ai
giochi mondiali di Badupest;
Organizzazione gara
Organizzazione manifestazioni
culturali;
Organizzazione manifestazioni re-
ligiose, culturali e sportive
Organizzazione varie manifesta-
zioni folkloristiche, culturali
Attivita' socio-culturale
Acquisto strumenti e costumi tra-
dizionali
Restauro chiesa
Attivita' socio-musicale
Acquisto bandiera
Organizzazione concerti di cori o
organi
Organizzazione soggiorno di studi
musicali in Nalles

L. 800.000
L. 700.000
L. 500.000
L. 800.000
L. 1.000.000
L. 500.000
L. 800.000
L. 500.000
L. 1.000.000
L. 800.000
L. 300.000
L. 300.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

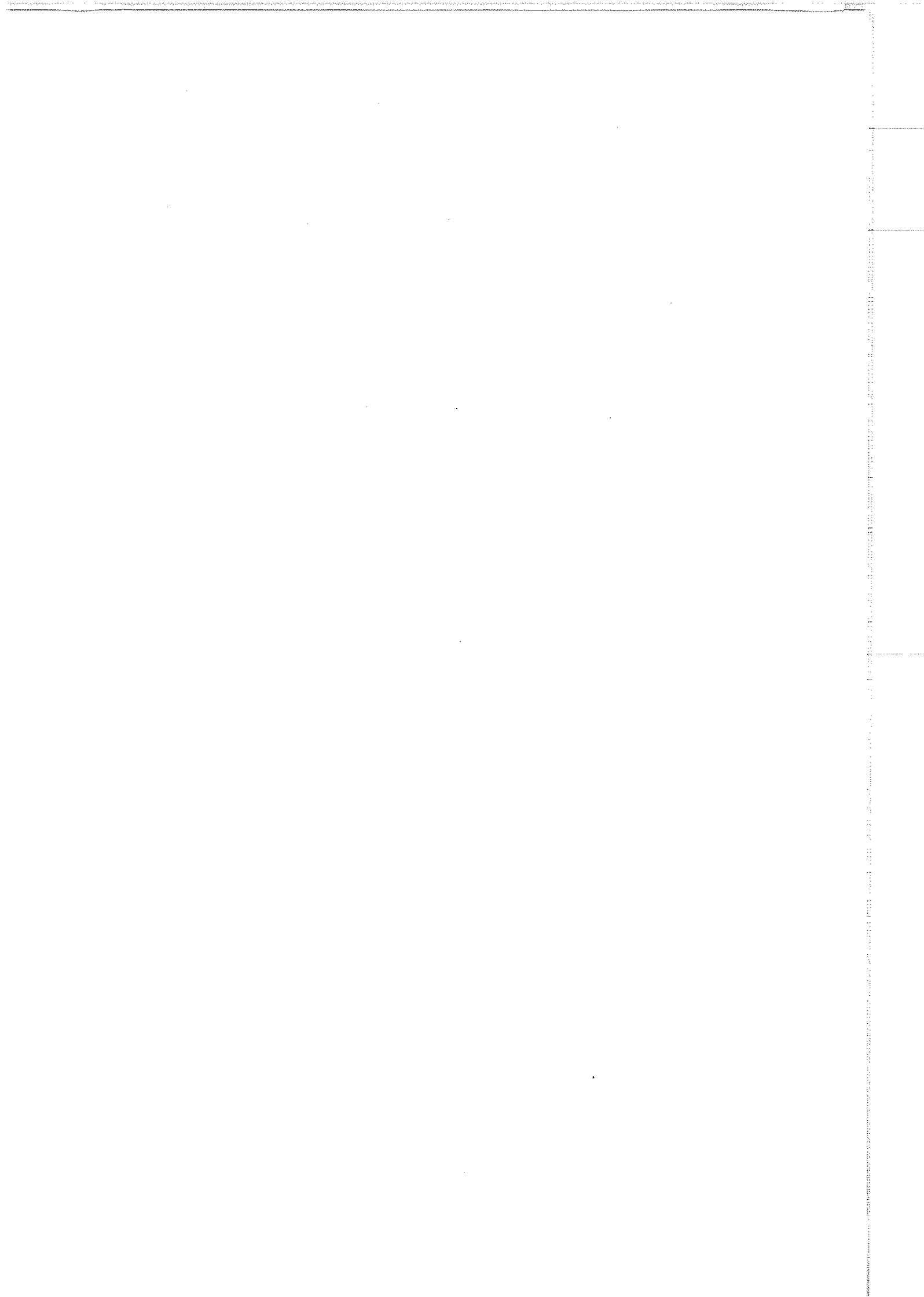
KIRCHENCHOR NALS - NALLES
 KAUFLEUTEVEREINIGUNG VINSCH-
 GAU - SILANDRO
 HANDWERKERVERBAND OBER-
 VINSCHGAU - PRATO ALLO
 STELVIO
 SPORTVEREIN LATSCH - LACES
 GENOSSENSCHAFT BILDUNGSHAUS
 SCHLOSS GOLDRAIN - COLDRANO
 FREIWILLIGE FEUERWEHR
 TSCHARS - CIARDES
 MUSIKKAPELLE GOLDRAIN-MORTER
 PFARRGEMEINDE VON GOLDRAIN -
 COLDRANO
 IMKERBEZIRK OBERVINSCHGAU -
 PRATO ALLO STELVIO
 ARBEITSGEMEINSCHAFT ZUR
 PFLEGE DES VOLKSTANZES IN
 SÜDTIROL - BOLZANO
 BÜRGERKAPELLE SCHLANDERS -
 SILANDRO

ATTIVITA' PER LA QUALE
 SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

Organizzazione concerti
 Organizzazione convegno
 Organizzazione convegno
 Organizzazione meeting di atleti-
 ca leggera
 Organizzazione conferenze e mani-
 festazioni culturali
 Organizzazione varie manifesta-
 zioni culturali
 Organizzazione festa
 Festeggiamenti per il 500. anni-
 versario della costruzione della
 Chiesa Parrocchiale
 Festeggiamenti per il 125. anni-
 versario di fondazione
 Organizzazione corsi di ballo po-
 polare
 Organizzazione viaggio in Germania

IMPORTO DEL
 CONTRIBUTO

L. 500.000
 L. 1.500.000
 L. 1.500.000
 L. 1.500.000
 L. 1.000.000
 L. 1.000.000
 L. 1.000.000
 L. 1.000.000
 L. 800.000
 L. 700.000
 L. 500.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

FAMILIENKOMMISSION DER PFAR-
RE MARIA HIMMELFAHRT - MERANO

AVS - ALPENVEREIN SÜDTIROL -
SEKTION MARTELL

SPORTVEREINS
MARTELL

VEREIN FÜR KULTUR UND
HEIMATPFLEGE PASSEIER -
PASSIRIO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI BRUNICO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI SILANDRO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI BRESSANONE

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI EGNA

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

Organizzazione incontro sulla fa-
miglia

Organizzazione gare sportive

Organizzazione gare sportive

Attivita' socio-culturale

Attivita' sociale

Attivita' sociale

Attivita' sociale

Attivita' sociale

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

L. 500.000

L. 300.000

L. 300.000

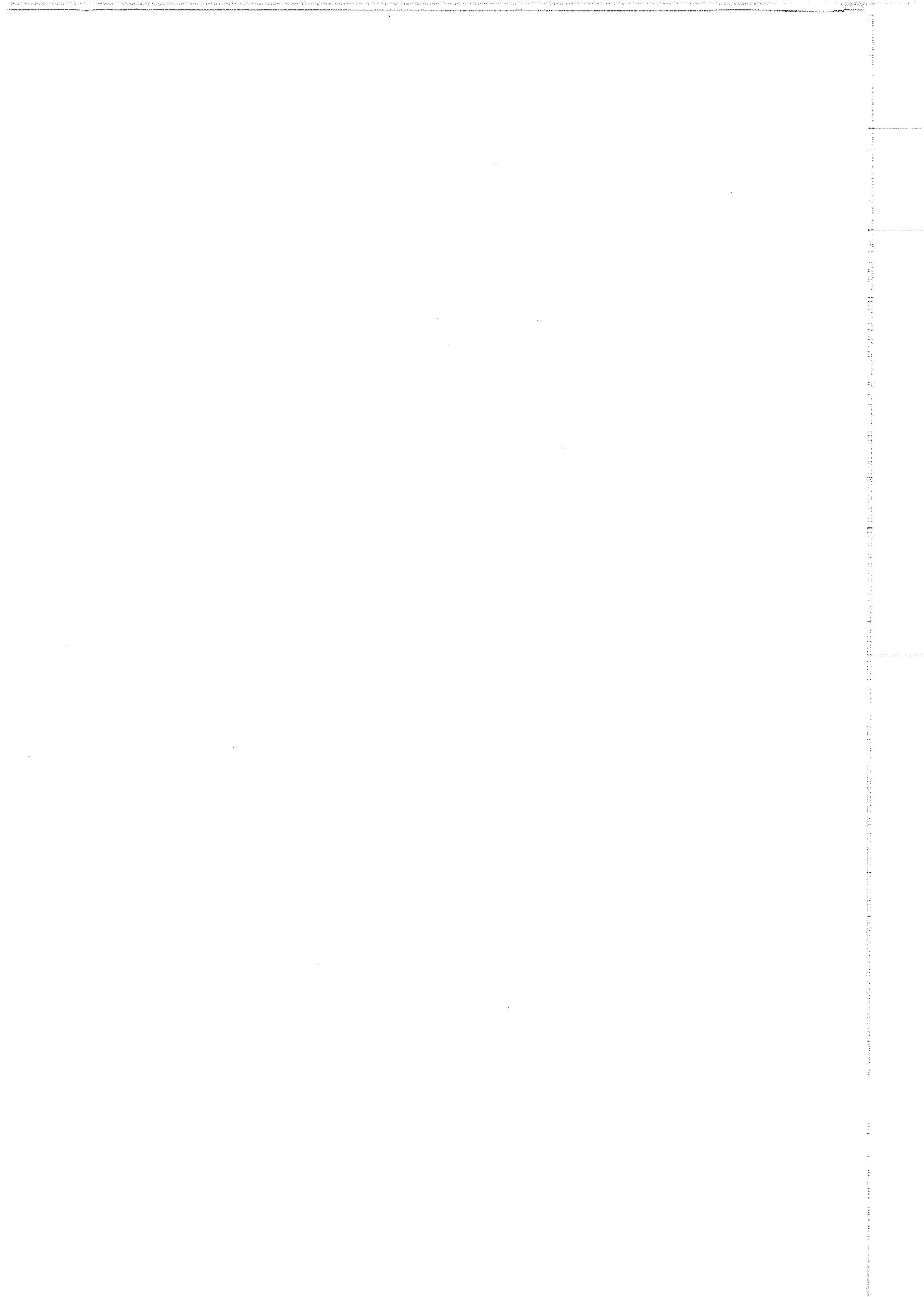
L. 300.000

L. 500.000

L. 300.000

L. 500.000

L. 300.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
FEDERAZIONE PROV.LE DI
BOLZANO

Attivita' sociale

L. 1.000.000

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI LAIVES

Attivita' sociale

L. 500.000

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI MONGUELFO

Attivita' sociale

L. 500.000

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI BOLZANO

Attivita' sociale

L. 500.000

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI FORTEZZA

Attivita' sociale

L. 300.000

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI VIPITENO

Attivita' sociale

L. 400.000

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
COMBATTENTI E REDUCI -
SEZIONE DI CAMPODAZZO

Attivita' sociale

L. 400.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE COMBATTENTI E REDUCI - SEZIONE DI MAGRE'	Attivita' sociale	L. 300.000
ASSOCIAZIONE NAZIONALE COMBATTENTI E REDUCI - SEZIONE DI RASUN ANTERSELVA VALDAORA	Attivita' sociale	L. 300.000
ASSOCIAZIONE NAZIONALE COMBATTENTI E REDUCI - SEZIONE DI ORA	Attivita' sociale	L. 300.000
ASSOCIAZIONE NAZIONALE COMBATTENTI E REDUCI - SEZIONE DI PRATO ISARCO	Attivita' sociale	L. 400.000
ASSOCIAZIONE NAZIONALE COMBATTENTI E REDUCI - SEZIONE DI SALORNO	Attivita' sociale	L. 300.000
ASSOCIAZIONE NAZIONALE EX COMBATTENTI E REDUCI DELLE FERROVIE DELLO STATO E DELLA MOTORIZZAZIONE CIVILI DI BOLZANO	Attivita' sociale	L. 500.000
U.N.U.C.I. - UNIONE NAZIONA- LE UFFICIALI IN CONGEDO D'ITALIA SEZIONE DI MERANO	Attivita' sociale	L. 300.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ASSOCIAZIONE MOTOR STAR
BOLZANO

A.I.D.O. - ASSOCIAZIONE
ITALIANA DONATORI ORGANI -
SEZIONE "MAURO ESTINI" -
MERANO

GRUPPO SPORTIVO SAVOIA -
BOLZANO

BROOMBALL MERANO

CORALE PIO X - BOLZANO

CENTRO STUDI SOCIALI "G.
PASTORE" - BOLZANO

CIRCOLO FILATELICO-NUMISMA-
TICO BRESSANONE

KURATORIUM JAKOB PHILIP
FALLMERAYER - BRESSANONE

SSV-BRIXEN - SEKTION
FUSSBALL - BRESSANONE

VIEHVERSICHERUNGSVEREIN AFERS

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

Gara internazionale di Motocross
L. 1.000.000

Attivita' sociale
L. 1.000.000

Organizzazione 23. ed. Torneo in-
ternazionale di pallacanestro ma-
schile "Coppa delle Dolomiti"
L. 1.000.000

Partecipazione campionato mondia-
le di Broomball
L. 1.500.000

Attivita' socio-musicali
L. 500.000

Attivita' culturale
L. 500.000

Organizzazione mostra internazio-
nale di filatelia PRIXNA'91
L. 1.800.000

Organizzazione Congresso
L. 1.700.000

Organizzazione torneo di calcio
con squadre austriache
L. 1.500.000

Festeggiamenti per il 25. anni-
versario di fondazione
L. 1.000.000

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

THEATERGRUPPE KULISSE BRIXEN
- BRESSANONE

O.K. EUROPAMEISTERSCHAFTEN
IM EISSTOCK - CASTELROTTO

FREIWILLIGE FEUERWEHR
MILLAND - BRESSANONE

MÄNNERCHOR NEUSTIFT - VARNA

ORCHESTERFREUNDE IM MGV
BRIXEN - BRESSANONE

MUSIKKAPELLE LAPPACH -
LAPPAGO

FREIZEIT VEREIN LAPPACH -
LAPPAGO

GRUPPO SPORTIVO NON VEDENTI
BOLZANO

MUSIKKAPELLE KURTINIG -
CORTINA

PFARRGEMEINDERAT NEUMARKT -
EGNA

KIRCHENCHOR ST. MARGARETH
SCHABS - SCIAVES

Organizzazione rappresentazioni
all'aperto

Organizzazione campionato

Organizzazione manifestazione

Attivita' musicale

Attivita' socio-musicale

Attivita' socio-musicale

Attivita' sociale

Organizzazione campionati europei
Torbali per non vedenti

Attivita' socio-musicale

Attivita' sociale

Attivita' socio-musicale

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 1.000.000

L. 800.000

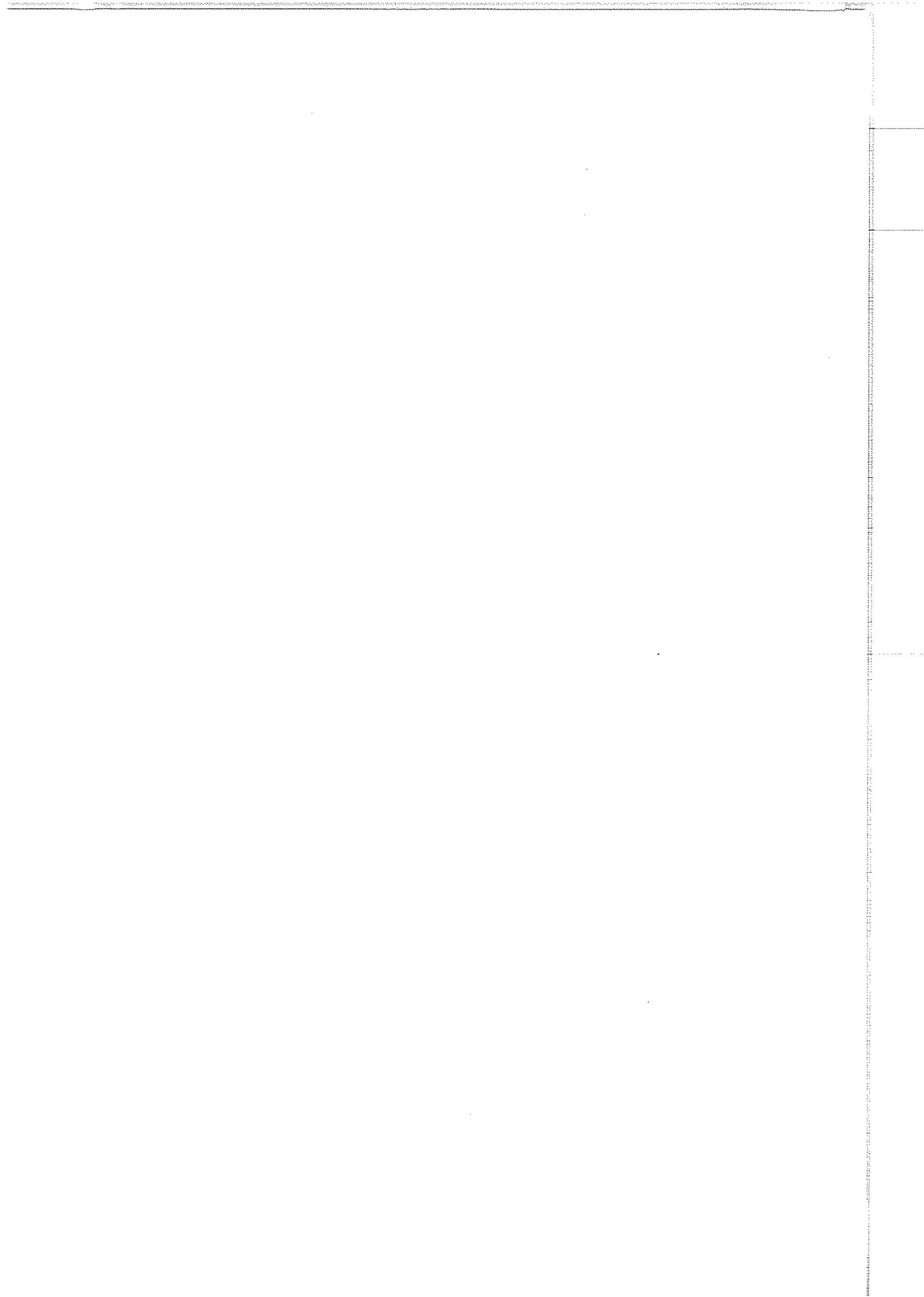
L. 800.000

L. 800.000

L. 800.000

L. 700.000

L. 500.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

SÜDTIROLER WANDERBUND BOZEN
- BOLZANO

AZIENDA DI SOGGIORNO DI
VELTURNO

ISTITUTO DEL NASTRO AZZURRO
- FEDERAZIONE DI BOLZANO -
BOLZANO

POLISPORTIVA PINETA - PINETA
DI LAIVES

GRUPPI GIOVANI DELL'INDU-
STRIA DI TRENTO, BOLZANO ED
INNSBRUCK - BOLZANO

A.S. VETERANI SPORTIVI BOCCE
- BOLZANO

CIRCOLO CULTURALE RICREATIVO
SARDO "EL. D'ARBOREA" -
BOLZANO

COMITATO ITALIANO BROOMBALL
- BOLZANO

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

Attivita' sportiva

Organizzazione concerti e manife-
stazioni varie

Attivita' sociale

Attivita' sportiva

Iniziative imprenditoriali per
giovani

Organizzazione gara sportiva

Attivita' culturale

Partecipazione ai mondiali di
Broomball in Canada

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

L. 500.000

L. 800.000

L. 800.000

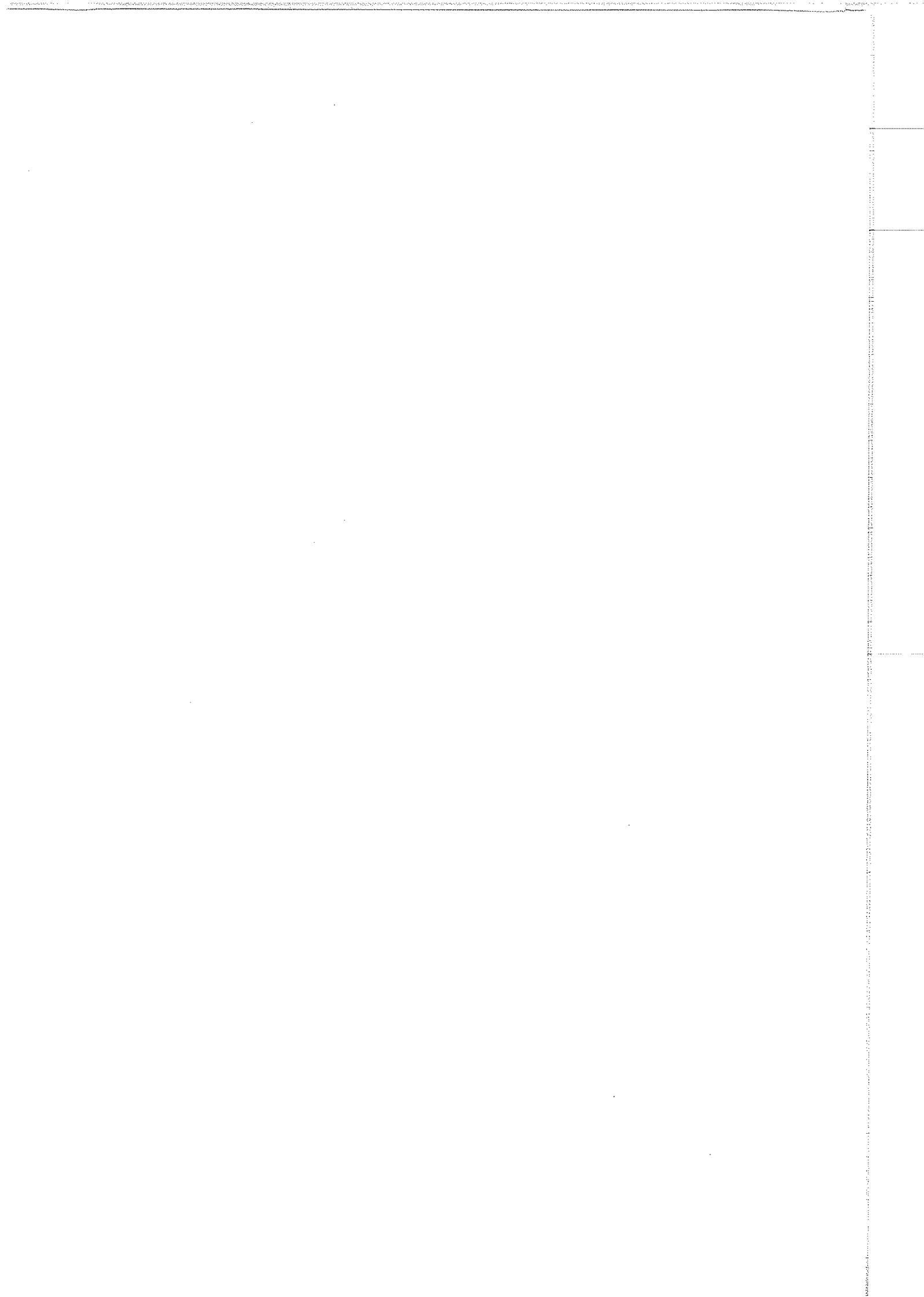
L. 800.000

L. 4.500.000

L. 700.000

L. 500.000

L. 700.000



DENOMINAZIONE DELLE ASSOCIAZIONI

ATTIVITA' PER LA QUALE
SI RICHIEDE IL CONTRIBUTO

IMPORTO DEL
CONTRIBUTO

ASSOCIAZIONE NAZIONALE
 COMBATTENTI E REDUCI -
 SEZIONE DI MERANO

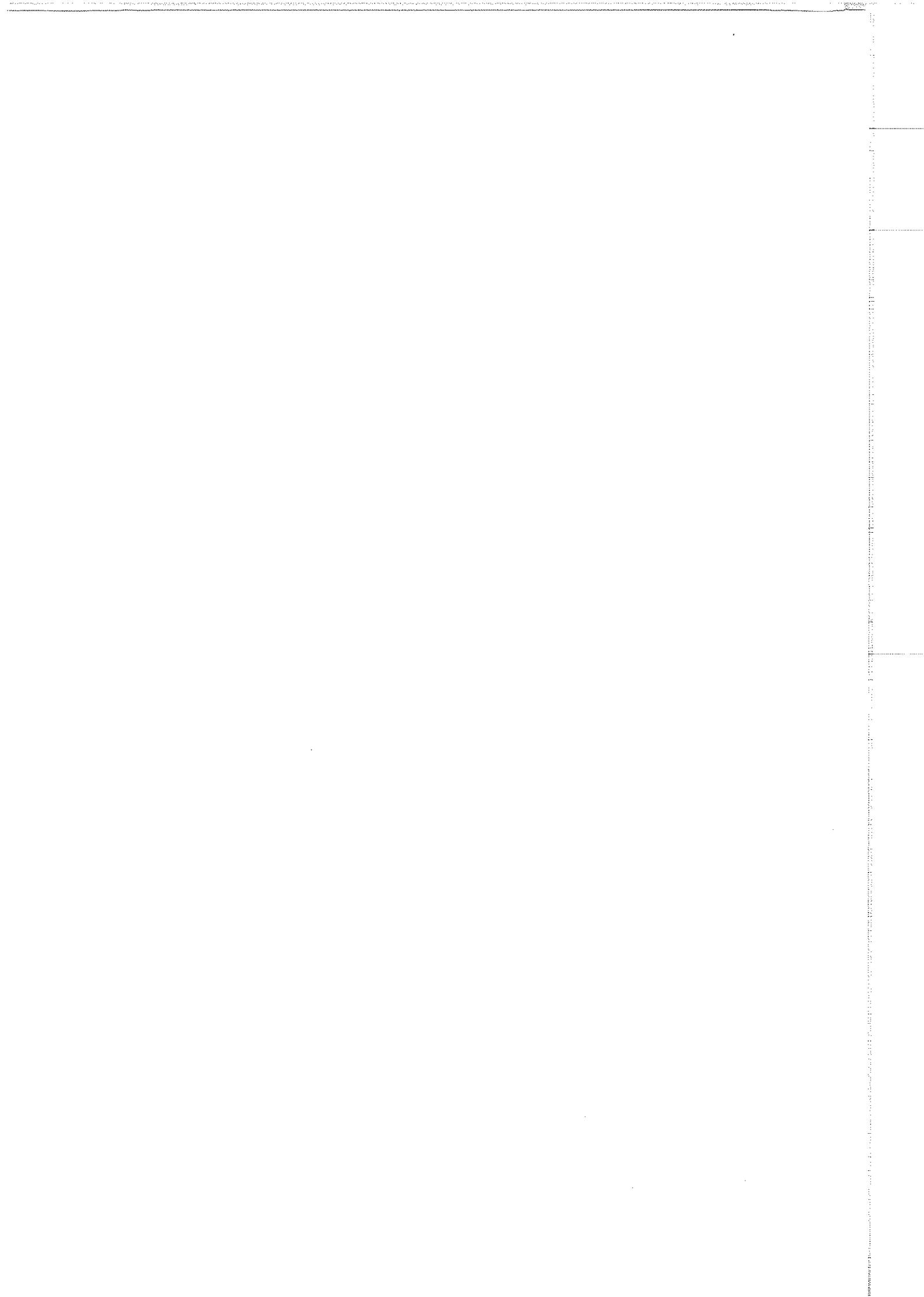
ASSOCIAZIONE NAZIONALE
 COMBATTENTI E REDUCI -
 SEZIONE DI CHIUSA

Attivita' sociale

Attivita' sociale

L. 500.000

L. 300.000



RENDICONTO SPESE CONDOMINIALI 1991

via Mazzini, 32

E.N.E.L. 1991

Gennaio - Febbraio	23.050.=	
Maggio - Giugno	23.950.=	
Settembre ottobre	<u>18.700.=</u>	
	65.700.=	65.700.=

SIT - Acqua

I° Quadrimestre	97.500.=	
II° "	98.000.=	
III° "	<u>100.000.=</u>	
	295.500.=	295.500.=

TASSE

Bocche lupaie	40.000.=	
passo carraio	<u>57.308.=</u>	
	97.308.=	97.308.=

Assicurazione casa	522.000.=	<u>522.000.=</u>
--------------------	-----------	------------------

<u>T O T A L E</u>		<u>980.508.=</u>
--------------------	--	------------------





CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

X Legislatura - Anno 1992

Bolzano, 10 gennaio 1992

N. 97/X

Al Signor
Presidente del Consiglio regionale

I N T E R R O G A Z I O N E

Nel Bollettino Ufficiale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige pubblicato il 3 dicembre 1991 appare l'elenco delle nomine effettuate dalla Giunta regionale in enti o società a partecipazione regionale. Vi si apprende che sono stati nominati il Presidente ed il Vicepresidente del Mediocredito Trentino-Alto Adige.

Presupposto che nella composizione del Consiglio di amministrazione del Mediocredito Trentino-Alto Adige venga applicata la proporzionale, la sottoscritta consigliere regionale interroga il Presidente della Giunta regionale per sapere:

- 1) come si compone il Consiglio di amministrazione, con la preghiera di voler specificare nome e cognome nonché gruppo linguistico di ogni singolo componente;
2. come si compone il collegio sindacale, con la preghiera di voler specificare nome e cognome nonché gruppo linguistico di ogni singolo componente.

A termine di Regolamento si chiede risposta scritta.

f.to: LA CONSIGLIERE REGIONALE
dott.ssa Eva Klotz

Pervenuta alla Presidenza
del Consiglio regionale in
data 10 gennaio 1992, prot. n. 4297



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

X. Gesetzgebungsperiode - 1992

Bozen, 10. Jänner 1992

Nr. 97/X

An den Herrn
PRÄSIDENTEN DES REGIONALRATS
TRENTINO-SÜDTIROL

A N F R A G E

Im Amtsblatt der Region vom 3. Dezember 1991 ist das Verzeichnis der im Laufe des Jahres 1991 vorgenommenen Ernennungen in Körperschaften oder Gesellschaften mit regionaler Beteiligung veröffentlicht.

Daraus geht hervor, daß der Präsident und der Vizepräsident des Verwaltungsrates sowie der Präsident des Aufsichtsrates der Investitionsbank Trentino-Südtirol ernannt wurden.

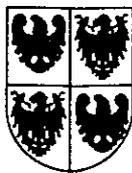
In der Annahme, daß bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates der Investitionsbank Trentino-Südtirol der ethnische Proporz zur Anwendung kommt, ersucht die unterfertigte Regionalratsabgeordnete um folgende Informationen:

1. Wie ist der Verwaltungsrat zusammengesetzt, bitte namentlich angeben, und welcher Sprachgruppe gehören die einzelnen Mitglieder an?
2. Wie ist der Aufsichtsrat zusammengesetzt, bitte namentlich angeben, und welcher Sprachgruppe gehören die einzelnen Mitglieder an?

Um schriftliche Beantwortung wird ersucht.

gez.: DIE REGIONALRATSABGEORDNETE
- Dr. Eva Klotz -

Beim Präsidium des Regionalrats
am 10. Jänner 1992 eingegangen,
Prot. Nr. 4297.



Trento, 21.01.1992

prot. n. 271 G/I / 3

Gentile Signora
dott.ssa Eva Klotz
Consigliere regionale

B O L Z A N O

CONSIGLIO REGIONALE
REGIONALRAT

27. GEN. 1992

PROT. N° 4382

e p.c.

Egregio Signore
dott. Oskar Peterlini
Presidente del
Consiglio regionale

B O L Z A N O

Gentile consigliere,

in relazione a quanto da Lei
richiesto con l'interrogazione n. 97 presentata nei giorni
scorsi al Consiglio regionale Le comunico quanto segue.

La disciplina concernente la nomina degli organi
del Mediocredito Trentino Alto Adige e' contenuta negli
art. 15 e 24 dello statuto dell'ente medesimo. In
particolare l'art. 15 del vigente statuto del Mediocredito
dispone che il Presidente ed il Vice Presidente del
Consiglio di amministrazione sono nominati dal Presidente
della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta,
sentite le Giunte provinciali di Trento e Bolzano.

La stessa norma prevede l'alternanza, ogni 3
anni, nelle cariche di Presidente e Vice Presidente tra un
appartenente al gruppo linguistico italiano ed un
appartenente al gruppo linguistico tedesco. Tenute
presenti tali disposizioni, la Giunta regionale, per

quanto riguarda la nomina del Presidente ha designato a ricoprire l'incarico l'avv. Gerhard Brändstetter appartenente al gruppo linguistico tedesco in quanto, nel passato triennio, la carica di Presidente era stata affidata al dott. Remo Segnana, rappresentante del gruppo linguistico italiano. La Giunta regionale ha inoltre designato quale Vice Presidente lo stesso dott. Remo Segnana avendo affidato nel passato triennio la carica di Vice Presidente al dott. Erich Müller, rappresentante del gruppo linguistico tedesco. Per quanto si riferisce agli undici Consiglieri di amministrazione tutti nominati, così come previsto dall'anzidetto art. 15, tra persone residenti in Regione, i nominativi, il gruppo linguistico e gli enti che hanno provveduto alla designazione sono i seguenti:

! COGNOME	! GRUPPO	! NOMINATO	!
! NOME	! LINGUISTICO!		!
! Baldessarini cav. Carlo	! italiano	! Cassa Centrale delle	!
!	!	! Casse Rurali di Tn	!
! Dalla Fior avv. Marco	! italiano	! Provincia di TN	!
! Froschmayr dott. Josef	! tedesco	! Banca popolare	!
!	!	! di Bressanone	!
! Marcon Gaetano	! italiano	! Provincia di BZ	!
! Muraglia Mario	! italiano	! Presidente del	!
!	!	! Consiglio regionale!	!
! Trafojer dott. Karl	! tedesco	! Provincia di BZ	!
! Vettorazzi avv. Dario	! italiano	! Banca di TN e BZ	!
! Marangoni comm. Mario	! italiano	! Provincia di TN	!
! Plunger Arnold	! tedesco	! Cassa Centrale delle	!
!	!	! Casse Rurali di BZ	!
! Spögler dott. Franz	! tedesco	! Cassa di Risparmio	!
!	!	! della prov. di BZ	!
! Vinante dott. Renato	! italiano	! Cassa di Risparmio	!
!	!	! di Trento e Rovereto!	!

Relativamente al collegio sindacale l'art. 24 dello Statuto sociale prevede, in primo luogo, che il medesimo sia composto da 3 membri effettivi e da 2 supplenti ed altresì che il Presidente del collegio ed un membro supplente siano nominati dal Presidente della Giunta regionale previo delibera della Giunta stessa.

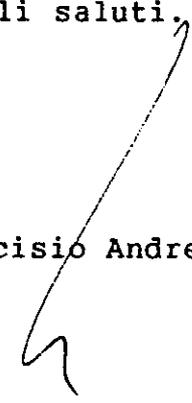
Poiché il terzo comma dell'anzidetto art. 24 dispone altresì l'alternanza, ogni 3 anni, fra i gruppi linguistici italiano e tedesco alla carica di Presidente, è stato designato a ricoprire l'incarico il dott. Franco Dorigoni che è succeduto al signor Otto Pattis del gruppo linguistico tedesco. Sindaci effettivi risultano essere il rag. Giacomo Dusini, appartenente al gruppo linguistico italiano nominato dalla Provincia di Trento e il prof. Graziano Frizzi appartenente al gruppo di lingua italiana nominato dalle Aziende di Credito partecipanti.

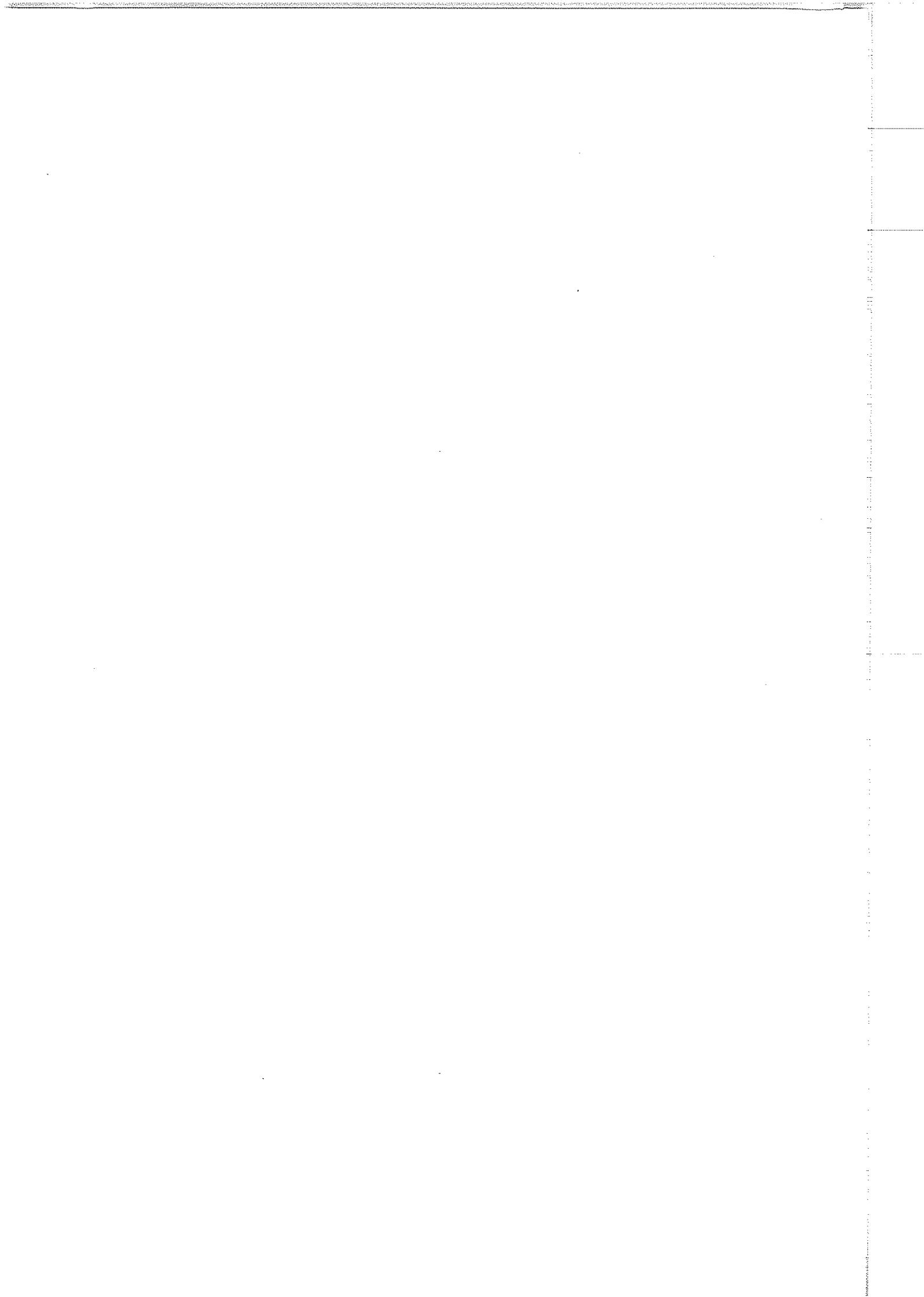
Il dott. Paolo Lanzingher infine è stato designato dalla Regione a svolgere le funzioni di sindaco supplente insieme al signor Toniatti Leone di lingua italiana nominato dalla Provincia di Trento. Il dott. Paolo Lanzingher, peraltro, svolge le funzioni di sindaco supplente in regime di prorogatio in attesa della designazione di altra persona appartenente al gruppo linguistico che consenta il rispetto della proporzionale.

Ritenendo con quanto esposto di aver fornito esaurienti indicazioni in merito a quanto richiesto mi è gradita l'occasione per porgerLe cordiali saluti.

Distintamente

- dott. Tarcisio Andreolli -

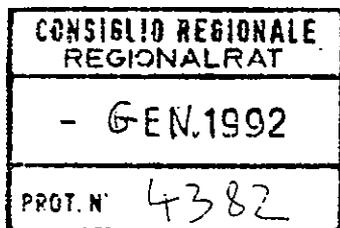






Trient, den 21. Jänner 1992

Prot.-Nr. 271 G/I/3



Frau
Dr. Eva Klotz
Regionalratsabgeordnete

B O Z E N

und z.K. Herrn
Dr. Oskar Peterlini
Präsident des Regionalrates

B O Z E N

Sehr geehrte Frau Regionalratsabgeordnete,

mit Bezug auf Ihre in den vergangenen Tagen dem Regionalrat vorgelegte Anfrage Nr. 97 teile ich Ihnen nachstehendes mit. Die Regelung betreffend die Ernennung der Organe der Investitionsbank Trentino-Südtirol ist in den Art. 15 und 24 der Satzung desselben Kreditinstitutes enthalten, wobei im besonderen der Art. 15 der geltenden Satzung der Investitionsbank festlegt, daß der Präsident und der Vizepräsident des Verwaltungsrates vom Präsidenten des Regionalausschusses auf Beschluß des Ausschusses und nach Anhören der Landesausschüsse von Trient und Bozen ernannt werden.

Die genannte Bestimmung sieht außerdem vor, daß das Amt des Präsidenten bzw. des Vizepräsidenten alle drei Jahre abwechselnd einem Angehörigen der italienischen Sprachgruppe und einem Angehörigen der deutschen Sprachgruppe zugesprochen werden muß. Unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen hat der Regionalausschuß hinsichtlich der Ernennung des Präsidenten den der deutschen Sprachgruppe angehörenden RA Dr. Gerhard Brandstätter für dieses Amt bestimmt, da im vergangenen Dreijahreszeitraum das Amt des Präsidenten Herr Dr. Remo Segnana, Vertreter der italienischen Sprachgruppe, übertragen worden war. Zum Vizepräsidenten hat der Regionalausschuß außerdem denselben Dr. Remo Segnana ernannt, nachdem der Ausschuß im vergangenen Dreijahreszeitraum das Amt des Vizepräsidenten Herr Dr. Erich Müller, Vertreter der deutschen Sprachgruppe, übertragen hatte. Was die elf Verwaltungsratsmitglieder anbelangt, die alle in Beachtung der Bestimmung des genannten Art. 15 unter Personen mit Wohnsitz in der Region ernannt wurden, sind nachstehend die einzelnen Namen, die Sprachgruppe und die Körperschaften angeführt, die dieselben namhaft gemacht haben:

ZU- UND VORNAME	SPRACHGRUPPE	ERNANNT DURCH
Cav. Baldessarini Carlo	italienisch	Cassa Centrale delle Casse Rurali di Trento
RA Dr. Dalla Fior Marco	italienisch	Provinz Trient
Dr. Josef Froschmayr	deutsch	Volksbank Brixen
Marcon Gaetano	italienisch	Provinz Bozen
Muraglia Mario	italienisch	Präsident des Regionalrates
Dr. Trafojer Karl	deutsch	Provinz Bozen
RA Dr. Vettorazzi Dario	italienisch	Bank für Trient und Bozen
Comm. Marangoni Mario	italienisch	Provinz Trient
Plunger Arnold	deutsch	Raiffeisen-Zentral-kasse Südtirol
Dr. Spögler Franz	deutsch	Südtiroler Landesspar-kasse
Dr. Vinante Renato	italienisch	Cassa di Risparmio di Trento e Rovereto

Hinsichtlich des Aufsichtsrates sieht der Art. 24 der Satzung des Institutes vor, daß sich derselbe aus drei wirklichen Mitgliedern und aus zwei Ersatzmitgliedern zusammensetzt, und daß außerdem der Präsident des Aufsichtsrates und ein Ersatzmitglied desselben nach Beschluß des Regionalausschusses vom Präsidenten desselben Ausschusses ernannt werden.

Nachdem der dritte Absatz des genannten Art. 24 außerdem bestimmt, daß das Amt des Präsidenten alle drei Jahre abwechselnd der italienischen und der deutschen Sprachgruppe zugesprochen werden muß, wurde das Amt des Präsidenten Herrn Dr. Franco Dorigoni übertragen, der dem der deutschen Sprachgruppe angehörenden Dr. Otto Pattis folgt. Wirkliche Aufsichtsratsmitglieder sind Rag. Giacomo Dusini, Angehöriger der italienischen Sprachgruppe und ernannt von der Provinz Trient, und Prof. Graziano Frizzi, Angehöriger der italienischen Sprachgruppe, ernannt von den beteiligten Kreditkörperschaften.

Dr. Paolo Lanzingher wurde schließlich von der Region zum Ersatzmitglied ernannt, und zwar zusammen mit Herrn Toniatti Leone, Angehöriger der italienischen Sprachgruppe und ernannt von der Provinz Trient. Dr. Paolo Lanzingher übt im übrigen das Amt eines Ersatzmitgliedes des Aufsichtsrates in "Prorogatio" aus, d.h. nur noch solange, bis eine andere Person ernannt wird, die der Sprachgruppe angehört, welche die Einhaltung des Proporztes gestattet.

Ich hoffe, Ihnen dadurch ausreichende Hinweise zu Ihrer Anfrage gegeben zu haben, und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

- Dr. Tarcisio Andreolli -